

Das Parlament

Berlin, 03. April 2023

www.das-parlament.de

73. Jahrgang | Nr. 14 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Schlichtung auf dem Weg

Hans-Henning Lühr Der ehemalige Bremer Stadtrat hat eine herausfordernde Aufgabe vor sich. Gemeinsam mit dem ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt soll der 72-Jährige die Schlichtung im Tarifkonflikt des Öffentlichen Dienstes angehen. Auf das Schlichtungsverfahren hatte die Arbeitgeberseite gedrungen, nachdem in der dritten Verhandlungsrunde keine Einigung erzielt worden war. Jeweils zwölf Vertreter von Arbeitgebern und Gewerkschaften sollen nun nach einer Einigungsempfehlung in dem Tarifstreit suchen. Kommt es zu einem Patt, hat der von den Gewerkschaften benannte Lühr in dieser Schlichtungsrunde die entscheidende Stimme. Für die Zeit der Schlichtung gilt die Friedenspflicht: Streiks sind also ausgeschlossen. scr



ZAHL DER WOCHE

2,4

Millionen Beschäftigte zählt der Öffentliche Dienst in Bund und Kommunen, um die es im aktuellen Tarifstreit geht. In den Ländern gehören weitere 2,5 Millionen Beschäftigte dem Öffentlichen Dienst an.

ZITAT DER WOCHE

»Bis an die Grenze des Verantwortbaren gegangen«

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zeigte sich enttäuscht darüber, dass die Gewerkschaften das Angebot der Arbeitgeberseite ausgeschlagen haben.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Kommunen Streit um Entlastung bei Flüchtlingsunterkünften Seite 4

Koalition Nach Zwist Einigung auf Vorhaben bei Verkehr und Energie Seite 5

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Lausitz Streit um Vorstoß für schnelleren Kohle-Ausstieg Seite 10

POLITISCHES BUCH
Geschichte Wie die Weimarer Republik das Krisenjahr 1923 überstand Seite 11

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Neustart im Sport

SPORTBERICHT Bundestag debattiert, wie Deutschland wieder in Bewegung kommt

Sport ist so viel mehr als einfach nur - Sport. Klar: Sport hält gesund, macht meistens Spaß, tut manchmal weh, und mal gewinnt man, mal verliert man. Aber ganz nebenbei stiftet der Sport auch Gemeinschaft, verbindet über kulturelle, soziale und sprachliche Grenzen hinweg, führt Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Alters zusammen. Dabei vermittelt er Werte wie Fair Play, Respekt, Teamfähigkeit und die Akzeptanz von Regeln. Und er spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle für die körperliche, emotionale und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Weil das so ist, trafen die Ver- und Gebote während der Corona-Pandemie - keine Zuschauer, kein Training, kein Wettkampf - zuvörderst die Athletinnen und Athleten. Aber sie wirkten, wie auch die Einschränkungen durch explodierende Energiepreise im Gefolge des russischen Angriffs auf die Ukraine, weit darüber hinaus.

Erste Debatte Vielleicht auch deshalb debattierte am vergangenen Donnerstag der Bundestag zum ersten Mal seit Jahren wieder in der Kernzeit über den seit 1971 turnusmäßig erscheinenden Sportbericht der Bundesregierung (20/5900). Und vielleicht stand das auch der zuständigen Ministerin für Inneres und Heimat, Nancy Faeser (SPD) vor Augen, als sie eingangs feststellte, jetzt gehe es vor allem darum, Deutschland wieder in Bewegung zu bringen. „Wir haben viel zu tun, und wir haben viel vor“, sagte Faeser. Unter anderem nannte sie das 25-Millionen-Euro-„ReStart“-Programm. Um das Ehrenamt zu stärken, solle damit die Ausbildung von Übungsleiterinnen, Schiedsrichterinnen, Vereinsmanagern und Trainern gefördert werden; Vereinsgutscheine und Einstiegsangebote für ein breites Publikum sollen wieder mehr Menschen für den Sport im Verein begeistern, denn: „Sportvereine sind der Kitt in unserer Gesellschaft und unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“.

Olympische Spiele? Was den Spitzensport angeht, so fordert die Ministerin eine Reform der Reform von 2016, um „mehr Kohärenz zwischen den Mitteln aus der öffentlichen Hand und den Potenzialen für Medaillen und Finalplatzierungen bei Olympischen und Paralympischen Spielen herzustellen“ - mit anderen Worten: um dem konstanten Abwärtstrend im Medailenspiegel endlich etwas entgegenzusetzen. Faeser versprach: „Wir werden es schaffen,



Vereine, sagte Ministerin Faeser, hätten während der Pandemie Mitglieder und Einnahmen verloren. Inzwischen geht der Blick wieder nach vorn. © picture-alliance/dpa/Christoph Soeder

in unserem Land auch wieder Sportgroßveranstaltungen wie Olympische Spiele auszurichten.“ Voraussetzung sei aber die Unterstützung aus der Bevölkerung. Stephan Mayer (CSU) konstatierte, die Erfolge der „Frau Bundesministerin“ nähmen sich „sehr mau“ aus. Mayer, der parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium und damit für die Sportpolitik unter Innenminister Horst Seehofer (CSU) zuständig war, hielt ihr unter anderem vor, sie werfe mit vielen Begriffen um sich: „Sportfördergesetz“, „unabhängige Agentur“, „Sportentwicklungsplan“. Keiner wisse aber, was sich dahinter verberge. Und nichts werde konkret vorgebracht. Die 25 Millionen Euro für den „Restart“ der 87.000 Sportvereine mit ihren 23,4 Millionen Mitgliedern nach der Pandemie nannte er „stümperhaft“ - einzelne Bundesländer gäben teils mehr dafür aus. „Sportpolitik ist Gesellschaftspolitik“, sagte Tina Winklmann (Grüne). Deshalb kämpfe man gegen Rassismus, Antisemitismus

»25 Millionen Euro für den ReStart, das ist kein großer Wurf, sondern stümperhaft.«

Stephan Mayer (CSU)

und Ausgrenzung jeglicher Art im Sport. Mit dem Zentrum für Safe Sport, eine Herzensangelegenheit der Ministerin, werde etwas Grundlegendes geschaffen, um Athletinnen und Athleten besser vor sexueller und interpersoneller Gewalt zu schützen. „Denn Sport muss angst- und gewaltfrei gelebt werden, und dafür tun wir alles“, sagte Winklmann. Jörn König (AfD) warf der Regierung Schlampfzigkeit vor. Die letzten Olympischen Spiele in Deutschland seien über 50 Jahre her. In allen anderen G7-Staaten hätten in dieser Zeit zum Teil mehrfach Olympische Spiele stattgefunden. „Deutschland ist Sportnation“, sagte Philipp Hartewig (FDP). Mit Blick auf die Pandemie gehe sein Dank insbesondere an die vielen Engagierten in den Vereinen und bei den Sportveranstaltungen: „Ihr habt euch nicht unterkriegen lassen und sorgt jetzt dafür, dass die Menschen wieder zusammenkommen“, so Hartewig. „Ihr macht den Sport

auch weiterhin zu etwas ganz Besonderem“. Der Sportbericht zeigt aber auch, „dass wir große Potenziale liegen lassen“ - durch überbordende Bürokratie, durch viele Strukturen mit vielen Akteuren oder durch die unterschiedlich stark vorangebrachte Digitalisierung. „Dort setzen wir nun gemeinsam an, indem wir beispielsweise eine Sportagentur als unabhängige Instanz zur Mittelvergabe anpeilen.“

Kritik an Leerstellen André Hahn (Linke) fand interessant, was nicht in dem 225-Seiten-Bericht steht: So werde fast völlig ausgeblendet, dass die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich auch dazu führe, dass viele Menschen sich das Sporttreiben in Vereinen kaum noch leisten könnten. Kein Wort falle darüber, dass 30 Jahre nach der deutschen Einheit der Organisationsgrad im Bereich Sport in den ostdeutschen Ländern im Schnitt mit rund 15 Prozent nur halb so hoch ist wie in den westlichen Bundesländern. Und auch kaum werde auf die sich durch den Klimawandel ergebenden Herausforderungen eingegangen, zum Beispiel für den Wintersport und andere energieintensive Sportarten. Michael Schmidt

EDITORIAL

Sport zur Primetime

VON CHRISTIAN ZENTNER

Donnerstagmorgen, neun Uhr, das ist im Bundestag so etwas wie Primetime im Parlament. Es ist die Zeit der großen Debatten, in der Regel geht es um Regierungserklärungen, Welt-politik oder besonders bedeutsame Gesetze. Dass der Bundestag zu dieser Zeit eine Debatte über den Sportbericht der Bundesregierung ansetzt, gab es noch nicht häufig. Dies mag viele Gründe haben, die Primetime jetzt war jedenfalls eine parlamentarische Wertschätzung der 23,4 Millionen Mitglieder in den rund 87.000 Sportvereinen in Deutschland. Die Bedeutung des Sports für eine Demokratie hat der verstorbene Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker - wohl kein deutscher Staatsmann hatte eine so besondere Beziehung zum Sport wie er - in einer Mitglieder-versammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) einmal wie folgt beschrieben: Sport sei der stärkste Antrieb für das, was die demokratische Gesellschaft brauche, nicht den privaten, kritischen Rückzug, sondern die aktive Bürgerschaft. Er warb damit für die Aufnahme von „Sport“ als Staatsziel im Grundgesetz. Die Verfassungen der Bundesländer haben dies bereits, mit Ausnahme von Hamburg.

Der Sportbericht und die aktuelle Debatte beschäftigten sich eher mit konkreten Herausforderungen und der Vision von Olympischen Spielen in Deutschland. Die Corona-Pandemie war für den Sport überall eine Zäsur. Über 120 Europameisterschaften und 100 Weltmeisterschaften wurden abgesagt, die Olympischen Spiele 2020 verschoben. Gelitten hat in diesen Jahren vor allem aber der Breitensport. Die Debatte im Bundestag vermittelte dort eine klare Botschaft, über alle Fraktionen hinweg: Die Menschen zurück in die Vereine zu bringen und das Ehrenamt im Sport zu stärken, das ist ein großes gemeinsames Ziel. Ein Sportbericht kommt kaum ohne „Olympische Spiele“ aus, immerhin gehen die Berichte zurück auf den Sonderausschuss für Sport und Olympische Spiele von 1971. Die Debatte über mögliche Spiele in Deutschland verläuft regelmäßig kontrovers. Der DOSB will jetzt bundesweit Diskussionsforen zur Frage einer neuen Olympia-Bewerbung ausrichten. Für diesen Kurs gibt es im Bundestag Unterstützung, nur die Linken sind klar dagegen. Friedliche Spiele in einem weltoffenen Deutschland, vielleicht ausgerechnet 2036? Ein Zeichen wäre dies allemal und die Debatte erneut was für die Primetime.

»Russland tritt das Völkerrecht in die Tonne«

UKRAINE Bundestag will die Verantwortlichen von Kriegsverbrechen wie in Butscha zur Rechenschaft ziehen

Ein Jahr nach dem Massaker im Kiewer Vorort Butscha hat sich der Bundestag parteiübergreifend dafür stark gemacht, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. „Es geht heute und künftig vor allem um eins: Gerechtigkeit für die Opfer und Überlebenden“, sagte die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Luise Amtsberg (Grüne), in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der Koalition. Die größte Schwächung des internationalen Völkerstrafrechts sei es, wenn Kriegsverbrechen ungesühnt blieben, sagte Amtsberg. Sie erinnerte wie mehrere Rednerinnen und Redner nach ihr daran, dass nach der zwischenzeitlichen Besetzung Butschas und dem Abzug russischer Truppen vor einem Jahr mehr als 400 getötete Zivilisten gefunden wurden, die teils offensichtlich gefoltert und mit Schüssen in den Kopf exekutiert worden waren. Russland streitet die Verantwortung für diese Taten ab, im staatlich gelenkten russischen Fernsehen ist bestritten worden, dass es diese Verbrechen überhaupt gab. Knut Abraham (CDU) sagte, das Verbrechen wie in Butscha nicht zufällig geschähen, sondern systematische und gezielt geplante tödliche Operationen seien, um

Angst und Terror zu verbreiten und zu demonstrieren, „dass Russland zu allem fähig ist, wenn es darum geht, die Ukraine zu unterwerfen“. Abraham unterstrich, dass der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichts-



Butscha im April 2022 nach der Befreiung durch die ukrainische Armee.

hofs (IStGH) gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin zwar schwer umzusetzen sei und dennoch bereits jetzt weltweit eine Wirkung entfalte. Nötig sei zusätzlich ein internationales Sondertribunal. Unterstützung für die Idee eines Sondertribunals kam von Frank Schwabe (SPD), der wie sein Vorredner darauf hinwies, dass Putin den in Butscha beteiligten Einheiten auch noch Orden verliehen habe: „Es ist die Krone des Zynismus.“ Man sei es den Opfern und ihren Angehörigen schuldig, dass „Menschheitsverbrechen nicht ungestraft und ungeahndet“ blieben. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) erinnerte mit Blick auf die „brutale russische Willkür“ daran, dass nach dem Genfer Abkommen von 1949 Zivilisten auch in bewaffneten Konflikten unter allen Umständen mit Menschlichkeit zu behandeln seien. „Russland tritt diese Konvention genauso in die Tonne wie die Vereinten Nationen und das ganze Völkerrecht.“ Es sei richtig, die Ukraine in ihrem Abwehrkampf zu unterstützen. Das Land führe diesen Kampf, weil es zwischen „Mördern und ihren Opfern und den Hinterbliebenen der Opfer keinen Kompromiss“ geben könne.

Kathrin Vogler (Die Linke) sprach sich gegen ein Sondertribunal aus, weil dies den Strafgerichtshof in Den Haag schwächen würde. Vogler wandte sich gegen die Lieferung immer stärkerer Waffen an die Ukraine. Es müsse darum gehen, diesen mörderischen Krieg schnell zu beenden. „Dafür brauchte es politischen Willen, und den kann ich bei der Bundesregierung nicht erkennen.“ Jürgen Braun (AfD) kritisierte die Energieabhängigkeit von Russland und die geopolitische Blindheit, in die Vorgänger-Bundesregierungen unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) Deutschland geführt hätten. Der Atomausstieg 2011 sei ein „erster Schritt zum russischen Einfall in die Ukraine“ gewesen. Die heutige Bundesregierung habe aus den Fehlern gelernt und halte weiter an der „Ächtung der Kernenergie“ fest. Alexander Heinrich

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

DEUTSCHE OLYMPIA-BEWERBUNG?

Ideeller Nutzen

PRO



Martin Kessler, »Rheinische Post«, Düsseldorf

Die Deutschen und Olympia – das ist eine wechselvolle Beziehung. Zweimal fanden hierzulande die wichtigsten Wettkämpfe des Sports statt. Berlin 1936 war die Propagandashow der schlimmsten Diktatur in der Menschheitsgeschichte. Die Spiele in München 1972 begannen hoffnungsvoll als Schaufenster einer lebendigen Demokratie und endeten in einem Blutbad, als ein palästinensisches Terrorkommando die israelische Mannschaft entführte und bei einer dilettantischen Befreiungsaktion alle Geiseln ums Leben kamen. Sollen nun in Deutschland erneut Olympische Spiele stattfinden? Ja, das sollen sie. Die Deutschen sind eine sportbegeisterte Nation, gute Organisatoren und herzliche Gastgeber. Das Land bietet zugleich die Gewähr dafür, dass solche Spiele nicht in Gigantomane ausarten, ökologisch nachhaltig bleiben und der Welt ein freundliches Gesicht zeigen. Die Demokratie hat sich als stabil erwiesen. Die Weltoffenheit der Menschen zeigte sich nicht zuletzt in der großzügigen Aufnahme von Geflüchteten im Jahr 2015 und jetzt im Ukraine-Krieg. Der ideelle Nutzen solcher Spiele für Deutschland und die Welt wäre jedenfalls größer als die Kosten. Die müssen bescheiden kalkuliert und vorhandene Einrichtungen genutzt werden. Eine Voraussetzung für die Ausrichtung der Spiele – insbesondere mit Blick auf 2036 – sollte allerdings erfüllt sein. Die Bevölkerung muss mehrheitlich hinter dieser Idee stehen. Deshalb sollte es einen Volksentscheid geben. Eine gute Idee wäre auch, den Austragungsort auf mehrere Städte wie etwa das Ruhrgebiet oder Berlin und München zu verteilen. Ist das alles erfüllt, muss die Deutschen noch nicht einmal die Zahl 2036 – 100 Jahre nach den NS-Spielen – bange machen.

Nichts geändert

CONTRA



Johannes Kopp, »die tageszeitung«, Berlin

Alles spricht für ein zukunftsweisendes rauschendes Sportfest in Deutschland. Eines, das den Ausrichtern viele Freiheiten lässt, die Athleten in den Mittelpunkt stellt, Nähe zu ihnen ermöglicht und dabei unterschiedlichste Menschen verbindet – sozial und ökologisch durchdacht ist es sowieso. Nur die Olympischen Spiele sind nichts von alledem. Die Hüter der Spiele, das Internationale Olympische Komitee, wälzen die immer weiter steigenden Kosten des Events durch Knebelverträge auf die Ausrichter ab und streichen die Gewinne ein. Das hat sich trotz wachsenden Geredes über Nachhaltigkeit und mehr Bescheidenheit nicht geändert. Nach den Spielen von München 1972 sind vier deutsche Bewerbungen gescheitert. Das rührt am nationalen Stolz. Eigentlich wäre man wieder einmal an der Reihe, so ist es auch aus dem organisierten deutschen Sport zu vernehmen. Und wir könnten die Spiele doch wieder besser machen. Bevor man ein fünftes Mal gegen die Wand läuft, sollte man sich einmal intensiver mit dem Hindernis beschäftigen. Als im vergangenen Sommer bei den European Games in München eine immense Zuschauerbegeisterung für olympische Sportarten zu spüren war, wollten einige sogleich wieder Olympiaaberbewerbungspläne auf den Tisch legen. Die Idee, dass die Menschen gerade vom Charme einer eben nicht völlig kommerzialisierten Veranstaltung angezogen waren, kam ihnen gar nicht. Das wäre vielleicht ein Weg an der Wand vorbei. Alternative Sportfeste, die eben nicht am Tropf und den Zwängen einer gigantischen Geldmaschine hängen, zum Erfolg führen und damit eine Konkurrenz zum olympischen Sportsystem aufzubauen. Von innen lässt es sich schwerlich verändern.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Ullrich, das IOC hat die Tür für die Rückkehr russischer und belarussischer Sportler in den Wetsport geöffnet. Wie bewerten Sie persönlich als Sportpolitiker und ehemaliger Spitzensportler diesen Schritt?

Die Empfehlung des IOC, russische und belarussische Athleten unter neutraler Flagge in die internationale Sportwelt wieder einzugliedern, ist verfrüht und ein falsches Signal. Das IOC hätte die Russland-Frage im Sinne der ukrainischen Sportler beantwortet müssen. Angesichts der Entwicklung des russischen Angriffskrieges besteht aus meiner Sicht derzeit für das IOC keine Notwendigkeit, seine Empfehlung vom 28. Februar 2022 zurückzunehmen. Dem Krieg sind bislang mehr als 220 ukrainische Sportler zum Opfer gefallen. Über 50 beschädigte Sportstätten lassen keine Wettkampfvorbereitung zu.

Das IOC argumentiert mit den UN-Richtlinien zur Diskriminierung...

Die Wiederzulassung russischer und belarussischer Athleten vom Diskriminierungsverbot abzuleiten, ist aus meiner Sicht zu kurz gegriffen. Mein Herz schlägt für den Sport, aber nicht unter der Prämisse, wenn Sportler für kriegspropagandistischen Zwecke instrumentalisiert und missbraucht werden. Im Hinblick auf die Wiederzulassungskriterien erwarte ich vom IOC eine strikte und transparente Einhaltung.

Im Sportausschuss haben sich SPD, Union, Grüne und FDP in einer gemeinsamen Erklärung für den Ausschluss ausgesprochen. Ein Boykott der Olympischen Spiele in Paris 2024 wird aber abgelehnt. Ist das nicht ein bisschen halbherzig?

Ich persönlich bin gegen einen Boykott Deutschlands. Wir haben mit Moskau und Los Angeles erlebt, dass diese Boykotte nichts gebracht haben und jeweils nur auf dem Rücken der Sportler ausgetragen wurden, wo viele heute noch darunter leiden.

Apropos Olympia. Wie steht es denn mit einer erneuten Bewerbung aus Deutschland für die Ausrichtung Olympischer Spiele. Wären Sie dafür?

Definitiv! Ich halte es für absolut sinnvoll, sich zu bewerben. Sowohl im Koalitionsvertrag als auch im aktuellen Sportbericht der Bundesregierung findet eine mögliche Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele unter Beachtung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie der Einhaltung von Standards in allen Facetten der Nachhaltigkeit ein klares Bekenntnis.

Zuletzt ist die Bewerbung Münchens für die Winterspiele 2022 am Widerstand der Menschen vor Ort gescheitert. Wie kann das bei künftigen Bewerbungen verhindert werden?

Aus meiner Sicht sind die Gründe der zurückliegenden gescheiterten Bewerbungen strukturell, politisch, personell und gesellschaftlich bedingt und zum Teil auch selbst verschuldet. Zukünftig müssen alle Institutionen von kommunaler Ebene bis zum Bund ineinandergreifen. Es braucht eine nationale Begeisterung für Olympische Spiele im eigenen Land sowie ein aktives Zusammenspiel aus Sport, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und den Medien. Geschlossenheit ist für eine erfolgreiche Bewerbung unabdingbar. Der Sport steht ganz im Zeichen der Teilhabe und Mitgestaltung. Demzufolge halte ich es für äußerst wichtig, dass die Gesellschaft beim Entstehungs- und Entscheidungsprozess mit eingebunden wird. Daher finde ich den Strategieprozess seitens des DOSB wegweisend. Zunächst sollten wir also das Heimspiel gewinnen und aufbauend eine Strategie für das Auswärtsspiel entwickeln, um das IOC für unser gemeinsames Vorhaben zu begeistern.

»Ein falsches Signal«

FRANK ULLRICH Der Vorsitzende des Sportausschusses ist gegen die vom IOC geplante Wiederzulassung russischer Athleten



© photothek

Über eine Fußball-EM oder WM in Deutschland freuen sich die Menschen. Der Ausrichtung Olympischer Spiele stehen sie indes eher ablehnend gegenüber. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

Die letzten Olympischen Spiele waren durch ausgeprägten Gigantismus, Menschenrechtsverletzungen und keine ökologische Nachhaltigkeit geprägt. Der Olympische Geist ist dadurch etwas verloren gegangen und die Begeisterung ebenfalls. Bundesweit betrachtet sind die meisten

Mitglieder in einem Fußballverein organisiert. Fußball in Deutschland ist die populärste Sportart. Und demzufolge ist die EURO2024 auch ein Event, das gesamtgesellschaftlich inspiriert.

Kann es dennoch gelingen, die Olympiabegeisterung zu wecken?

Die vergangenen sportlichen Highlights wie die European Championships, die Euro2022 im Basketball, die Doppel-WM in Oberhof haben eindrucksvoll unter Beweis gestellt: Wir können Sportgroßveran-

staltung. Ich bin überzeugt, dass die Special Olympics World Games 2023 in Berlin, die EURO 2024 sowie die Handball EM 2024 in Deutschland dazu beitragen werden, mehr Menschen mitezunehmen und für den Sport in Verbindung mit der Olympischen Idee zu begeistern.

Für welchen Zeitraum sollten wir uns bewerben?

Ich persönlich würde eine überregionale Bewerbung für den Zeitraum von 2030 bis 2040 begrüßen. Viele unserer Bundesländer verfügen über eine gute Sportstätteninfrastruktur. Rückenwind für eine Bewerbung als Region kommt auch aus der Olympic Agenda 2020. Das Bewerberinteresse für die Sommerspiele 2036 und 2040 bewegt sich im zweistelligen Bereich. Demzufolge sollte tiefgründig abgewogen werden, ob man für die Sommer- oder Winterspiele seinen Hut in den Ring wirft.

Der Bund hat zwischen 2018 und 2021 etwa 2,3 Milliarden Euro an Steuer-geldern für die Spitzensportförderung zur Verfügung gestellt. Insbesondere bei den Olympischen Sommerspielen war die Medaillenbilanz jedoch enttäuschend. Jetzt wird die 2016 begonnene Spitzensportreform reformiert. Der DOSB ist überzeugt, dass damit die benötigte Kehrtwende gelingen kann. Sie auch?

Die Erwartungshaltung ist hoch. Ich bin optimistisch, dass durch das gemeinsam erarbeitete Grobkonzept von DOSB und BMI eine Trendwende erzielt werden kann. Für mich ist es wichtig, die Ausrichtung des Spitzensportes neu zu definieren. Es bedarf klarer Ziele und konkreter Vorstellungen.

Das BMI fordert, doping-, manipulations-, korruptions- und gewaltfreien Sport zu gewährleisten. »Nur ein fairer und regelkonformer Sport verdient die finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand«, heißt es im Sportbericht. Legen wir uns im internationalen Vergleich, wo es am Ende doch nur ums Gewinnen geht, mit unseren Ansprüchen zu viele Fesseln an?

Ein fairer und regelkonformer Sport sollte immer die Basis bilden. Dabei ist die Integrität des Sports das höchste Gut, sowohl national als international.

Der Breitensport bildet ja die Basis für Erfolge im Spitzensport. Erst die Corona-Maßnahmen und jetzt die Kostensteigerungen durch Inflation und Energiekrise machen den Vereinen zu schaffen. Zudem hat sich der ohnehin schon vorhandene Bewegungsmangel in der Bevölkerung in den letzten Jahren verstärkt. Was kann der Bund tun, um diese Entwicklungen entgegenzuwirken?

Das Restart-Programm ist ein guter Anfang, um Deutschland nach der Pandemie wieder in Bewegung zu bringen. Ich würde mir eine Verstärkung und kontinuierliche Weiterentwicklung wünschen. In diesem Zusammenhang nimmt der Entwicklungsplan eine zentrale Rolle ein.

Was macht der ehemalige Spitzen-Biathlet Frank Ullrich eigentlich, um fit zu bleiben?

Da schon allein das politische Pensum sehr sportlich ist, bleibt leider wenig Zeit für die eigene Fitness. Ich bin sehr froh, dass sich mein Ausschussbüro in der 5. Etage befindet. Deshalb sind Fahrstühle für mich tabu und das Treppentraining erinnert mich an frühere Trainingseinheiten an unserer Skisprungszentrale im Kanzlersgrund.

Das Gespräch führte Götz Hausding.

Frank Ullrich (SPD) ist seit 2021 Mitglied des Bundestages und Vorsitzender des Sportausschusses. ||

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Sportliche: Jens Lehmann

Im Gespräch umspielt seine Lippen erst nach einigen Minuten ein Lächeln. »Ich hoffe, dass ich das noch erlebe«, sagt Jens Lehmann. Olympische Spiele in Deutschland – vor seinem geistigen Auge scheint ein Film abzulaufen, Erinnerungen an vergangene Spiele und Wettkämpfe. Lehmann, 55, ist Bundestagsabgeordneter. Er vertritt für die CDU den Wahlkreis Leipzig I, es ist aber sein drittes Berufsleben. In seinem ersten war Lehmann Radrennfahrer, erlebte den olympischen Geist als zweifacher Goldmedaillengewinner, war sechsfacher Weltmeister und viele Male Deutscher Meister. Das Lächeln dauert an. Auch, als man ihn darauf hinweist. Okay, das Gesprächsthema davor war auch nicht vergnügungspflichtig. Es geht um den Sportbericht der Bundesregierung, »das ist eine nüchterne Analyse«, sagt er, »ich habe kaum daran etwas auszusetzen«. Opposition um der Opposition willen scheint nicht seine Sache zu sein. Lehmann hat die Krisen der vielen Sportvereine im Blick, die im Zuge der Corona-Pandemie und den Lockdowns unter Mitgliederschwund litten und sich langsam wieder berappeln. »Da sollte mehr nachgeschossen werden«, schlägt der Leipziger vor. »Einige frühere Programme sollten neu aufgelegt werden.« Aus Sicht des Spitzensports tue der Staat viel, meinte er, »aber beim Breitensport geht auch einiges im Kompetenz-Wirrwarr zwischen Kommunen, Ländern und Bund unter«. Nun also Olympia. An der Wand gegenüber hängt eine Urkunde des IOC. »Ich liebe diese Großereignisse«, sagt er nun. »Allein 2006, die Fußball-WM in Deutschland, das war doch ein beson-

deres Fest.« Lehmann redet unaufgeregt, etwas Stoisches umspielt ihn. Heute am frühen Morgen war er Joggen, zehn Kilometer in 40 Minuten – dafür fiel das Frühstück aus; der Athletenkörper von damals ist ihm geblieben. Sport ist in der Bundespolitik nicht immer im Blickpunkt. Heute aber melden sich die Medien bei ihm – das Internationale Olympische Komitee (IOC) hat empfohlen, russische Sportler bei Wettkämpfen zuzulassen. »Für die Funktionäre ist der Krieg



© D&T/Julia Novak

»Beim Breitensport geht einiges im Kompetenz-Wirrwarr zwischen Kommunen, Ländern und Bund unter.«

weit weg«, kritisiert Lehmann die Entscheidung. »Natürlich wird der Kreml dafür sorgen, dass man die Medaillen auf dem Roten Platz feiert.« Mit einer Entscheidung für russische Teilnahmen schließe man die Ukrainer aus. Lehmann erinnert sich an ukrainische Wettbewerber, mit denen er Finalrennen gefahren ist, »einer ist jetzt dort Bundestrainer. Die haben jetzt andere Sorgen.« Das Lächeln ist längst verschwunden.

Nach 25 Jahren Leistungssport war für Lehmann Schluss. 250 bis 280 Tage im Jahr sei er unterwegs gewesen, »das reichte mir. Ich versprach meiner Frau, jetzt nicht als Trainer in diesem Zirkus weiterzumachen.« Er sattelte um. Ließ sich zum Erzieher ausbilden und arbeitete acht Jahre in einem Hort. Seine Frau leitete in der Nähe eine Grundschule, die Kinder wurden groß. »Die Hortarbeit machte mir einen Riesenspaß«, sagt er, »man lernt mit den Kindern vieles neu, und auch der Druck ist durchaus weniger«. Später, nach seiner politischen Karriere, sagt er, werde er gewiss wieder in den Hort zurückkehren. Zur Politik kam er übers christlich geprägte Elternhaus. Im Südharz wuchs er auf, der Vater prophezeite immer wieder die Wiedervereinigung, »ich dachte damals: Was redet er andauernd?« Doch schon zu DDR-Zeiten habe er in die CDU eingetreten wollen, was bei den Sportfunktionären auf brüske Ablehnung gestoßen sei. Heute ziert ein Helmut-Kohl-Bildband die Bürodecke. »Ich bin ein großer Fan von ihm.« Im Bundestag sitzt Lehmann in den Ausschüssen für Sport und Verteidigung. 2005, mit dem Ende seiner Sportkarriere, kandidierte er für den Bundestag, »das kam aber sehr schnell, war mehr gestolpert«. Da es nicht klapperte, begann sein zweites Leben als Erzieher. Dann, 2017, fragte man ihn. »Ich fühlte mich eigentlich im Job wohl, überlegte es mir sechs Wochen lang. Immerhin ist ein Abgeordnetenjob wie Leistungssport.« Er trat an und gewann den Wahlkreis. Am Revers seines tiefblauen Anzugs blitzt ein kleiner, weißer Bundesadler. Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 X (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-3 05 15 Telefax (0 30) 2 27-3 65 24 Internet: http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur Christian Zentner (c/z) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur Alexander Heinrich (ah)

Fotos Stephan Roters

Redaktionsschluss 31. März 2023

Druck und Layout Frankfurt Societatis-Druckerei GmbH & Co. KG Kurhessenstraße 4–6 64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Deisenhofen Telefon (0 89) 8 58 53-8 32 Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32 E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Deisenhofen Telefon (0 89) 8 58 53-8 36 Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36 E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zusätzlich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

»Das Parlament« ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung »Das Parlament« wird Recycling-Papier verwendet.



Wir vermeiden CO2 durch den Versand mit der Deutschen Post



Indoor-Sport. „Wir haben in Deutschland genug Sportstätten“, so die Einschätzung des Experten Robin Köhler. Es gebe aber Probleme, weil die Sanierung teilweise zu lange dauere.

© picture-alliance/Norbert Schmidt

Das Land kommt in Bewegung

BREITENSport Die Corona-Delle scheint überwunden. Sorgen gibt es beim Sport für Menschen mit Behinderungen

Brandenburg meldet Rekordzahlen. 361.829 Brandenburgerinnen und Brandenburger – so viel wie noch nie – sind aktuell Mitglied in einem der 2.969 Sportvereine des Landes – so viele wie noch nie – aktiv. Die Corona-Delle scheint überwunden. Es gab Anfang 2023 16.610 mehr Vereinsmitglieder als 2021. „Dieser Anstieg ist unseren Vereinen nicht zufällig oder durch Glück in den Schoß gefallen“, sagt der Präsident des Landes-sportbundes (LSB) Brandenburg, Wolfgang Neubert. Dieses Plus basiere auf dem unermüdlichen Engagement der zumeist Ehrenamtlichen in den Vereinen. Sie hätten es während der Pandemie trotz schwerer Bedingungen geschafft, „die Strukturen im und die Treue zum Verein aufrechtzuerhalten“, lobt er.

»Die Verluste der Pandemie-Jahre sind nahezu wieder ausgeglichen.«

Annegret Müller (LSB Sachsen)

Steigende Zahlen gibt es auch beim LSB Sachsen. „Die Verluste der Pandemie-Jahre sind damit nahezu wieder ausgeglichen“, sagt Pressesprecherin Annegret Müller. Vor allem Kinder und Jugendliche seien in die Vereine zurückgekehrt. Im Erwachsenenbereich zeigten sich hingegen noch immer deutliche Verluste im Vergleich zu den Mitgliederzahlen vor der Pandemie. Allerdings: Vereine mit Gesundheits- und Präventions-sport-Angeboten konnten ihre Mitglieder-verluste noch nicht wieder vollständig ausgleichen.

Positive Bilanz LSB-Präsident Ulrich Franzen betont gleichwohl die positiven Entwicklungen. „Es freut mich sehr, dass wir trotz der weiterhin schwierigen Bedingungen für den organisierten Sport im vergangenen Jahr nun wieder eine positive Bilanz ziehen können“, sagt er. Der LSB und die Vereine bräuchten nun die Politik, um dem organisierten Sport gerade in Zeiten von Inflation und Energiekrise weiterhin den Rücken zu stärken. „Es gilt jetzt, dieses wie-

dergewonnene Wachstum weiter zu fördern. Unsere Vereine haben gerade eine sehr schwierige Zeit durchschiff. Steigende Kosten dürfen diese positive Entwicklung jetzt nicht direkt wieder zerstören, sonst sind auch die letzten Rücklagen aufgebraucht.“, betont Franzen. Wie sich Energiekostensteigerungen und Inflation auf die Entwicklung des Vereins- und Breitensports in Deutschlands – vor allem langfristig – auswirken, lässt sich heute noch nicht genau sagen. Gerade Hallensportarten sind von den Kostensteigerungen betroffen. Die bayerischen Vereine haben den Winter nach Aussage des Bayerischen Landes-sportverbandes (BLSV) „einermaßen überstanden“. Es müsse sich nun zeigen, in welchem Umfang die staatlichen Hilfen auch wirklich bei den Vereinen ankommen und auch greifen, sagt BLSV-Pressesprecherin Katharina M. Schwarz. Vom Land würden für 2023 143,6 Millionen Euro für die Belange des Sports in Bayern zur Verfügung gestellt, sagt sie. Die Bayerische Energie-Härtefallhilfe sei zudem mit 30 Millionen Euro hinterlegt.

Bundeshilfen Unterstützung vom Bund gibt es derzeit durch das Programm „ReStart – Sport bewegt Deutschland“, das mit 25 Millionen Euro unterlegt ist. „Wir verfolgen das Ziel, im Schulterschluss zwischen Bund, Ländern, Kommunen und dem organisierten Sport, Menschen zurück in die Vereine zu bringen, das Ehrenamt im Sport zu stärken und ergänzend zum Bundesprogramm ‚Integration durch Sport‘ die wichtige Integrationsarbeit der Vereine – gerade in Zeiten, wo Flucht und Vertreibung allgegenwärtig sind – zu unterstützen“, schreibt Sportministerin Nancy Faeser (SPD) im Sportbericht der Bundesregierung (20/5900) dazu. Es wird sich zeigen, ob das Geld reicht, damit sich beispielsweise der Präsident des

Deutschen Behindertensportverbandes (DBS), Friedhelm Julius Beucher, keine Sorgen wegen möglichen Schließungen von Schwimmbädern oder der weiteren Absenkung der Wassertemperatur aus Energiepargründen machen muss. Das nämlich sei „tödlich für den Reha-Sport“. Der könne nicht in noch kälterem Wasser ausgeübt werden, weiß er.

Behindertensport Schwierig genug ist die Situation im deutschen Behindertensport auch so schon. Hier hat Corona zu besonderen schmerzhaften Einschnitten geführt. 100.000 Mitglieder weniger gebe es im Vergleich zu der Zeit vor Corona, sagt Beucher. Das habe mit den besonderen Schwierigkeiten für Menschen mit Behinderungen bei geschlossenen Hallen im Wald hätten laufen können, sei das für Menschen ohne Behinderungen nicht möglich gewesen. Die Mitgliederentwicklung werde aber auch dadurch beeinträchtigt, dass nur sieben Prozent aller olympischen Sportvereine Sport für Menschen mit Behinderungen anbieten. Ein Punkt, der auch DBS-Generalsekretär Stefan Kiefer umtreibt. „Erschreckend wenig“ seien diese sieben Prozent. „Wie wollen wir glaubhaft Teilhabe und Inklusion im Sport vorantreiben, wenn es nicht einmal in jedem zehnten Sportverein Angebote für Menschen mit Behinderungen gibt?“, fragt er.

2009 habe Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. „In diesen

zwischen 13 Jahren hat sich die Situation für Menschen mit Behinderungen im Sport zwar verbessert, doch unter dem Strich ist noch viel zu wenig passiert“, resümiert Kiefer. Schließlich lebten in Deutschland über 13 Millionen Menschen mit einer Beeinträchtigung, darunter 7,8 Millionen mit schwerer Behinderung. Das entspricht 15,6 beziehungsweise 9,4 Prozent der Bevölkerung.

Wer Sport treiben will, braucht auch Sportstätten – im Fall der Menschen mit Behinderungen natürlich barrierefreie. Doch es fehlt an Geld. Der Sanierungs- und Modernisierungsbedarf für Sportstätten in Deutschland beträgt laut einer Kurzevaluierung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) und der kommunalen Spitzenverbände mindestens 31 Milliarden Euro. Deutschland sei vom Weltmeister zum Kreisligisten im Sportstättenbau geworden, urteilt der DOSB.

Energetische Sanierung Umso verwunderlicher ist es da auf den ersten Blick, dass die Ampelkoalition den eigentlich noch bis 2024 angelegten Investitionspakt Sportstätten nicht fortführt. Für 2023 waren darin 110 Millionen Euro vorgesehen, 2024 sollten es sogar 160 Millionen Euro sein. Dem Aufschrei aus dem Kommunen hielt die Bundesregierung aber das Bundespro-

gramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ entgegen, das mit 476 Millionen Euro unterfüttert ist und wo der Schwerpunkt bei den Förderanträgen auf Sportstätten liegt, wie Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) sagt. Das Geld kommt aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF). Damit ist auch klar, dass bei der Projektauswahl ein Schwerpunkt auf die energetische Sanierung der Sportstätten gelegt wird.

»Vereine brauchen Hilfe bei der Umstellung auf erneuerbare Energien.«

Michaela Röhrbein (DOSB)

Das dürfte ganz im Sinne des DOSB sein. Michaela Röhrbein, im DOSB-Vorstand zuständig für Sportentwicklung, macht deutlich, dass Energiesparen alleine wohl nicht ausreichen wird. Sie sieht langfristig Handlungsbedarf: „Laut Umfrage heizen mehr als 50 Prozent der Vereine mit eigener Sportanlage mit Erdgas“, sagt sie. Viele Jahre sei diese Energieform vom Staat gefördert worden. Seit der Energiekrise sei sie aber nicht mehr tragbar. „Spätestens jetzt dürfen die Vereine nicht mehr allein gelassen werden und brauchen Unterstützung bei der Umstellung auf erneuerbare Energien“, fordert Röhrbein.

Robin Köhler, Vorstandsvorsitzender von IAKS Deutschland (International Association for Sports and Leisure Facilities), einer Organisation, die sich weltweit um die

Sportstätten und Sporträume kümmert, hält den Förderansatz zur energetischen Sanierung für richtig. Was den Sanierungsstau der Sportstätten angeht, so gelte es jedoch zu differenzieren, sagte er unlängst vor dem Sportausschuss des Bundestages. Es müsse herausgearbeitet werden, wie der tatsächliche Bedarf ist. Dabei – und schlussendlich auch bei der Mittelvergabe – müssten die Kommunen stärker als bisher einbezogen werden, regte er an. Hinterfragt werden müsse, welche Sanierung sinnvoll ist, wie sie bedarfsgerecht erfolgen kann, aber auch, ob darauf verzichtet werden kann. „Wir haben in Deutschland genug Sportstätten“, so die Einschätzung des Experten. Es gebe aber Probleme, weil die Sanierung teilweise zu lange dauere. Das wiederum habe auch damit zu tun, dass in einigen Fällen zu groß gedacht werde. Wichtig sei es, frühzeitige Mängel zu reparieren, um den funktionalen Sportbetrieb aufrechtzuerhalten.

Offene Parks Neue große Spezialsportstätten würden laut Köhler in Deutschland nicht mehr benötigt. „Wir brauchen Sporträume für die Bevölkerung. Und zwar quartiersnah und schulortnah, um die Bildung und die Gesundheit der Menschen in den Quartieren zu stützen.“ Gerade in verdichteten Kommunen sei es wichtig, Freiräume zur Verfügung zu stellen, in denen sich die Menschen bewegen können. Offene Parks seien wichtiger als nicht am Bedarf orientierte oder am falschen Platz befindliche Sportstätten. Götz Hausding

»In vier bis acht Jahren zum Podium«

SPITZENSportFÖRDERUNG Wie Ministerin Faeser den konstanten Medaillenabwärtstrend stoppen will

Es lief nicht immer gut zuletzt. Der Leistungs- und Spitzensport in Deutschland hat ein Problem. Obwohl der Bund zur Umsetzung der Spitzensportreform seine Fördermittel seit 2016 auf im vergangenen Jahr 369 Millionen Euro mehr als verdoppelt hat, ist bei den Olympischen Sommerspielen ein konstanter Medaillen-Abwärtstrend zu verzeichnen: 1992 in Barcelona gewann Deutschland 82 Medaillen, in Atlanta 1996 waren es 65 in Tokio 2021 nur noch 37. Das Problem ist erkannt, die Gefahr einer anhaltenden Negativspirale aber nicht gebannt.

Ausgebliebene Kehrtwende „Die aktuelle Lage des deutschen Leistungssports allein an der Medaillenausbeute zu messen, wird der Komplexität des heutigen Spitzensports nicht gerecht“, sagte Torsten Burmester, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB) vor wenigen Monaten im Sportausschuss des Bundestages. Die vom Bundesinnenministerium (BMI) und dem DOSB Ende 2016 beschlossene Leistungssportreform habe aber nicht die gewünschte Kehrtwende gebracht. Das Ziel des damaligen Konzepts war es, „den Spitzensport zukünftig erfolgreicher

zu machen, Erfolgspotenziale für Podiumsplätze bei Olympischen, Paralympischen und Deaflympischen Spielen, Weltmeisterschaften und World Games zu erkennen und gezielter zu fördern.“ Dazu stellte das BMI im vergangenen Dezember selbstkritisch bilanzierend fest, das bestehende Sportfördersystem sei weder effektiv mit Blick auf die erhofften Ziele, noch effizient, was eingesetzte Steuermittel und deren Nutzen anbelangt.

„Deutschland will den Anschluss an die Weltspitze halten und den konstanten Medaillenabwärtstrend in einigen Disziplinen und Sportarten langfristig stoppen“, schreibt die für den Sport zuständige Bundesministerin den Innern, Nancy Faeser (SPD) in ihrem Vorwort zum aktuellen Sportbericht. Gemeinsam mit dem DOSB, den Ländern und allen anderen Beteiligten wolle sie in dieser 20. Legislaturperiode und auf Basis einvernehmlicher Zielvorgaben die Spitzensportförderung optimieren. „Ein zielgenauer Einsatz der Mittel aus der öffentlichen Hand und professionelle Verbandsstrukturen schaffen die Grundlage für sportliche Spitzenleistungen auf Weltklassenniveau“, schreibt die Ministerin. „Unsere Athletinnen und Athleten leisten Außerordentliches. Sie verdienen es, dass wir



Ministerin Nancy Faeser (SPD)

ihnen nicht nur optimale Trainingsbedingungen bieten, sondern, dass wir ihnen weiterhin die Sorge um den Lebensunterhalt nehmen und sie gezielt in ihrer Entwicklung und in ihrer Leistungssteigerung fördern.“ So soll zum Beispiel die Vereinbarkeit von Ausbildung, Beruf und sportlicher Karriere verbessert werden. Man will also nochmal neue Wege gehen und arbeitet an einem Konzept, zu dessen

zentralen Bausteinen ein Sportfördergesetz sowie eine unabhängige Bundesagentur für Leistungssport gehören sollen. In dieser Bundesagentur lägen sportfachliche Steuerung und Förderung des Leistungssports erstmalig in einer Hand, so DOSB-Vorstandschef Burmester.

Darüber hinaus fördert der Bund die Bundessportfachverbände - und zwar unter Zugrundelegung einer Bewertung der Erfolgspotenziale in den einzelnen olympischen Disziplinen (36 im Wintersport und 103 im Sommersport). Zu diesem Zweck wurde 2017 die PotAS-Kommission berufen, die aus Sportwissenschaftlern und Vertretern des Sports besteht und auf sportwissenschaftlicher Grundlage anhand einer Analyse der Erfolge, Kaderpotenziale und Strukturen in den Verbänden eine Rangliste der Disziplinen anhand ihrer Potenziale für Erfolge bei Olympischen Spielen erstellen - Motto: „In vier bis acht Jahren zum Podium“.

Bei alledem liegt dem DOSB daran, zu betonen, dass man Leistungssport wie bisher als Kombination aus Nachwuchsleistungssport und Spitzensport definieren wolle. „Ein erfolgreicher Spitzensport setzt einen erfolgreichen Nachwuchsleistungssport voraus“, sagt Burmester. mis



Behindertensport hat unter Corona besonders gelitten. © picture-alliance/Shotshop/Addictive Stock

Kommunen und Gemeinden haben für die Unterbringung von Geflüchteten und Asylbewerbern immer weniger Kapazitäten. In Städten, aber auch im ländlichen Raum, werden deshalb bundesweit stillgelegte Wohncontaineranlagen reaktiviert, Turnhallen oder stillgelegte Flughäfen zu Flüchtlingsunterkünften umgebaut. Um schneller und unbürokratischer Flüchtlings- und Asylbewerberunterkünfte zu schaffen, fordert die CDU/CSU-Fraktion in einem Antrag (20/6174), Sonderregelungen des Baugesetzbuches zu verlängern. Über den Antrag hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag erstmalig beraten. Konkret wird gefordert, jene Befristungsregelungen, die als Reaktion auf die Migrationsbewegungen eingeführt wurden und bis Ende 2024 gelten, bis zum 31. Dezember 2027 zu verlängern. Zudem sollten im Rahmen des Baugesetzbuches Sonderregelungen für den Ausbau der sozialen Infrastruktur – wie Kindergärten, Schulen und Unterkünfte – geschaffen werden. Nach der Aussprache wurde der Antrag an den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen überwiesen.

Enak Ferlemann (CDU) beschrieb „die dringende Aufgabe der Unterbringung von geflüchteten Menschen“. Vertreter aus Kommunen und Ländern schilderten die Lage, dass Plätze für die Unterbringung der Geflüchteten kaum noch zur Verfügung stünden. Wenn jedoch nicht genug Wohnraum vorhanden sei, müsse erneut auf Turnhallen und Messehallen ausgewichen werden. Im vergangenen Jahr seien 1,3 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen, sie alle seien untergebracht worden, und in diesem Jahr sei mit „einer weiteren, sehr großen Zahl von Menschen, die zu uns kommen, zu rechnen“, sagte Ferlemann. In dieser Lage müsse die Bundesregierung dafür sorgen, dass die kommunale Ebene, die für die Unterbringung der Geflüchteten zuständig ist, vom Bund besser unterstützt werde. Die Kommunen sollten eine erleichterte baurechtliche Genehmigung erteilen können. Diese Frist solle bis Ende 2027 verlängert werden, „damit Kommunen Planungssicherheit bekommen“. Das jetzige Baurecht gebe das nicht her. Ferlemann begrüßte, dass das Bundeskabinett der Fristverlängerung bis 2027 bereits am Mittwoch zugestimmt hat.

Bund reagiert Brian Nickholz (SPD) verwies darauf, dass die Bundesregierung schon auf „die angespannte Lage in den Kommunen reagiert hat“. Drei Beispiele verdeutlichten dies. So habe die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) über 330 Liegenschaften und rund 69.000 Unterbringungsplätze bereitgestellt, weitere seien in der Prüfung. Im vergangenen Jahr seien dreieinhalb Milliarden Euro an die Länder geflossen, zudem übernehme der Bund die Kosten für die Ukraine, die Leistungen nach dem SGB II erhielten. Carolin Bachmann (AfD) kritisierte den Antrag, ihrer Meinung nach sei es nicht der richtige Weg, „weitere Containerdörfer zu errichten“. Landräte und Bürgermeister hätten den Bund wegen der Unterbringung kritisiert. Ihrer Meinung nach sei eine andere Politik nötig, demnach sollten



Viele Geflüchtete sind dauerhaft in Containerdörfern untergebracht, aus Mangel an regulärem Wohnraum. © picture-alliance/W. Rothermel

abgelehnte Asylbewerber abgeschoben werden. „Das schafft Wohnraum“, so Bachmann. Dem widersprach Karoline Otte (Bündnis 90/Die Grünen). Die Bürger in den Kommunen hätten im letzten Jahr über eine Million geflüchtete Menschen „willkommen heißen“ und damit erneut „die Integrationskraft vor Ort unter Beweis gestellt“. Der Bund sehe die Anstrengungen und sehe die Herausforderung, deshalb stünden in diesem Jahr 2,75 Milliarden Euro für Unterbringung, Versorgung und Integration für die Länder zur Verfügung. Für den fehlenden Wohnraum brauche es pragmatische Lösungen, deshalb habe die Bundesregierung eine Änderung des Baugesetzes beschlossen. Damit werde den Kom-

munen schneller geholfen, schneller zu bauen. Jedoch brauche es eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit, damit Miete bezahlbar bleibe und bestehende Sozialwohnungen nicht aus der Sozialbindung herausfielen. „Daran arbeiten wir“, sagte Otte.

Neustart Das unterstrich auch Caren Lay (Die Linke), es brauche „einen Neustart im Sozialen und Gemeinnützigen Wohnungsbau“, damit würden nicht nur Geflüchtete, sondern auch Menschen mit geringem Einkommen eine Chance auf bezahlbaren Wohnraum bekommen. Der Unionsantrag hingegen führe lediglich dazu, dass „noch mehr Zwischenlösungen am Stadtrand entstehen“, solche Notstrukturen müssten die Ausnahme sein, „auch für Geflüchtete

brauchen wir dauerhafte Wohnungen“, sagte Lay. Wer in Hallen oder Container leben müsse, dem werde Integration erschwert oder gar unmöglich gemacht. Für Rainer Semet (FDP) hat das Problem Wohnungsknappheit andere Ursachen. Es brauche eine Reform des Baugesetzbuches, schnellere Verwaltungsprozesse und mehr „serielles Bauen und Holz als Baustoff“. Die Vorschläge im Unionsantrag seien in einigen Punkten bereits überholt, da das Bundeskabinett schon reagiert habe und die Sonderregelungen nach Paragraph 246 bis Ende 2027 verlängert worden seien, zudem stünden durch den Bund in diesem Jahr 2,7 Milliarden Euro für die Unterbringung und Versorgung Geflüchteter zur Verfügung. *Nina Jeglinski*

Am Limit

FLÜCHTLINGE Bundestag debattiert über Antrag der CDU/CSU zur Entlastung der Kommunen beim Bau von Unterkünften für schutzsuchende Menschen

Ausbeutung stoppen

ARBEIT Linke fordert Verbesserung bei Saisonbeschäftigung

Saisonbeschäftigte aus ganz Europa machen sich aktuell auf den Weg nach Deutschland, um in der Landwirtschaft zu arbeiten und Spargel, Erdbeeren und Co. von den Feldern zu ernten. Nicht immer herrschten dabei angemessene Arbeits- und Unterbringungsbedingungen, mahnt die Fraktion Die Linke und fordert in einem Antrag (20/6187), die „Ausbeutung von Saisonbeschäftigten“ zu unterbinden. So sollten ausländische Arbeitskräfte nach Vorstellung der Fraktion grundsätzlich sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein und die Arbeitszeit „tagesaktuell, elektronisch und manipulationssicher“ erfasst werden. Der Bundestag debattierte vergangenen Donnerstag über den Antrag. Ohne soziale Absicherung bliebe vielen Beschäftigten nur eine private Gruppenversicherung. „Das sind Billigversicherungen mit unzureichendem Schutz“, sagte Susanne Ferschl (Die Linke). Beschäftigte blieben dadurch selbst bei akuten Erkrankungen auf einem Teil der Kosten sitzen.

Fehlende Kontrollen Es sei schon viel geschehen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, betonten Manuela Gava (SPD) und Grünen-Politikerin Beate Müller-Gemmeke. So würden auch Saisonbeschäftigte von einem höheren Mindestlohn profitieren (Gava). Durch das Nachweisgesetz

müssten die Arbeitsbedingungen außerdem schriftlich vereinbart werden (Müller-Gemmeke). Es gebe aber noch einiges zu tun. Dass Saisonarbeit grundsätzlich als „sozialversicherungslose kurzfristige Beschäftigung“ gelte, sei „ein ganz merkwürdiges Konstrukt“, sagte Müller-Gemmeke. Für Carl-Julius Cronenberg (FDP) liegt das Problem für Saisonbeschäftigte vor allem darin, dass geltendes Recht nicht angemessen kontrolliert und durchgesetzt werde.

Überregulierung Unionspolitikerin Jana Schimke betonte, dass besonders die Landwirtschaft von hohen Lohnkosten geprägt sei und unter massivem Preisdruck stehe. Allein durch die Einführung des Mindestlohns in Deutschland verzeichne die Branche eine Lohnkostensteigerung von 62 Prozent. „Das sind Billigversicherungen, die Arbeitsrechts gesprochen werden, aber eine „Regulierung mit der Gießkanne“ könne nicht die Lösung sein. Die Linke erweise den Beschäftigten mit ihrem Antrag „einen Bärendienst“, sagte Schimke. Stephan Protschka (AfD) sprach von „künstlichen Kosten“, die der Antrag verursache und dadurch eine Gefährdung für die „Versorgungssicherheit mit heimischen Obst und Gemüse“ darstelle. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen. *des |*

Demokratie stärken

FAMILIE Experten sehen Verbesserungsbedarf bei Entwurf

Nachdem das „Wehrhafte-Demokratie-Gesetz“ in der letzten Legislaturperiode an Unstimmigkeiten im Bundeskabinett scheiterte, startet die Ampel-Koalition mit dem Demokratieförderungsgesetz einen neuen Versuch. Laut Entwurf (20/5823) soll der Bund künftig eigene oder die Maßnahmen Dritter fördern können, die sich für Demokratie, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention einsetzen.

Wie bereits bei der ersten Lesung des Entwurfs im Bundestages beschäftigte auch die Sachverständigen bei einer öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf vergangenen Montag besonders die Frage, wer die Projekte am Ende nach welchen Kriterien auswählen wird.

Planbarkeit Timo Reinfrank von der Amadeu Antonius Stiftung zeigte sich begeistert von dem Entwurf, der auf „dauerhafte Demokratieförderung“ abziele und ein „weg von der Befristung“ auf höchstens zwei Förderperioden bedeute. Reinfrank forderte zudem, eine „institutionalisierte Form der Beteiligung“ von Projektträgern im Gesetz festzuschreiben. Von einem „Krieg gegen die Demokratie“ sprach der Passauer Politikwissenschaftler Lars Rensmann, der den Gesetzentwurf begrüßte. Er beklagte eine „verbreitete Abkehr vom demokratischen Verfassungsstaat“. Der Staat müsse daher reagieren, um freiheitsgefährdenden Ideologien zu bekämpfen.

Nicht alle Sachverständigen teilten indes die Ansicht, dass der Staat aktiv in die Demokratieförderung eingreifen solle. So mahnte Christopher Gohl vom Weltethos-Institut in Tübingen, dass das Gesetz kein „Instrument der Erziehung von Bürgerinnen und Bürgern“ werden dürfe. Er forderte daher eine breite Debatte darüber, welches „Leitbild von Demokratie“ gefördert werden solle.

Auch der Psychologe und Islamismusexperte Ahmad Mansour, der das Gesetz generell wegen der Planungssicherheit für Projekte begrüßte, forderte Transparenz bei den Auswahlkriterien. Die Chance auf Förderung dürfe nicht von der „Ideologie“ eines Projektes oder dessen Nähe zu Regierenden abhängen, sagte Mansour.

Ländersache Ob der Bund überhaupt die Regelungskompetenz habe, um eigene Projekte im Bereich der Extremismusprävention zu fördern, bezweifelte der Verfassungsjurist Tim Wihl: Dies sei schließlich Ländersache.

Auf die praktischen Herausforderungen vor Ort ging Klaus Ritgen vom Deutschen Landkreistag ein. Er bewertete den Entwurf insgesamt positiv, mahnte aber, dass dieser die Vernetzung der Akteure auf lokaler Ebene zu wenig im Blick habe. Dies müsse als Förderkriterium in das Gesetz aufgenommen werden, sagte Ritgen. *hari |*

Ringem um »Rückführungsoffensive«

ASYL Die Koalition weist Forderungen von Union und AfD nach verschärften Abschiebemaßnahmen zurück

Nicht immer wird unter ein und demselben Begriff auch von allen ein und dasselbe verstanden. Das zeigte sich vergangene Woche auch in der Bundestagsdebatte über Oppositionsforderungen nach einer „Rückführungsoffensive“. Eine solche zu starten, „um Ausreisen konsequenter umzusetzen“, hatten die Ampel-Parteien in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt; sie „umgehend auf den Weg zu bringen“, fordert nun die CDU/CSU-Fraktion in einem Antrag von der Bundesregierung (20/6173), während die AfD-Fraktion einer weiteren Vorlage zufolge „die Zeitenwende in der Migrationspolitik mit einer Rückführungsoffensive 2023 einleiten“ (20/6184) möchte.

»Wir wollen mit unserem Antrag Abschiebehürden beseitigen.«

Christoph de Vries (CDU)

Verstöße ahnden Was die beiden Fraktionen dazu für erforderlich halten, machten sie in ihren jeweiligen Anträgen deutlich, die erstmals auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums standen. So fordert die CDU/CSU, bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rücknahmeverträgen mit Herkunfts- und Transitstaaten „alle Kooperationsfelder einschließlich der Visavergabe, Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaftsbeziehungen einzuubeziehen“. Auch dringt sie darauf, Verstöße gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote „konsequent zu ahnden“ und sicherzustellen, „dass insbesondere Verstöße von Straftätern unmittelbar in Abschiebungshaft und unverzügliche Aufenthaltsbeendigung münden“. Ferner plädiert sie etwa dafür, „pragmatische Lösungen“ für Rückführungen von Gefährdern und Straftätern nach Afghanistan zu finden.

Nach dem Willen der AfD-Fraktion soll die Bundesregierung gegenüber Herkunftsstaaten, die bei der Rücknahme ihrer Staatsbürger nicht oder nur unzureichend kooperieren, Maßnahmen im Bereich der Visavergabe, der Handelspolitik, des Technologietransfers und der Entwicklungszusammenarbeit „konzentriert“ einsetzen. Zudem soll die Bundesregierung dem AfD-Antrag zufolge im Verbund mit den Bundesländern dafür sorgen, dass ausländische Straftäter „ausnahmslos abgeschoben werden – entweder in ihr Herkunftsland oder in einen aufnahmefähigen Drittstaat“. Ferner fordert die Fraktion die Bundesregierung unter anderem auf, „im Verhältnis zu Syrien Verhandlungen mit der Regierung aufzunehmen, um eine Rückführung von Straftätern sowie von nur subsidiär Schutzberechtig-

ten (...) in die befreiteten Gebiete Syriens zu ermöglichen“.

»Pull-Faktor« Christoph de Vries (CDU) warf Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) in der Debatte vor, weder Maßnahmen zu ergreifen, um die illegale Migration zu unterbinden, noch Maßnahmen in Angriff zu nehmen, um die Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer wirksam durchzusetzen. Dagegen wolle die Union mit ihrem Antrag Abschiebehürden beseitigen und Ausreisepflichten durchsetzen. Das deutsche Asylrecht könne nur Bestand haben, wenn Menschen ohne Schutzanspruch zurückgeführt werden. Gottfried Curio (AfD) beklagte, dass die Aufnahmekapazitäten „mit deutlich über

200.000 Asylbewerbern letztes Jahr – neben einer Million Ukrainern“ endgültig überfordert seien. Dabei seien von mehr als 300.000 abgelehnten und vollziehbar ausreisepflichtigen Asylbewerbern vergangenen Jahr 96 Prozent in Deutschland geblieben. Diese „Rechtsbruchmentalität Deutschlands, dass Unberechtigte bleiben können“, sei ein „Pull-Faktor erster Güte“.

Abkommen Helge Lindh (SPD) betonte dagegen, es sei niemals machbar oder realistisch, mehrere Hunderttausende von Ausreisepflichtigen auszuweisen. Stattdessen konzentriere sich die Ampel „auf Gefährder und Straftäter, und dies nach Recht und Gesetz“. Auch setze sie auf Migrationsabkommen. Diese bedeuteten aber nicht Wirtschaftsanktionen oder Streichung von Entwicklungshilfe, wie es auch die Union fordere. Der Ansatz der Koalition und des Bevollmächtigten der Bundesregierung für Migrationsabkommen, Joachim Stamp, laute vielmehr „faire Abkommen, Reduktion irregulärer Migration, ein strategisches Verständnis von Abschiebung“.

Stephan Thomae (FDP) argumentierte, die Koalition habe von der Vorgängerregierung 300.000 vollziehbar Ausreisepflichtige „sozusagen geerbt“ von denen viele seit fünf oder acht Jahren im Land seien, ohne abgeschoben werden zu können. Da es unwahrscheinlich sei, dass ihre Abschiebung in den nächsten Jahren gelinge, sei es sinnvoller, diese Menschen besser zu integrieren, damit sie hier arbeiten und auf eigenen Beinen stehen können. Auch gebe die

»Wir geben freiwilligen Ausreisen den Vorzug vor zwangsweiser Abschiebung.«

Stephan Thomae (FDP)

Koalition der Förderung freiwilliger Ausreisen, bei denen die Zahlen anstiegen, den Vorzug vor zwangsweisen Abschiebungen. Daneben habe Stamp bereits Gespräche mit Regierungen wichtiger Herkunftsstaaten begonnen über Abkommen, „die auch eine Rücknahme beinhalten“. Damit werde vorbereitet, dass Rückführungen künftig besser funktionieren können als bisher.

Filiz Polat (Grüne) sagte, die Koalitionsfraktionen seien sich einig, dass Abschiebung in Kriegs- und Krisengebiete oder Länder, in denen Folter und Verurteilung ohne faire gerichtliche Verfahren drohen, „der Vergangenheit angehören“. Daher komme eine Aufhebung des Abschiebestopps nach Afghanistan oder Syrien für die Koalition wie auch für die meisten Bundesländer nicht infrage. Abgelehnte Asylbewerber seien aus verschiedenen Gründen geduldet, etwa weil sie sich in einer Ausbildungsduldung befänden, von ihren Botschaften keine Pässe erhalten könnten oder es von den Bundesländern einen faktischen Abschiebestopp etwa nach Syrien oder Afghanistan gebe. Der Großteil darunter seien Minderjährige und Menschen im erwerbsfähigen Alter. Darauf brauche man eine „politische Antwort“, bei der das sogenannte „Chancen-Aufenthaltsrecht“ eine große Hilfe sei.

Clara Bünger (Linke) kritisierte, wer eine Abschiebeoffensive fordere, nehme Brutalität und Menschenrechtsverletzungen in Kauf und zerstöre Menschenleben. Dagegen fordere Die Linke „ein sicheres Bleiberecht für alle Menschen mit prekärer Aufenthaltstatus“. *Helmut Stoltenberg |*

Kriminelle Kinder

RECHT AfD will nach Gewaltfällen das Strafrecht ändern

Nach mehreren krassen Fällen von Kinder-gewalt fordert die AfD-Fraktion eine Verschärfung des Strafrechts. Das Problem der Kinderdelinquenz sei durch den aktuellen Fall der 12-jährigen Schülerin Luise aus Nordrhein-Westfalen in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt, heißt es in einem Gesetzentwurf (20/6194) der Fraktion, der vergangene Woche erstmals auf der Tagesordnung stand.

Die Abgeordneten fordern in dem Gesetzentwurf, die Altersgrenze für die Strafmündigkeit auf zwölf Jahre zu senken. Gleichzeitig soll der Staatsanwaltschaft das Recht eingeräumt werden, beim Familiengericht die Unterbringung eines Kindes zu beantragen. Dadurch könne künftig angemessen auf Straftaten von Kindern unter zwölf Jahren reagiert werden. Auch solle eine vorläufige Festnahme durch Staatsanwaltschaft und Polizei zu diesem Zweck ermöglicht werden.

Individuelle Reife Thomas Seitz (AfD) sagte, es gehe nicht mehr um Einzelfälle. So sei 2022 die Zahl der Tatverdächtigen unter 14 Jahren bundesweit um ein Drittel gestiegen. Die Dunkelziffer dürfe hoch sein, weil vielfach keine Anzeige erstattet werde, wenn der Geschädigte wisse, dass der Täter strafmündig sei. Eine Herabsetzung der Strafmündigkeit auf zwölf Jahre sei daher dringend geboten. In Ungarn, Kanada oder den Niederlanden beginne die Strafmündigkeit ebenfalls mit zwölf Jahren.

Auch bei einer niedrigeren Strafmündigkeitsgrenze sei im Übrigen individuell zu prüfen, ob ein Tatverdächtiger die nötige Reife aufweise, um das Unrecht seiner Tat einzusehen. Reifeverzögerungen und Persönlichkeitsstörungen könnten zum Ausschluss der Verantwortlichkeit führen. *Helmut Stoltenberg |*

Nach Ansicht von Ingmar Jung (CDU) ist es legitim, nach einem Geltungszeitraum von 100 Jahren über die Grenzen der Strafmündigkeit zu reden. Einzelfälle dürften aber nicht zum Anlass genommen werden, scheinbar einfache Lösungen zu präsentieren. Auf dem Rücken der Opfer Politik zu machen, sei schäbig. Jung sprach sich dafür aus, eine Studie in Auftrag zu geben und eine Art Gleitzone für Fälle unter 14 Jahren zu erwägen.

Sebastian Fiedler (SPD) sagte, die Absenkung der Strafmündigkeit sei ein untaugliches Mittel, um mit solchen Fällen umzugehen. Das Jugendstrafrecht trage nicht den Gedanken der Vergeltung, sondern der Erziehung. Die Idee sei, „Leute wieder zum Besseren zu bewegen“. Auch Helge Limburg (Grüne) verwies auf den Sozialgedanken. Das Strafrecht gehe von dem Grundsatz aus, dass Kinder und Jugendliche Chancen, Hilfe und Unterstützung bräuchten und nicht in erster Linie Strafen. Wer die Strafmündigkeit herabsetze, ermögliche, dass Kinder ins Gefängnis gesperrt würden. Im Fall Luise bleibe die Tat für die Täterinnen im Übrigen nicht folgenlos.

Ähnlich argumentierte Stephan Thomae (FDP), der vor überzogenen Reaktionen auf den Fall in Freudenberg warnte. Rufe nach Strafverschärfungen aus Anlass konkreter Taten seien regelmäßig unklug. Die dienen weniger dem Recht als der Regulierung des Empörungsbefindnisses und seien vom Gedanken an Sühne und Genugtuung getragen. Vergeltung an Kindern sei aber nicht Teil des Justizsystems. Clara Bünger (Linke) sagte, das Ziel könne nicht sein, Kinder wegzusperren. Sie forderte, für mehr pädagogische Fachkräfte an Schulen zu sorgen und über Gewalt und Mobbing aufzuklären. Sie betonte: „Kinder gehören nicht in den Knast.“ *pk |*



Marathonverhandlungen: Nach rund 30-stündigen Gesprächen präsentierten die Parteichefs Lindner (FDP), Lang (Grüne) und Klingbeil (SPD) (v.l.n.r.) die Ergebnisse des Koalitionsausschusses.

© picture-alliance/dpa/Michael Kappeler

Mehr Hilfe für Frauen mit Endometriose

ANHÖRUNG Fachverbände fordern mehr Hilfe für Mädchen und Frauen mit Endometriose und eine bessere Versorgungsinfrastruktur. Die bisherigen Versorgungsangebote, aber auch Aufklärung und Forschung zu der gynäkologischen Erkrankung seien unzureichend, erklärten Expertinnen vergangene Woche in einer Anhörung des Gesundheitsausschusses über Anträge der Unionfraktion und der Linksfraktion. Die Sachverständigen äußerten sich in der Anhörung und in schriftlichen Stellungnahmen.

Die Unionsfraktion fordert in einem Antrag (20/4308) eine nationale Endometriose-Strategie sowie den Ausbau und die Stärkung von Endometriose-Zentren in Deutschland. Auch müsse dafür gesorgt werden, dass Leistungen in den Endometriose-Fachberatungen an Kliniken, bei Gynäkologen oder Allgemeinmedizinern auskömmlich vergütet und entsprechend abgerechnet werden können.

Auch die Linksfraktion fordert in ihrem Antrag (20/5979) eine Strategie, um die Krankheit in das gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken und sich deren Erforschung und Bekämpfung zu widmen. Vorgeschlagen wird ein bundesweites Endometriose-Register, in dem Daten zum Krankheitsbild und zur Häufigkeit erfasst und überwacht werden. Eine Aufklärungskampagne zum Thema Endometriose und Menstruationsbeschwerden sollte sich vorrangig an Mädchen und junge Frauen richten. Die Ausbildung der Ärzte müsse verändert werden, damit sie Endometriose besser erkennen und behandeln könnten.

Die Arbeitsgemeinschaft Endometriose (AGEM) und die Arbeitsgemeinschaft Gynäkologische Endoskopie (AGE) wiesen darauf hin, dass Endometriose ein Massenphänomen ist. Es sei von rund 40.000 Neuerkrankungen pro Jahr und aktuell von zwei bis vier Millionen Betroffenen in Deutschland auszugehen. Die Diagnose werde im Mittel um zehn Jahre verschleppt. Die Verbände fordern ein Programm zur Früherkennung der Endometriose, eine sektorenübergreifende Therapie und eine leistungsgerechte Kostenerstattung, die an die Komplexität der Behandlung angepasst werden müsse.

Volkskrankheit Nach Einschätzung der Endometriose-Vereinigung handelt es sich um eine Volkskrankheit, die bei den betroffenen Frauen extreme Schmerzen und psychische Folgeprobleme auslösen kann. Selbst nach einer gesicherten Diagnose sei die Versorgungslage problematisch, insbesondere erfordere eine psychosoziale Unterstützung und Beratungsangebote. Nach Ansicht des Verbandes muss neben der Endometriose auch die eng verwandte und oft begleitende Adenomyose beachtet werden, bei der Gewebe, das der Gebärmutter schleimhaut (Endometrium) ähnelt, in die Gebärmuttermuskulwand einwächst.

In der Anhörung beklagten Expertinnen, dass die ambulante Versorgung unzureichend sei und Menstruationsschmerzen nach wie vor tabuisiert würden. Betroffene Frauen schilderten ihre Hilflosigkeit angesichts der verbreiteten Unkenntnis über diese Krankheit. Die 30-jährige Natascha Lowitzki sagte, ihre Probleme hätten in früher Jugend eingesetzt. Nach zwölf Jahren habe ein Arzt erstmals die Verdachtsdiagnose Endometriose gestellt. Die Krankheit sei chronisch und nicht heilbar. Sie sagte: „Die Endometriose zerstört Hoffnungen, Träume, Karrieren und Beziehungen.“ **pk** ||

Werkstück oder Stückwerk?

KOALITIONSAUSSCHUSS Die Opposition zweifelt an der Handlungsfähigkeit der Ampel

Das die Stimmung zwischen den Partnern der Ampelkoalition in den vergangenen Wochen nicht unbedingt rosig war, ist kein allzu großes Geheimnis. Öffentlich tauschten Parteigrößen Nickligkeiten aus, die Liste der strittigen Themen wuchs. Ein Koalitionsausschuss sollte die Lösung bringen und offenbar gab es Diskussionsbedarf. Rund 30 Stunden verbrachten die Ampelspitzen miteinander, unterbrochen unter anderem von deutsch-niederländischen Regierungskonsultationen. Vergangenen Dienstag präsentierten dann die Parteichefs Lars Klingbeil (SPD), Ricarda Lang (Grüne) und Christian Lindner (FDP) auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes die Ergebnisse des Verhandlungsmarathons. Man gab sich – mehr oder weniger – zufrieden mit den Beschlüssen, die die Ampel in einem 16-seitigen Papier unter dem Titel „Modernisierungspaket für Klimaschutz und Planungsbeschleunigung“ zusammengefasst hat. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte schon vor Abschluss der Verhandlungen ein „großes Werkstück“ angekündigt – und fand am Mittwoch in der Re-

gierungsbefragung entsprechend lobende Worte für die Beschlüsse. Diese Einschätzung wollte die Opposition allerdings nicht teilen. Es sei weder ein Werk noch ein Stück, „das ist allerhöchstens Stückwerk“, beschied Mario Czaja (CDU) der Koalition vergangenen Donnerstag in einer von seiner Fraktion beantragten Aktuellen Stunde.

»Die selbst-ernannte Fortschrittskoalition gibt ein desolates Bild ab.«

Dietmar Bartsch (Die Linke)

Beschlüsse Zu den wesentlichen Streitpunkten innerhalb der Koalition gehörte in den vergangenen Wochen die Frage, welche Infrastrukturprojekte besonders beschleunigt werden sollen. Klar ist nun: Die Koalition will auch bestimmte Autobahnprojekte schneller umsetzen. Für eine „eng begrenzte Zahl“ von Projekten zur Engpassbeseitigung – 144 sollen es sein – soll künftig das „überragende öffentliche Interesse“ festgestellt werden, was Planung und Genehmigung zeitlich deutlich straffen soll. Dieses überragende öffentliche Interesse soll auch für zahlreiche Schienenprojekte festgestellt werden. Die Koalition strebt einen Investitionshochlauf bei der Bahn an. Der Bedarf liege bis 2027 bei rund 45 Milliarden Euro, heißt es in dem Papier. Ein großer Teil davon soll durch die Erhöhung der LKW-Maut gestemmt werden.

Ein zweiter großer Streitpunkt der Koalition betraf die Klimaziele: Sowohl im Gebäudesektor als auch im Verkehrssektor reißt Deutschland die selbstgesteckten Sektorziele. Nun will die Koalition mit einer Novelle des Klimaschutzgesetzes eine andere Form der Betrachtung einführen. „Die Einhaltung der Klimaschutzziele soll zukünftig anhand einer sektorübergreifenden und mehrjährigen Gesamtrechnung überprüft werden“, heißt es in dem Beschlusspapier. Bei Zielverfehlung sollen alle Ressorts gegensteuern. Klimafreundlicheres Heizen soll „technologieoffen“ unterstützt werden, ein Verbot von Gas- und Ölheizungen findet sich nicht im Papier. Weitere Beschlüsse beziehen sich etwa auf die Förderung von E-Fuels und der Elektromobilität und den Umgang mit naturschutzrechtlichen Ausgleichsflächen. Sie eint: Sie müssen allesamt noch in Gesetzesform gebracht werden.

Noch Differenzen Gänzlich ausgeräumt scheinen die Differenzen allerdings noch nicht zu sein. In der Aktuellen Stunde betonte etwa Julia Verlinden (Bündnis 90/Die Grünen), dass ihre Partei mehr für den Klimaschutz wolle, „als aktuell mit SPD und FDP möglich ist“. Für die FDP stellte Lukas Köhler mit Blick auf die Novelle des Klimaschutzgesetzes und die angekündigte Gesamtrechnung klar, dass die Koalition eine „Neuordnung der Klimapolitik“ plane. Sozialdemokrat Matthias

Miersch wiederum betonte, dass eine Weiterentwicklung notwendig sei, sich aber an den „Zielen und Pfaden“ und auch bei den „sektorspezifischen Zielen“ nichts ändern werde. Bei allen Unterschieden, die auch in den anstehenden Gesetzgebungsverfahren noch zu Diskussionen führen dürften, bejahten die Rednerinnen und Redner der Koalitionsfraktionen die „Handlungsfähigkeit und Lösungskompetenz der Bundesregierung“ deutlich, die die Union mit ihrer Aktuellen Stunde in Frage gestellt hatte.

Für die Union machte Czaja wiederum vor allem die Grünen als Verlierer des Koalitionsausschusses aus. Er gehe davon aus, „dass Sie dem Ganzen mit der Faust in der Tasche zugestimmt haben“. Die drei Parteien agierten wie in einer „On-Off-Beziehung“. „Man hält es nicht mehr miteinander aus, aber man kommt auch irgendwie nicht voneinander los“, meinte der Christdemokrat.

Zu einem ähnlichen Urteil kam Linken-Fraktionsvorsitzender Dietmar Bartsch. Die selbsternannte Fortschrittskoalition gebe ein „desolates Bild“ ab, sei in Wirklichkeit eine „Enttäuschungscoalition“, befand der Abgeordnete. Zudem erinnerte Bartsch daran, dass die Koalition zu anderen Streitthemen wie der Kindergrundsicherung oder dem Haushalt 2024 keine Beschlüsse gefasst habe. „Das ist nicht akzeptabel“, sagte der Fraktionschef. AfD-Fraktionsvorsitzender Tino Chrupalla ließ ebenfalls kein gutes Haar an der Ampelkoalition und warf ihr vor, das Land in die „Deindustrialisierung und postmoderne Beliebigkeit“ zu führen. Die geplante Erhöhung der LKW-Maut lehnte er scharf ab. „Die Mehrkosten werden direkt an die Endverbraucher weitergegeben werden müssen“, kritisierte Chrupalla, damit werde die Inflation weiter steigen. „Machen Sie endlich Politik im Interesse Deutschlands und unserer Bürger“, forderte der Fraktionsvorsitzende. **Sören C. Reimer** ||

> KOMPAKT

Das plant die Koalition

> Verkehr Viele Schienenprojekte sollen durch die Feststellung des „überragenden öffentlichen Interesses“ beschleunigt werden. Das soll auch für Engpassbeseitigungen an Autobahnen gelten.

> LKW-Maut steigt Mit einem CO2-Zuschlag soll der Investitionshochlauf in die Schiene finanziert werden.

> Klimaschutz Das Klimaschutzgesetz soll novelliert werden. Künftig soll eine überjährige Gesamtbetrachtung im Vordergrund stehen.

Risiko durch Vogelgrippe

SEUCHE Auch Säugetiere können sich mit Virus infizieren

Gesundheitsexperten sind besorgt wegen der jüngsten Ausbreitung der Vogelgrippe, die normalerweise nicht auf Menschen übertragen wird. Der Gesundheitsausschuss befasste sich vergangene Woche mit der Infektionskrankheit (aviäre Influenza), die vor allem für Vögel eine Gefahr darstellt. Zu Wort meldete sich auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die keinen Anlass zur Panik sieht, aber empfahl, die Entwicklung zu beobachten.

Nach Angaben der WHO breitet sich das Virus international nicht nur aus, sondern überspringt derzeit auch leichter die Artengrenzen. Das stelle ein höheres Risiko für Menschen dar, sagte eine WHO-Abteilungsleiterin in Genf. Viele Tiere sollen dem Virus bereits erlegen sein, vor allem Seevögel. Zudem wurde der Erreger bei etlichen Säugetieren entdeckt.

Gesundheits-Staatssekretärin Sabine Dittmar (SPD) berichtete im Ausschuss, weltweit würden vermehrt die Subtypen der Influenza-A-Viren H5N1 und H7N9 bei Geflügel und Säugetieren beobachtet. Auffallend sei, dass neben Vögeln vermehrt Säugetiere von der Infektion betroffen sind. So sei unlängst in Deutschland erstmals bei Füchsen die Vogelgrippe nachgewiesen worden. In Europa seien auch unerwartet viele hochpathogene Influenza-A-Viren bei

Seevögeln festgestellt worden, vor allem bei Möwenarten, die in Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Italien eine hohe Sterblichkeit aufgewiesen hätten. Belege für die Übertragung zwischen Säugetieren gibt es den Angaben zufolge bisher nicht, es könne aber auch nicht ausgeschlossen werden. Übertragungen auf den Menschen kämen nur sporadisch vor. Seit dem Jahreswechsel 2022/23 sei von acht Übertragungen berichtet worden, darunter in Kambodscha, China, Ecuador und Vietnam, sagte Dittmar.

Das europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) schätze das Risiko einer Übertragung der Vogelgrippe auf Menschen aktuell in Europa für die Bevölkerung weiter als gering ein. Das Auftreten bestimmter Mutationen und das Massensterben von Tieren deuteten jedoch auf ein größeres Risiko der Ausbreitung unter Säugetieren hin. Es sei daher wichtig, Ausbrüche in Tierbeständen früh zu erkennen und zu untersuchen, sagte Dittmar im Ausschuss.

Nach Angaben des Robert-Koch-Instituts (RKI) können aviäre Influenzaviren nicht leicht von Tieren auf Menschen übertragen werden. Wenn jedoch eine solche Infektion stattfindet, könne die Krankheit bisweilen sehr schwer verlaufen. **pk** ||

Heftiger Streit über Boni in der Coronakrise

GESUNDHEIT Union fordert Zuschuss von mindestens 500 Euro für Berufsgruppen im Gesundheitswesen

In der Corona-Pandemie waren es vor allem Pflegekräfte, die, ohnehin schon überlastet, einen Großteil der Patientenversorgung zu schultern hatten. Die Politik reagierte und gewährte den Pflegenden Bonuszahlungen, zuletzt 2022. Das Pflegebonusgesetz passierte im Mai 2022 den Bundestag mit breiter Mehrheit. Von der Prämie profitierten Pflegekräfte in Krankenhäusern und der Altenpflege. Insgesamt eine Milliarde Euro wurden dafür in den Haushalt eingestellt. Obgleich damals alle Fraktionen den Bonus begrüßten, kam wegen der Extrazahlung auch Kritik auf, denn die Boni wurden nur unter bestimmten Voraussetzungen an ausgewählte Mitarbeiter im Gesundheitswesen ausgezahlt. Die Union stimmte zwar zu, rügte aber, es bekämen nicht alle einen Bonus, die es verdient hätten, das Gesetz sei unvollständig.

Zuschuss Die Unionsfraktion legte sodann unlängst einen Antrag (20/5809) vor, um die aus ihrer Sicht bestehende Schiefe zu korrigieren, über den vergangene Woche erstmals beraten wurde. Der Antrag sieht einen Zuschuss von mindestens 500 Euro für Mitarbeiter im Gesundheitswesen vor. Mit dem Zuschuss sollen Berufsgruppen bedacht werden, die nicht vom Coronabonus profitiert haben. Benannt werden

in dem Antrag zahlreiche Berufsgruppen, darunter Medizinische Fachangestellte, Zahnmedizinische Fachangestellte, Beschäftigte in der Notfallmedizin und im Rettungsdienst.

In der Aussprache gerieten Union und SPD heftig aneinander. Simone Borchardt (CDU) kritisierte, es sei 2022 absehbar gewesen, wohin das Pflegebonusgesetz führen würde, „nämlich zu Frust und Unmut, zu mehr Ungerechtigkeit statt Wertschätzung und vor allem zu viel Bürokratie“. Es gehe um einen Kreis von rund 2,5 Millionen Beschäftigten, die in der Pandemie „ein ganzes System am Laufen gehalten“ hätten. Am Ende bleibe der Bonus ohnehin ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen müssten nachhaltig gestärkt werden.

Dirk-Ulrich Mende (SPD) wies die Vorwürfe scharf zurück und sprach von einem opportunistischen „Schaufensterantrag“ ohne Wert Gegenfinanzierung. Es gehe der Union nicht darum, den Menschen, die sich während der Pandemie aufopferungsvoll

engagiert hätten, etwas Gutes zu tun, sondern lediglich darum, die Koalition vorzuführen. Die von der Union geforderten Sonderzahlungen würden den Bund rund drei Milliarden Euro kosten, aber niemand sage, woher das Geld kommen solle.

Harte Attacken Auch die AfD ging mit der Union hart ins Gericht. Martin Sichert (AfD) sagte, Spitzenpolitiker von CDU und CSU hätten in der Pandemie „Maßnahmenterror“ ermöglicht und „unfassbare Belastungen von Beschäftigten im Gesundheitswesen herbeigeführt“. Vor zwei Jahren zu Ostern seien Familien getrennt worden, die Bundesregierung habe Menschen vorgeschrieben, mit wem sie sich treffen dürften. Diese Politik sei weder

christlich noch sozial oder demokratisch gewesen, sondern autoritär, grausam und unmenschlich. So weit dürfe es nie wieder kommen. Nun fordere die Union 500 Euro Schmerzensgeld für Beschäftigte, die sie mit Steuergeld als Wähler kaufen wolle. Saskia Weishaupt (Grüne) betonte, dass den Mitarbeitern im Gesundheitswesen

strukturell geholfen werden müsse. Es gehe nicht um Minimalboni, sondern um faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Sie fügte hinzu, es sei extrem schwierig, bei Bonuszahlungen alle im Blick zu behalten. Boni blieben letztlich Symbolpolitik, wenn sich strukturell nichts verändere.

Die Linke hielt der Koalition vor, mit dem Pflegebonusgesetz von 2022 weit hinter den eigentlichen Erfordernissen zurückgeblieben zu sein. Ates Gürpınar (Linke) sprach mit Blick auf den Antrag der Union von „Aufmerksamkeitsgeheusche“ und erinnerte daran, dass seine Fraktion 2021 für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen einen Ausgleich von 1.000 Euro vorgeschlagen habe. Es habe aber niemand sonst dafür gestimmt. Der Coronabonus der Ampel-Koalition 2022 sei „schlecht gemacht“ gewesen. Viele Beschäftigte im Gesundheitswesen hätten in der Folge gar nichts bekommen.

Kristine Lütke (FDP) hielt der Union vor, mit einer einmaligen Zahlung eine nachhaltige Wertschätzung suggerieren zu wollen, das sei ein Widerspruch. Statt Ideen vorzulegen, wie Probleme gelöst werden könnten, würden populistische Bonusforderungen gestellt. Damit wolle die Union offenbar von ihrer verfehlten Gesundheitspolitik ablenken. **Claus Peter Kosfeld** ||

»Bringen wir doch gemeinsam strukturelle Reformen auf den Weg.«

Saskia Weishaupt (Grüne)

»Stolz auf starke Partnerschaft«

BUNDESTAG Die Rede von König Charles III. am 30. März 2023 im Wortlaut

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Frau Bundespräsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eine große Ehre, heute bei Ihnen zu sein. Meiner Frau und mir bedeutet es sehr viel, dass wir auf meiner ersten Auslandsreise als König nach Deutschland eingeladen wurden. Und vor allem, dass ich hier sprechen darf, um das Bekenntnis zur Freundschaft unserer Länder zu erneuern.

(Beifall)

Es gibt kaum einen besseren Ort dafür als dieses Gebäude, dessen Steine die Geschichte des 20. Jahrhunderts erzählen. Es demonstriert selbst, was unsere beiden Länder verbindet: 1933 in Brand gesetzt, 1945 schwer beschädigt, wurde es in den 90er Jahren von einem britischen Architekten zum Parlament des wiedervereinigten demokratischen Deutschlands umgebaut.

Die ikonische Glaskuppel ist ein Symbol für die Transparenz und Rechenschaftspflicht des Parlaments. Von hier aus können die Bürgerinnen und Bürger ihren Politikern tatsächlich bei der Arbeit zusehen. Gelebte Demokratie!

Meine Frau und ich durften bereits im November 2020, anlässlich des Volkstrauertags, hier im Bundestag zu Gast sein. Es war mir sehr wichtig, 75 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg an der Seite der Deutschen allen Opfer von Krieg und Tyrannei zu gedenken

(Beifall)

und als erstes Mitglied meiner Familie an dieser bewegenden Gedenkfeier teilzunehmen.



Bundespräsident und König beim Pflanzen eines Baumes am Schloss Bellevue

Ihre Einladung damals zeigt, wie weit das Vereinigte Königreich und Deutschland auf dem Weg der Freundschaft und des Friedens gekommen sind. Sie, Herr Bundespräsident, haben dies schon 2018 so eindrucksvoll bewiesen, mit Ihrer Teilnahme am Gedenken zum 100. Jahrestag des Endes des Ersten Weltkriegs in London.

Es erfüllt mich heute mit besonderem Stolz, wieder bei Ihnen zu sein, jetzt als König, und die Bande der Freundschaft zwischen unseren Ländern zu erneuern.

(Beifall)

Diese Freundschaft hat meiner geliebten Mutter, der verstorbenen Königin, viel bedeutet. Sie hat oft gesprochen über ihre 15 offiziellen Besuche in Deutschland, unter denen auch fünf Staatsbesuche waren.

Der erste im Jahr 1965 fand in einer Zeit statt, in der der Kontinent noch von tiefen Narben des Krieges und dem Trauma des Konflikts geprägt war. Meine Mutter gehörte der Kriegsgeneration an, und wie mein Vater hatte sie in Uniform Dienst getan. Dass die elftägige Deutschlandreise meiner Eltern sich als entscheidender Moment in der Versöhnung zwischen unseren Nationen erweisen sollte, hatte daher für beide große persönliche Bedeutung.

Meine Mutter wusste, welch enorme Errungenschaft diese Versöhnung bedeutete, und mit ihren vielen Besuchen in Deutschland wollte sie ihren Beitrag dazu leisten. Vielleicht ist das der Grund, warum sie sich einen besonderen Platz im Herzen der Deutschen eroberte.

(Beifall)

Meine Familie und ich waren zutiefst berührt von der Reaktion Deutschlands nach dem Tod meiner Mutter. Die Beileids-

kundungen aus dem Bundestag, das Brandenburger Tor in den Farben des Union Jack und die vielen tausend Einträge in Kondolenzbücher im ganzen Land – all das war uns in den Zeiten der Trauer ein großer Trost. Im Namen meiner gesamten Familie danke ich Ihnen von ganzem Herzen für die außerordentliche Anteilnahme der Menschen in Deutschland.

Herr Bundespräsident, Frau Bundespräsidentin, seit ich das letzte Mal hier gesprochen habe, ist die Geißel des Krieges zurück in Europa. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine hat unvorstellbares Leid über so viele unschuldige Menschen gebracht. Zahllose Leben wurden zerstört; Freiheit und Menschenwürde wurden brutal mit den Füßen getreten. Die Sicherheit Europas ist ebenso bedroht wie unsere demokratischen Werte.

Aber: Die Welt hat nicht tatenlos zugehört. Wir sind erschüttert von der furchtbaren Zerstörung. Aber wir können Mut schöpfen aus unserer Einigkeit – zur Verteidigung der Ukraine, des Friedens und der Freiheit.



Hundertere Schaulustige waren zum Brandenburger Tor gekommen, um den Monarchen zu sehen. Der nahm sich einige Minuten Zeit, um sie zu begrüßen.



König Charles III. und seine Frau Camilla wurden von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (re.) und dessen Frau Elke Büdenbender (li.) als erste Staatsgäste überhaupt mit militärischen Ehren am Brandenburger Tor empfangen.

(Beifall)

Deutschland und das Vereinigte Königreich haben eine wichtige Führungsrolle übernommen. Als größte europäische Geber für die Ukraine haben wir entschlossen reagiert und Entscheidungen getroffen, die früher vielleicht unvorstellbar gewesen wären. Der Entschluss Deutschlands, der Ukraine so große militärische Unterstützung zukommen zu lassen, ist überaus mutig, wichtig und willkommen.

(Beifall)

Unsere Piloten fliegen gemeinsame Einsätze im Luftraum unserer baltischen Partner. Hier in Deutschland haben unsere Armeen ein gemeinsames Pionierbrückenbataillon aufgestellt, das ich heute Nachmittag besuchen werde.

(Beifall)

Deutschland ist das einzige Land weltweit, mit dem das Vereinigte Königreich eine solche gemeinsame Einheit unterhält – ein außerordentlicher Beweis für unsere Partnerschaft.

Meine Damen und Herren, ich kann kaum in Worte fassen, wie stolz ich auf die starke

Partnerschaft unserer beiden Länder bin. Deutschland, seine Menschen und seine unverwechselbare Kultur haben im Laufe meiner vielen Besuche einen so tiefen Eindruck hinterlassen.

Seit ich mit gerade einmal 13 Jahren zum ersten Mal nach Deutschland kam, habe ich die verschiedenen Gegenden dieses bemerkenswerten Landes nach und nach kennengelernt.

»Deutschland und das Vereinigte Königreich haben eine wichtige Führungsrolle übernommen.«

Wie viele Briten habe ich enge persönliche Verbindungen hierher – für mich sind es familiäre Beziehungen, die mir teuer sind und die Generationen zurückreichen. Was uns jedoch alle verbindet, sind die unzähligen Berührungspunkte und gemeinsamen Erfahrungen der deutsch-britischen Geschichte, die sich über fast zwei Jahrtausende erstreckt.

Während des gesamten Mittelalters lieferte die berühmte Hanse Waren aus Lübeck und Hamburg zu Häfen an der englischen Küste. Sie etablierte so eine Handelspartnerschaft, die bis heute unseren gemeinsamen Wohlstand begründet.

Wo Waren flossen, flossen auch Ideen. Und

Heidelberg und Baden-Baden organisierte. Heute reisen jedes Jahr Millionen von Briten nach Deutschland, und Millionen Deutsche besuchen unser Land. Briten schätzen die lebendige Kultur und das Nachleben in Berlin und stellen die größte europäische Besuchergruppe in dieser wunderbaren Stadt.

(Vereinzel Beifall)

Wir bewundern also noch immer gegenseitig unsere Kultur, sind wirtschaftlich voneinander abhängig, und lassen uns von den Ideen der Anderen inspirieren. Jüngere Generationen denken dabei vielleicht nicht nur an Brahms oder Byron, sondern auch an die Beatles oder Kraftwerk,

(Heiterkeit und Beifall)

aber das Netz unserer kulturellen Verbindungen ist so stabil wie eh und je.

Und was vielleicht am wichtigsten ist: In den letzten fünfzig Jahren haben wir viel zusammen gelacht, sowohl übereinander als auch miteinander.

(Heiterkeit und Beifall)

Und während Miss Sophies „The same procedure as every year, James“

(Heiterkeit und Beifall)

hoffentlich kein korrektes Bild des moder-



Nach der Rede des Königs gab es von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (hinten links) und den Fraktionen stehenden Applaus.

(Heiterkeit und Beifall)

Über den sportlichen Erfolg hinaus haben beide Mannschaften auf eindrucksvolle Weise für die Gleichstellung der Geschlechter geworben. So haben sie eine ganze Generation inspiriert,

(Beifall)

in Großbritannien, Deutschland und auf der ganzen Welt.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie unsere Länder ein leuchtendes Vorbild für die Welt sein können.

Erfreulicherweise gibt es noch viele weitere solcher Beispiele. Konfrontiert mit so vielen gemeinsamen Herausforderungen übernehmen das Vereinigte Königreich und Deutschland eine Führungsrolle zur Sicherung unserer gemeinsamen Zukunft.

Das Vereinigte Königreich und Deutschland sind heute die beiden größten Produzenten von Offshore-Windenergie in Europa. Viele deutsche Unternehmen sind an der Herstellung und Installation von Turbinen vor der britischen Küste beteiligt. Durch die Nordsee, über die unsere Menschen seit Generationen reisen und Handel treiben, wird bald eine neue Verbindungsleitung laufen, die uns einen direkten Handel mit Strom ermöglicht.

Unsere Länder treiben beide den Ausbau

ZUR PERSON

Charles III. ist seit dem Tod seiner Mutter Königin Elisabeth II. am 8. September 2022 König des Vereinigten Königreichs und Oberhaupt des 56 Staaten umfassenden Commonwealth of Nations. Geboren am 14. November 1948 ist der Monarch bekannt für sein Interesse an Architektur, Kunst, Klima- und Naturschutz sowie ökologischer Landwirtschaft. Charles III. ist schon seit seinem dritten Lebensjahr Thronfolger. Am 6. Mai 2023 werden er und seine Ehefrau Camilla in der Londoner Westminster Abbey zu König und Königin gekrönt.

(Vereinzel Heiterkeit)

Auch auf internationaler Ebene arbeiten wir eng zusammen. Auf der Klimakonferenz in Glasgow haben wir zusammen mit Südafrika die „Just Energy Transition Partnership“ mitbegründet. Eine weitere solche Partnerschaft mit Indonesien war das Ergebnis einer intensiven Kooperation während der deutschen G-7-Präsidentschaft.

Herr Bundespräsident, Frau Bundestagspräsidentin, meine Damen und Herren, diese wichtige Partnerschaft zwischen unseren beiden Ländern beruht auf dem Können, Engagement und Einfallsreichtum unzähliger Menschen sowohl in Deutschland als auch im Vereinigten Königreich. Ihnen allen kann ich nur aufrichtig und von ganzem Herzen danken.

Morgen werden wir erneut in feierlichem Gedenken an der Seite der Menschen in Deutschland stehen. In Hamburg werde ich am Denkmal für die Kindertransporte, die vor 85 Jahren mehr als 10.000 jüdische Kinder vor dem Nationalsozialismus retteten und ihnen eine siche-



Beim Staatsbankett im Schloss Bellevue wurde für den besonderen Gast in Anwesenheit von viel Prominenz groß aufgetischt.

rer Wasserstoffwirtschaft voran, eine Ressource, die unsere Zukunft transformieren könnte, und ich freue mich darauf, zu erfahren, wie Hamburg diese Technologie einsetzen will, um seinen Hafen komplett nachhaltig zu machen.

(Beifall)

Solche Innovationen sind unverzichtbar, um die uns alle betreffende existenzielle Herausforderung des Klimawandels und der Erderwärmung zu bewältigen, und ich habe mich gefreut, gestern von Teilnehmern des Berlin Energy Transition Dialogue zu hören, wie ihre Länder diese Wende vorantreiben.

Seit langem sind die britische und die deutsche wissenschaftliche Forschung wegweisend. Bei der Gründung von erfolgreichen neuen Technologie-Startups nehmen wir europaweit die ersten beiden Plätze ein. Zwischen unseren Universitäten und Forschungsinstituten gibt es mehr Kooperationen als zwischen jedem anderen Länder-Paar in Europa. So rüstet ein Berliner Unternehmen in London Laternenmasten auf, um sie als Ladestationen für Elektrofahrzeuge zu nutzen. Und in Berlin kann man sich in einem vollelektrischen Londoner Taxi durch die Stadt fahren lassen.

re Reise in ein neues Leben in Großbritannien ermöglichen, meinen Respekt zollen.

(Beifall)

Gemeinsam mit Ihnen, Herr Bundespräsident, und Herrn Ersten Bürgermeister Tschentscher werde ich auch der Opfer der Bombardierung von Hamburg im Jahr 1943 durch die Alliierten gedenken.

Aus der Vergangenheit zu lernen, ist unsere oberste Pflicht – aber nur durch unser Engagement für eine gemeinsame Zukunft können wir sie voll erfüllen. Gemeinsam müssen wir wachsam sein gegenüber Bedrohungen unserer Werte – und entschlossen, diesen resolut entgegenzutreten. Gemeinsam müssen wir unseren Menschen das Leben in Sicherheit und Wohlstand ermöglichen, das sie verdienen.

Die lange und besondere Geschichte unserer beiden Länder enthält noch viele ungeschriebene Kapitel. Lassen Sie uns diese mit einem unermüdeten Streben nach einer besseren Zukunft füllen. Unsere gemeinsame Vergangenheit und die Verheißungen unserer gemeinsamen Zukunft verlangen von uns nichts Geringeres.

Meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Langanhaltender Beifall – Die Anwesenden erheben sich)

»Unsere besondere Geschichte enthält noch viele ungeschriebene Kapitel.«

(Heiterkeit und Beifall)

Vor diesem Hintergrund war es etwas ganz Besonderes, dass die englische Frauenfußballmannschaft – die Lionesses – mit einem Sieg gegen Deutschland Europameister wurde.

Royales Werben

STAATSBESUCH Drei Tage reiste König Charles III. durch Deutschland, um der deutsch-britischen Freundschaft nach dem Brexit neuen Schwung zu verleihen. Im Bundestag betonte er mit Blick auf Klimakrise und Ukraine-Krieg die Notwendigkeit, gemeinsam zu handeln

Das Staatsbesuche das Verhältnis zweier Nationen neu definieren, gelingt selten. Britischen Monarchen wird die große Wirkung in neuerer Zeit gleich dreimal zugeschrieben. König Eduard VII. (1901 bis 1910) ebnete 1903 mit einem geschmeidigen Auftritt in Paris den Weg zur ein Jahr später unterzeichneten Entente cordiale. Das Abkommen setzte Kooperation an die Stelle der jahrhundertelangen Rivalität der beiden Nachbarn und stellte die Grundlage dar für die Waffenbrüderschaft in beiden Weltkriegen. Königin Elizabeth II. (1952-2022) war gleich zweimal wirkmächtig. 2011 entzückte sie ihre irischen Gastgeber, indem sie ihre Banktredde in Dublin mit einigen gälischen Worten begann. Diese Geste, ebenso wie der Händedruck mit dem einstigen IRA-Terroristen Martin McGuinness, bekräftigte die Entspannung im Verhältnis der Republik zu ihrer einstigen Kolonialmacht, allen bestehenden Querelen um Nordirland zum Trotz. Last but not least trug die junge Queen durch ihren ersten Staatsbesuch in der Bundesrepublik 1965 zur Versöhnung nach zwei Weltkriegen bei. Kreuz und quer reisten die Königin und ihr Prinzgemahl Philip durch das damalige Westdeutschland, überall wurden sie begeistert von der Bevölkerung empfangen. Die dreitägige Visite des neuen Königs Charles III. und seiner Gattin Camilla reichte vergangene Woche nicht an diese

Beispiele heran. Und das ist eine positive Feststellung: Im Verhältnis beider Staaten gibt es keine Vereisung, die durch royale Wärme aufgebrochen werden müsste. Stattdessen gibt es seit langen Jahren sehr viel Freundschaft mit gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten – und seit 2016 natürlich den verheerenden strategischen Fehler der Insel, sich aus dem europäischen Einigungsprojekt auszuklinken. Sieben Jahre danach wollen beide Seiten darüber hinwegkommen. Der Erfolg des Besuchs war deshalb schon vorab beschlossene Sache. Die Londoner Regierung des konservativen Premiers Rishi Sunak braucht dringend mehr Nähe zum Konti-



„Bleiben enge Verbündete“, betonte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD)



Charles III. durfte als erste Monarch überhaupt im Bundestag reden und tat dies über weite Strecken in nahezu akzentfreiem Deutsch. Obwohl es eine sehr politische Ansprache war, kam der britische Humor nicht zu kurz: Im Saal wurde viel gelacht, etwa über eine kleine „Dinner for One“-Anspielung des Monarchen. © picture-alliance/epd-bild/Christian Ditsch

nent, dem sich die Insel durch den Brexit mutwillig entfremdet hat. Allzu klar treten inzwischen die wirtschaftlichen und politischen Schäden der schwersten strategischen Fehlentscheidung seit Ende des Zweiten Weltkriegs zu Tage. Daran ändert auch der vergangene Woche verkündete Beitritt des Königreichs zum transpazifischen Wirtschaftsband CPTPP nichts: Selbst nach Regierungsberechnungen wird das neue Bündnis langfristig wenig mehr als 0,08 Prozent zum britischen Inlandsprodukt beitragen. Hingegen schätzen Ökonomen die Brexit-Wirkung auf minus vier Prozent. Deswegen schickte der Regierungschef seinen Monarchen noch vor dessen Krönung eben nicht in eines der Commonwealth-Länder, sondern nach Frankreich und Deutschland, also zu den nach wie vor wichtigsten EU-Staaten. Nur weil Demonstranten wieder einmal Paris lahmlegten, wurde Berlin die Ehre als erste Besuchsstation des neuen Königs zuteil. Der Auftritt in Paris wäre schwieriger geworden, weil es im bilateralen Verhältnis allerlei Empfindlichkeiten gibt.

Engere Bindung gewünscht Umgekehrt hat auch Berlin ein Interesse daran, das weltweit vernetzte Königreich – Mitglied im UN-Sicherheitsrat, Besitzer von Atomwaffen, neben Frankreich die einzige ernstzunehmende Militärmacht Europas – wieder enger an die EU zu binden. Lange Zeit sah es aus London so aus, als nehme die deutsche Elite den Briten ihren Austritt

persönlich übel. Doch längst wiegen die vielen Gemeinsamkeiten in der Außen-, Klima- und Menschenrechtspolitik wieder schwerer: der Kampf gegen die Klimakrise; der notwendige ökologische Umbau der Wirtschaft; der Einsatz für eine auf Werten und Regeln aufbauende Weltordnung gegenüber den autokratischen Regimen in China und Russland; die gemeinsame Unterstützung der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg.

Nicht umsonst sprach der König all diese Themen in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag an (siehe Seite 6). Der Moment war schon deshalb historisch, weil noch nie zuvor ein Monarch vor dem deutschen Parlament gesprochen hatte. Freilich agierte Charles im Bundestag nicht als Individuum, sondern als Staatsoberhaupt einer konstitutionellen Monarchie, die ihre Symbolfigur eng an der Kandare führt. Jedes Wort war dem 74-Jährigen von den Diplomaten des Foreign Office und den Politikberatern der Downing Street vorgegeben. Andererseits wird Politik von Menschen gemacht. Zum besseren Verhältnis zwischen London und Berlin hat die Beruhigung britischer Politik nach dem Chaos der Brexit-Jahre entscheidend beigetragen. Mit populistischen Schönrednern wie Ex-Premier

Boris Johnson kam Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nicht gut zurecht. Hingegen bestehe, sagen Eingeweihte, zwischen Scholz und Sunak „ein Vertrauensverhältnis“, das in die gemeinsame Zeit als Finanzminister während der Corona-Pandemie zurückreicht.

Auch die persönliche Sympathie zwischen dem Monarchen und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist echt. Es war der Sohn des deutschstämmigen Prinzen Philip und Enkel der Königsge-mahlin Mary von Teck, der im Vorfeld der zentralen Gedenkfeier zum Ende des Ersten Weltkriegs im November 2018 auf die Teilnahme des einstigen Kriegsgenegers pochte. Beim Gottesdienst in der Westminster Abbey übernahmen Steinmeier und der damalige Prinz Charles die Bibel-lesungen, beim privaten Tee waren sich die Herren nicht zuletzt über das ge-meinsame Humorverständnis nähergekommen.

So dürfte die muntere Passage in der 23-minütigen, abwechselnd auf Deutsch und Englisch vorgetragenen Rede kein Zufall gewesen sein, mit der Charles unter Beifall ein Loblied auf den Humor sang: „Wir lachen zusammen, sowohl miteinander wie übereinander.“ Politisch gesehen waren die Absätze über den gemeinsamen Kampf gegen die Klima-

krise sowie zur Solidarität mit der Ukraine bedeutend. London setzt beim Ausbau erneuerbarer Technologien und der Werbung für besseren Klimaschutz auf die Partnerschaft mit Berlin. Dass man auch Atomkraft auf Dauer für unverzichtbar hält, verschwieg der König ebenso diplomatisch wie die Verärgerung über Deutschlands anfängliches Zögern in der Ukraine-Frage. In London bleibt unvergessen, dass Anfang vergangenen Jahres britische Flieger mit Waffen für die Ukraine aus diplomatischer Rücksichtnahme den deutschen Luftraum vermeiden mussten. Ob er „kein Gefühl von Scham“ habe, wurde Scholz auf der Pressekonferenz anlässlich seines Antrittsbesuchs vergangenen April gefragt. Hingegen betonte Charles die mittlerweile erreichte Gemeinsamkeit: Deutschlands Entschluss, der Ukraine so große militärische Unterstützung zukommen zu lassen, sei „überaus mutig, wichtig und willkommen“.

Freund und Fürsprecher Meinungsverschiedenheiten, auch handfester Streit, wird es gewiss auch in Zukunft geben. Aber sie basieren auf dem tiefen gegenseitigen Verständnis der Menschen, nicht zuletzt der derzeitigen Führungspersonen, beider Nationen. Von „alten Freunden“ sprach der König in Berlin. Kein Zweifel, dass die Bundesrepublik in ihm einen Freund und Fürsprecher hat. Sebastian Berger

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus London.

Kritik an »Ressort-Egoismus«

AUSWÄRTIGES Union drängt Ampel zur Vorlage der Nationalen Sicherheitsstrategie

Das die Opposition die Regierung drängt, den Koalitionsvertrag umzusetzen, ist nicht alltäglich. Mit ihrem Antrag für eine Nationale Sicherheitsstrategie (20/6182), den der Bundestag vergangene Woche erstmals beraten hat, tut die Union genau das: In ihrer Koalitionsvereinbarung habe die Ampel Ende 2021 angekündigt, noch im ersten Regierungsjahr eine „umfassende Nationale Sicherheitsstrategie“ vorzulegen, doch das sei nicht erfolgt, so die Kritik.

»Verkorkstes Verfahren« Das Verfahren zu deren Erarbeitung sei „völlig verkorkst“ und von „Ressort-Egoismus“ bestimmt, monierte Johann Wadepful (CDU) in der Debatte. Damit spielte er darauf an, dass sich die Koalition nach Differenzen, ob ein neu zu schaffender Nationaler Sicherheitsrat beim Kanzleramt oder beim Auswärtigen Amt angesiedelt werden sollte, gegen ein solches Gremium entschieden hat. Vor dem Hintergrund der aktuellen Lage sei es „sicherheits- und außenpolitisch verheerend für dieses Land“, dass es noch immer keine Nationale Sicherheitsstrategie gebe. Rebecca Schamber (SPD) begründete die Verzögerung damit, dass durch den Überfall Putins auf die Ukraine „in vielen Bereichen neue Realitäten entstanden“ seien. Auf diese hätten Regierung und Parlament

aber schnell reagiert. Fraktionskollege Nils Schmid betonte, dass sich die Nationale Sicherheitsstrategie in der Ressortabstimmung befinde und „in wenigen Wochen“ vorgelegt werde. Dann könne sie umgehend im Bundestag beraten werden. Die Kritik der Union parierte Jürgen Trittin (Grüne) mit Verweis auf die unter unionsgeführten Regierungen gewachsene Abhängigkeit von russischem Gas. „Das war sicherheitspolitisch verheerend, und das ist Ihre Verantwortung.“ Trittin bekannte sich zu einer Stärkung der Bundeswehr. Deutschland müsse sich zudem „resilient gegen wirtschaftliche Machtprojektionen machen“. Auch die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sei eine Frage der Sicherheit.

Strittiger Umgang mit China Als „Kern des Streits“ in der Regierung um die Nationale Sicherheitsstrategie bezeichnete Gregor Gysi (Linke), dass Außenministerin Annalena Baerbock eine scharfe Verurteilung Chinas wolle, Bundeskanzler Olaf Scholz aber eine „nicht ganz so harte“. Nach Ansicht von Joachim Wundrak (AfD) war es ein „großer Fehler“, die Federführung zur Erarbeitung der Sicherheitsstrategie ins Auswärtige Amt und nicht ins Kanzleramt zu geben. Wundrak verwies auf

mehrfache Anträge seiner Fraktion, einen Nationalen Sicherheitsrat mit einem Nationalen Sicherheitsberater an der Spitze einzurichten. Ohne ein solches Gremium werde die Strategie „lediglich ein weiteres Stück Papier bleiben“.

Verzicht auf Sicherheitsrat Deutlich unzufrieden mit der Weigerung der Koalitionspartner, einen Nationalen Sicherheitsrat einzurichten, zeigte sich auch Ann-Veruschka Jurisch (FDP): „Eine Nationale Sicherheitsstrategie ohne einen Nationalen Sicherheitsrat wäre eine vertane Chance“. Alexander Graf Lambsdorff (FDP) bedauerte zudem, dass der Prozess zur Erarbeitung „etwas zu lange dauert“. Das aber, so betonte er, hindere die Regierung nicht, eine „stringente Außenpolitik zu verfolgen“. Das Fehlen eines Nationalen Sicherheitsrats als „das institutionelle Herzstück dieser Strategie“, kritisierte auch Andrea Lindholz (CSU) und bemängelte, dass die für die Gefahrenabwehr im Inland zuständigen Länder nicht in die Erarbeitung der Strategie einbezogen würden. Der hessische Innenminister Peter Beuth (CDU), der als Vertreter des Bundesrates das Wort ergriff, verwies auf eine einstimmig beschlossene Forderung der Innenministerkonferenz, die Länder zu beteiligen. Peter Stützle

Blaupause für die Ukraine

USA Bundestag würdigt die Bedeutung des Marshall-Plans vor 75 Jahren für Europa

Der Bundestag hat aus Anlass des 75. Jahrestages des Marshall-Plans für Westeuropa die bedeutende Leistung der USA für den Wiederaufbau des Kontinents gewürdigt. Zugleich setzt sich eine Mehrheit der Abgeordneten dafür ein, die Ukraine mit einem Wiederaufbauplan auf ihrem Weg zu einem demokratischen und rechtsstaatlichen EU-Mitglied zu unterstützen. Einen entsprechenden Antrag (20/6192) von SPD, Grünen und FDP beschlossen diese vergangenen Freitag mit ihrer Koalitionsmehrheit gegen das Votum der übrigen Fraktionen. Die Unionsfraktion, die sich mit einem eigenen Antrag (20/6180) für das gleiche Anliegen und darüber hinaus für das Ziel einer Freihandelszone zwischen den USA und der EU stark gemacht hatte, fand keine Mehrheit. Agnieszka Brugger (Grüne) erinnerte daran, dass die USA vor 75 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg mit Deutschland auch jenem Land die Hand reichte, das unermessliches Leid zu verantworten hatte. „Was für ein Kraftakt, was für eine Geste, was für ein Geschenk!“ Johann David Wadepful (CDU) würdigte, dass die US-Seite damals den Grundstein gelegt habe für die Versöhnung des „eben noch bis auf den Tod verfeindeten und in Trümmern liegenden Europa“ und damit auch für die spätere europäische Integration. Für die

CDU/CSU sei immer klar gewesen, dass „wir das zurückzahlen müssen“ – als verlässliche Partner in der EU und im Nato-Bündnis und aktuell etwa durch die Erfüllung des Zweiprozent-Ziels. Ralf Stegner (SPD) sprach davon, „welch großes Glück unser Land 1948 hatte“. Ohne die großzügige und weitsichtige US-Unterstützung wäre es unmöglich gewesen „aus den selbst verschuldeten Trümmern das de-

STICHWORT

Marshall-Plan 1948-1952

> Ziel Mit dem European Recovery Program (ERP) förderte die USA den Wiederaufbau der Staaten Europas nach dem Zweiten Weltkrieg.

> Hilfen Von 1948 bis 1952 flossen Hilfen in Höhe von mehr als 13 Milliarden US-Dollar nach Westeuropa – darunter Kredite, Rohstoff- und Lebensmittellieferungen.

> Namensgeber Ideen- und späterer Namensgeber war US-Außenminister George C. Marshall. Er wurde 1953 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

demokratische Deutschland zu errichten, in dem wir heute leben“. Stegner wandte sich gegen Antiamerikanismus von links und rechts. Anders als in Deutschland sei in den USA die Demokratie nie beseitigt worden. „Deutsche Überheblichkeit ist da völlig unangebracht.“ Enrico Komning (AfD) warf den Antragstellern vor, das Jubiläum zu missbrauchen, um mit einem Bogenschlag zur Unterstützung der Ukraine mit Waffen eine Kriegsdebatte anzuzetteln. „Sie pervertieren damit die Grundidee des Marshall-Plans, der auf Aussöhnung mit dem Kriegsgegner und nicht auf Eskalation gerichtet war.“ Michael Georg Link (FDP), bezeichnete die Beziehungen zu den USA als „eine Freundschaft, die wir mehr als je zuvor brauchen“. Der Koordinator der Bundesregierung für die transatlantische Zusammenarbeit warb mit Blick auf Verstimmungen zum US-Inflation Reduction Act für eine noch engere Abstimmung unter den Partnern. Sevim Dagdelen (Die Linke) würdigte den bedeutenden Beitrag der USA beim Sieg über den Nationalsozialismus. Freundschaft heute müsse aber bedeuten, die „extreme Unterwürfigkeit“ gegenüber der US-Außenpolitik aufzugeben und für den Abzug der US-Truppen und der US-Atomwaffen aus Deutschland einzutreten. ahe

In einer Armenküche in Tiflis gibt es Bohnensuppe, Brei und Kohlsalat. „Wir haben es geschafft, das Niveau der Speisen zu halten“, sagt Luba Chkhikwadze, eine der Köchinnen, „trotz der gestiegenen Preise.“ Die Menschen, die hier essen, haben im Schnitt etwa 350 Lari im Monat zur Verfügung. Das sind umgerechnet etwa 125 Euro – nicht viel, angesichts der Preise, die längst so hoch sind wie in Westeuropa. Die vielen geflüchteten Russen haben der Südkaukasusrepublik mit ihren 3,7 Millionen Menschen zwar ein Wirtschaftswachstum von zehn Prozent beschert, verderben jedoch die Preise. Besonders der Wohnungsmarkt in der Hauptstadt Tiflis leidet unter den reicheren Russen. Im beliebten Badeort Batumi am Schwarzen Meer stieg der Anteil der Wohnungskäufe durch Russen im vergangenen Jahr von fünf Prozent im Januar auf 17,6 Prozent im November.

Russische Flüchtlinge 1,4 Millionen Russen haben nach Beginn der russischen Kriegs gegen die Ukraine die Grenze nach Georgien überquert. Wie viele von ihnen geblieben sind, ist statistisch nicht erfasst. Unter ihnen sind nicht nur Männer, die einer Einberufung zuvorgekommen sind, viele flohen auch vor den sich verschlechternden Lebensbedingungen in Russland. Das sorgt für Spannungen. „Die kommen nach Georgien, als wäre das ihr Ferienort“, klagt die Politologin Rusudan Tabukaschwili, die ein EU-Projekt zur Entwicklung der Zivilgesellschaft koordiniert, „und so verhalten sie sich leider auch. Russland ist hier eine Kolonialmacht.“

Eine Situation, die Ängste verstärkt: „Wir befürchten eine Aktion wie 2014 auf der Krim durch grüne Männchen oder freundliche Menschen, wie Putin die russischen Truppen damals nannte“, erzählt Davit Katsarawa. Er ist der Anführer der Antikolonialisationsbewegung, einer Privatinitiative. Mit seinen Leuten beobachtet er die Demarkationslinie nach Südossetien und die dahinter stationierten russischen Truppen. Die Grenze ist auch ein Sinnbild für die tiefe Spaltung der georgischen Gesellschaft. Da ist zunächst die Konfrontation zwischen Anhängern der Regierungspartei Georgischer Traum und den Anhängern des ehemaligen Präsidenten Micheil Saakaschwili. Der verbüßt aktuell eine Haftstrafe wegen Amtsmissbrauch und beschuldigt die Regierung, ihn vergiftet zu haben. Eine Delegation des Europarates besuchte ihn Mitte März. Zum Unmut der Regierung wurde Saakaschwili zudem in Norwegen gerade mit dem Sjur-Lindebrække-Preis für Demokratie und Menschenrechte ausgezeichnet. Für Premierminister Irakli Garibashvili ein Übel: Saakaschwili habe während seiner Regierungszeit ein „Tötungs-, Vergewaltigungs- und Foltersystem“ aufgebaut, kommentierte er erbost. Ihn mit einem Menschenrechtspreis zu belohnen, käme einem Preis für den rechtsextremen norwegischen Massenmörder Anders Breivik gleich. Zwar ist Saakaschwili heute wegen seiner zuletzt autoritären Politik umstritten. Doch immer mehr junge Georgier stößt vor allem die Art ab, wie sich die beiden Lager bekämpfen. Auch dass die russlandfreundliche Regierungspartei Georgischer Traum eine Politik verfolgt, die an die des großen Nachbarn erinnert, befuehrt die Polarisierung in der



GEORGIEN Zerrissen zwischen Hoffnung auf einen EU-Beitritt und Russlands Einfluss wächst die Kriegsangst.

Erfolgreicher Protest: Nach tagelangen Demonstrationen Anfang März in Tiflis ließ die georgische Regierung ihr nach russischem Vorbild geplantes „Agentenregister“ fallen.

© picture-alliance/dpa/TASS/Alexander Patrino

Gesellschaft. Während Umfragen zufolge etwa 80 Prozent der Bevölkerung sich einen EU-Beitritt wünschen, legte die georgische Führung Anfang März ein Gesetz zur Einführung eines Agentenregisters nach Moskauer Vorbild vor. Medien und Organisationen, die mehr als 20 Prozent ihrer Finanzierung aus dem Ausland erhalten, sollten als „ausländischen Agenten“ eingestuft werden. Kritiker fürchteten das Ende der georgischen Zivilgesellschaft. Nicht unbegründet: Ein ähnliches Gesetz hat seit 2012 in Russland wesentlich dazu beigetragen, die Demokratie zu zerstören.

Protest gegen Agentengesetz In Tiflis jedoch kam es anlässlich der Beratung im Parlament zu spontanen Massenprotesten: Tausende gingen trotz Tränengas und Was-

serwerfern tagelang auf die Straße. „Als ich die vielen Menschen gesehen habe, war ich stolz, dass die Arbeit der letzten 15 Jahre für die Zivilgesellschaft nicht umsonst war“, sagt Tabukaschwili. Unter dem Druck der Demonstrationen ließ die Regierung die Agentenregister nicht durchsetzen. In der zweiten Lesung schließlich scheitern. Aktuell verbreitet die Regierung, EU und Nato versuchten, Georgien in den Krieg mit hinein zu ziehen und Georgien zu einer zweiten Front zu machen. Bei vielen gerade älteren Menschen verfährt das. In der Armenküche sind sie sich einig: „Hauptsache, es gibt nicht wieder Krieg mit Russland.“

Thomas Franke
Der Autor ist freier Korrespondent für Osteuropa.

STICHWORT

Beziehungen zu Russland

- > **Unabhängigkeit** 1991 erklärte sich Georgien für unabhängig.
- > **Abtrünnige Regionen** Ethnische Spannungen führten 1992 zur Loslösung Südossetiens und Abchasiens von Georgien. Russland unterstützte die Separatisten auch militärisch.
- > **Kaukasuskrieg** 2008 kam es im Konflikt um die Regionen zu einem fünf-tägigen georgisch-russischen Krieg. Seither hat Russland in Südossetien und in Abchasien Truppen stationiert.

Sicherheit im Mittelmeer

SEA GUARDIAN Bundeswehr setzt Nato-Einsatz fort

Die Bundeswehr wird weiter Teil der „Nato-geführten maritimen Sicherheitsoperation Sea Guardian“ im Mittelmeer sein. Über den Antrag (20/5667) der Bundesregierung zur Verlängerung des Einsatzes um ein Jahr stimmte der Bundestag vergangene Woche in namentlicher Abstimmung ab: 550 Abgeordnete votierten dafür, 106 dagegen, zwei enthielten sich. Gegen den Antrag wendeten sich vor allem Abgeordnete der Fraktionen von AfD und Die Linke. Wie bisher werden bis zu 550 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt, um im Mittelmeerraum einen Beitrag zur Seeraumüberwachung, zum Lagebilddaustausch, zum maritimen Kampf gegen den Terrorismus und zur Verhinderung des Waffenschmuggels zu leisten. Mit ihrer Präsenz helfe die Bundeswehr zudem, die Südfanke der

Nato zu sichern, begründet die Bundesregierung ihren Antrag. Das Mittelmeer gehöre weltweit zu den am stärksten befahrenen Seegebieten; die Krisen in Nord- und Westafrika sowie im Nahen Osten beeinflussten die Sicherheitslage weiterhin negativ. Das Einsatzgebiet umfasst den Angaben zufolge das Mittelmeer außerhalb der Küstengebiete, die Straße von Gibraltar und ihre Zugänge und den darüber liegenden Luftraum. Ein Einsatz in Küstengebieten erfolgt nur nach Zustimmung durch den jeweiligen Anrainerstaat und, sofern dieser nicht Mitglied der Nato ist, auf Beschluss des Nordatlantikrates und nach Zustimmung des Deutschen Bundestages, wie es im Antrag heißt. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben beziffert die Bundesregierung auf rund 1,7 Millionen Euro. **aha**

Waffenembargo zur See

LIBYEN EU-Mission im Mittelmeer soll verlängert werden

Die Bundeswehr soll ihre Beteiligung an der EU-Mission „Irin“ (EUNAVFOR MED) im Mittelmeer um ein weiteres Jahr verlängern. Die in der Mission vorgesehene Ausbildung der libyschen Küstenwache und Marine soll aber weiterhin nicht Teil des deutschen Mandats sein. Den Antrag der Bundesregierung (20/6117) hat der Bundestag vergangene Woche zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Wie sie darin schreibt, zielt die Operation darauf, das Waffenembargo der Vereinten Nationen (VN) gegen Libyen durchzusetzen und einen Beitrag zur Unterbindung von Menschenhandel und illegalen Öl-Exporten zu leisten. Die Bundeswehr soll Aufgaben wie die Seeraumüberwachung und -aufklärung übernehmen und dafür wie bisher bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten entsenden kön-

nen. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben werden auf 17 Millionen Euro beziffert. Die Bundesregierung betont, dass „Irin“ der einzige Akteur sei, der das Waffenembargo gegen Libyen auf hoher See umsetze. Trotz des internationalen diplomatischen Engagements gebe es fortwährend Verstöße gegen das Embargo durch Zufuhr von Waffen, Material und Kämpfern an die ost- und westlibyschen Akteure. Entgegen der 2020 geschlossenen Waffenstillstandsvereinbarung befänden sich weiterhin ausländische Kämpfer, Kräfte und Söldner auf beiden Seiten im Land. Um eine langfristige politische Stabilisierung Libyens zu ermöglichen und die Friedensperspektive des Landes zu stärken, gelte es, den VN-geführten Friedensprozess weiterhin diplomatisch, militärisch und entwicklungs-politisch zu unterstützen. **aha**

Stabilisierung in Ostafrika

SÜDSUDAN Bundeswehr weiter Teil der UNMISS-Mission

Die Bundeswehr beteiligt sich ein weiteres Jahr an der von den Vereinten Nationen geleiteten Mission im Südsudan (UNMISS). In namentlicher Abstimmung votierten am vergangenen Donnerstag 626 Abgeordnete für den Antrag der Bundesregierung (20/5668), 53 stimmten mit Nein. Es gab fünf Enthaltungen. Damit werden wie bisher bis zu 50 Soldatinnen und -soldaten in dem ostafrikanischen Land eingesetzt werden können, die „Führungs-, Verbindungs-, Beratungs-, Beobachtungs- und Unterstützungsaufgaben“ übernehmen und bei der technischen Ausrüstung und Ausbildung truppenstellender Nationen helfen sollen. Auftrag der Mission ist es, die Menschenrechtssituation in dem Bürgerkriegsland zu beobachten und den Zugang zu humanitärer Hilfe zu sichern. Ein weiteres Ziel des

Einsatzes ist es, den Friedensprozess in dem jungen Staat zu unterstützen, der 2011 seine Unabhängigkeit vom Sudan erlangt hat. Diesen Prozess sieht die Bundesregierung gefährdet. Zwar sei es nach Abschluss des Friedensabkommens von 2018 zu einer gewissen Beruhigung im Lande gekommen, in dem sich zuvor seit 2013 ein Konflikt zwischen Präsident Salva Kiir und Vizepräsident Riek Machar zu einem blutigen Bürgerkrieg entwickelt hatte. Die Sicherheitslage bleibe aber fragil, es gebe weiterhin zahlreiche Krisenschauplätze. Die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft – insbesondere durch UNMISS – werde bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen am Ende der politischen Übergangsperiode entscheidend sein, so die Bundesregierung. **aha**

KURZ NOTIERT

AfD mahnt Souveränität Deutschlands in der EU an

Die Bundesregierung soll nach Ansicht der AfD-Fraktion alles unterlassen, „was auf die Umwandlung der EU als einer Gemeinschaft souveräner und gleichberechtigter Nationalstaaten in einen europäischen Bundesstaat zielt“. Der Bundestag sollte zudem stets in der Lage bleiben, seine haushaltspolitische Verantwortung wahrzunehmen, schreiben die Abgeordneten in einem Antrag (20/6172), über den der Bundestag vergangene Woche erstmals beraten hat, bevor er zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. In der Begründung heißt es, die Europäische Union greife seit Jahren immer stärker in die Souveränität ihrer Mitgliedstaaten ein. Die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ würde allerdings von einer Mehrheit der Bürger abgelehnt.

AfD-Fraktion setzt sich für Arktis-Beauftragten ein

Die AfD-Fraktion setzt sich für die Berufung eines deutschen Beauftragten für die Arktis im Range eines Botschafters ein. In einem Antrag (20/6004) schreibt sie, die arktische Region sei durch ihre Lage und ihren Reichtum an Bodenschätzen als Raum für Güterschiffsverkehr sowie als Ökosystem von herausragender Bedeutung. Dazu kämen geographische Aspekte und die Konkurrenz insbesondere unter den Anrainerstaaten. Mit der Berufung eines Beauftragten sollen die Interessen Deutschlands in dieser wichtigen Region auf ranghoher Ebene vertreten werden. **johahe**

Widerstände gegen Wahlrechtsreform

EUROPA Umsetzung von Vorschlägen vor Europawahlen 2024 unwahrscheinlich

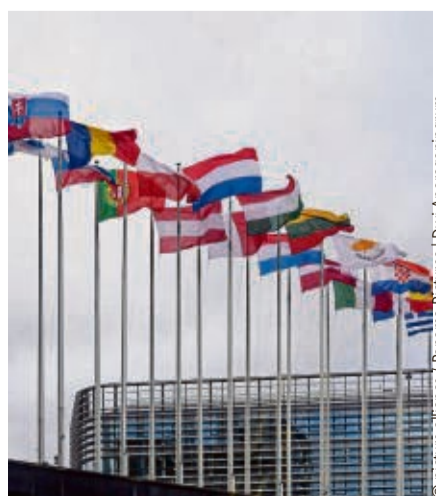
Seit fast einem Jahr liegt der Vorschlag des Europäischen Parlaments (EP) für eine Reform der Europawahlen auf dem Tisch. Mit dem sogenannten Direktwahlakt 2022 wollen die Abgeordneten das Spitzenkandidatenprinzip stärken und eine 3,5-Prozent-Hürde in den bevölkerungsreichsten EU-Staaten einführen. Sie wollen transnationale Listen schaffen, auf denen Kandidatinnen und Kandidaten europaweit für eine EP-Fraktion ins Rennen gehen, und einen in allen Ländern einheitlichen Wahltag am 9. Mai festlegen. Sie fordern eine europaweite Absenkung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre (in Deutschland bereits Realität) und eine geschlechterparitätische Besetzung von Wahllisten.

Kritik an Listen Doch nach einer Umsetzung bis zur Europawahl im kommenden Jahr sieht es bisher nicht aus. Denn in vielen Mitgliedsländern, darunter Schweden, Dänemark und die Niederlande, stoßen die Vorschläge auf Widerstand. Viele sind gegen europaweite Listen, einige opponieren gegen die Einführung einer Prozenthürde, da sie Vertreter kleiner Parteien um ihre Mandate bringen könnte. Selbst ein einheitlicher Wahltag ist manchen suspekt, da in vielen Ländern Wahlen bevorzugt an einem Sonntag stattfinden. Eine baldige Umsetzung scheint so kaum wahrscheinlich. Zumal alle 27 EU-Mitgliedstaaten im Rat der Europäischen Union zustimmen müssen und die Ratifizierung durch alle nationalen Parlamente notwendig ist. Auch im Bundestag gehen die Meinungen auseinander. Vergangene Woche haben SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie die AfD-Fraktion Anträge (20/5990, 20/6005) vorgelegt, die gegensätzlicher kaum sein könnten: Während die einen

(Ampelfraktionen) von der Bundesregierung fordern, dass sie die Vorschläge trotz Klärungsbedarfs in Einzelfragen unterstützen, sprechen sich andere (AfD, aber auch Die Linke) dagegen aus. „Das EU-Parlament tritt die Demokratie mit Füßen, und Sie von der Ampel rufen mit Ihrem Antrag auch noch ganz laut ‚Ja‘ dazu“, urteilte Norbert Kleinwächter (AfD) in der Debatte am Donnerstagabend. Unter anderem solle der Wähler auf transnationalen Listen künftig „Kandidaten wählen, die er gar nicht mehr kennt“. Zudem solle außer EU-weit repräsentierten Parteien keine Partei mehr Wahlkampfunterstützung erhalten. „Regionale Wählerbedürfnisse sind also komplett abgemeldet.“

Für die Linksfraktion betonte Andrej Hunko in seiner zur Protokoll gegebenen Rede, Neuerungen wie die Absenkung des Wahlalters seien zwar „höchste Zeit“. Doch sei

die Einführung einer 3,5-Prozent-Sperrklausel „demokratiefreundlich und auch verfassungswidrig“. Zweifel in diesem Punkt haben offenbar auch die Ampelfraktionen: In ihrem Antrag fordern sie die Absenkung der Sperrklausel auf zwei Prozent. Für Catarina dos Santos-Wintz (CDU) der falsche Schritt: „Eine Sperrklausel wirkt auch einer zunehmenden Fragmentierung entgegen und fördert das Vertrauen.“ Sie sollte daher nicht verwässert werden. Die Union kündigte trotz großer Zustimmung in wesentlichen Punkten an, den Koalitionsantrag abzulehnen. „Sie hätten die Chance auf Gemeinsamkeit gehabt“, stellte Tobias Winkler (CSU) mit Verweis auf einen von der Union bereits im Herbst 2022 vorgelegten Gesetzentwurf „zur Änderung des Europawahlgesetzes“ (20/4046) klar. „Der wurde einfach von der Tagesordnung genommen.“ Außerdem habe die Bundesregierung einen bereits 2018 EU-weit gefassten Beschluss zum Direktwahlakt verschleppt. Darauf ging auch Valentin Abel (FDP) selbstkritisch ein. Er versicherte, die Koalition wolle parallel zu der Stellungnahme zum Direktwahlakt 2022 auch die Ratifizierung des Direktwahlakts 2018 durch Deutschland vorantreiben. Chantal Kopf (Bündnis 90/Die Grünen) lud die Union zur Zusammenarbeit ein. „Schließlich hat die EVP-Fraktion im Europaparlament ja dem neuen Reformvorschlag auch zugestimmt“, erinnerte sie. Jörg Nürnberger (SPD) warf der Union eine „Politik der beleidigten Leberwurst“ vor, und äußerte die Hoffnung, nach den parlamentarischen Beratungen „doch noch ein gemeinsames Signal an unsere Bundesregierung und damit auch nach Brüssel senden zu können.“ **Johanna Metz**



Das EU-Parlament in Straßburg soll im kommenden Jahr neu gewählt werden.

Schwierige Abwägung

AFGHANISTAN Zeugenaussagen zur Botschaftsevakuierung

Die Schließung der Botschaft in Kabul und die Evakuierung des Personals stand am Donnerstag beim Afghanistan-Untersuchungsausschuss im Vordergrund. Angehört wurden dazu drei Experten des Auswärtigen Amtes (AA). Als erster sagte der ehemalige deutsche Botschafter in Kabul, Axel Zeidler, aus, der bis Juni 2021 in Kabul war. Er erzählte, er habe im November 2020 darauf gedrängt, für den Fall einer Sicherheitskrise in Kabul, frühzeitig Pläne vorzubereiten. Doch die Antwort habe auf sich warten lassen, da das AA erst die Sitzung des Nato-Verteidigungsministerrates Ende Februar 2021 abwarten habe abwarten wollen. Dort sollte ein konkreter Zeitplan für den Abzug internationaler Truppen aus Afghanistan beschlossen werden. Nach diesem Treffen, Anfang März 2021, sei tatsächlich ein Krisenvorsorgeteam nach Kabul gekommen, berichtete der Ex-Botschafter.

Markus Potzel, sei auch dabei gewesen. „Wahrscheinlich hat sich der Minister auf seine Expertise verlassen.“ Der zweite Zeuge war Leiter des Krisenreaktionszentrums im AA und gehörte dem Krisenvorsorgeteam an, das die Kabuler Botschaft besuchte. Vor dem Ausschuss erklärte er, sie hätten in ihren Planungen auch das „Schreckensszenario“ berücksichtigt – also einen verlängerten Bürgerkrieg und einen Sturm der Taliban auf Kabul. Man könne sich allerdings nicht immer nach dem schlimmsten Szenario richten, sonst müsse jede Botschaft in Krisensituationen sofort geschlossen werden. Die Schließung einer Botschaft habe eine hohe Signalwirkung, betonte der Diplomat. Daher müsse immer zwischen den politischen Interessen Deutschlands und den Risiken abgewogen werden.

Hubschrauber angefordert Da er gewusst habe, dass eine Evakuierung des Botschaftspersonals zum Flughafen Kabul auf dem Landweg nicht möglich sein würde, habe er das AA darum gebeten, zusätzlich zu US-Hubschraubern auch zivile Hubschrauber zur Verfügung zu stellen. Diese Bitte sei abgelehnt worden. Mit dem damaligen Außenminister Heiko Maas (SPD) habe er darüber nicht gesprochen, sagte Zeidler, und fügte hinzu, dass er keine Gelegenheit gefunden habe mit dem Minister während seiner Reise nach Afghanistan im April 2021 zu sprechen. Auf dieser Reise hatte Zeidler ihn begleitet. Nachdem diese Aussage zu Irritationen bei den Abgeordneten gesorgt hatte, erklärte Zeidler, der Sonderbeauftragte der Bundesregierung zu Afghanistan und Pakistan,

Das sei auch im Falle Afghanistans so gewesen, betonte der Zeuge. Auf politischer Ebene sei beschlossen worden, die Botschaft offen zu halten. Dafür habe das Auswärtige Amt mit den USA vereinbart, dass die deutsche Personal im Notfall mit US-Hubschraubern zum Flughafen gebracht werde. „Das hat auch funktioniert“, unterstrich er. Als letztes befragten die Abgeordneten den Leiter des Referats im AA, das für den Austausch innerhalb der Nato zuständig ist. Wie bereits andere Zeugen in früheren Sitzungen betonte auch er, dass die Bundesregierung 2021 vergeblich darauf gedrängt habe, vor dem Rückzug eine gemeinsame Lageeinschätzung vorzunehmen und den Abzug mit Konditionen zu versehen. Die neue US-Administration habe zwar ein offenes Ohr für die Argumente Deutschlands gehabt, doch das habe am Ergebnis nichts geändert. **Cem Sey**



Aus und vorbei: Touristen machen Erinnerungsfotos vor einer Credit Suisse-Niederlassung.

© picture-alliance/EPA/ENNIO LEANZA

Milliarden im Feuer

BANKEN 15 Jahre nach der großen Krisen zeigen sich wieder Risse im Finanzsystem

Zehn Jahre nach der Finanzkrise von 2008 zog der Bundesfinanzminister eine Bilanz: „Allein den Bund dürfte die Stabilisierung des hiesigen Finanzsektors bislang etwas mehr als 30 Milliarden Euro gekostet haben. Ähnlich hoch dürfte der Anteil der Länder sein.“ Weitere fünf Jahre später ist Olaf Scholz nicht mehr Finanzminister, sondern Bundeskanzler. Und wieder wackeln Finanzhäuser, wird über die Rückkehr der Finanzkrise spekuliert.

Kurse unter Druck Nach den Zusammenbrüchen mehrerer amerikanischer Banken und einer Notfusion der Schweizer Credit Suisse (CS) mit der UBS gerieten die Kurse deutscher Institute unter Druck. Die Aktie der Deutschen Bank fiel an einem Tag zeitweise um 15 Prozent, die Commerzbank-Aktie rauschte auch in die Tiefe. Scholz musste an die Mikrofone und beruhigen: „Es gibt keinen Anlass, sich irgendwelche Gedanken zu machen. Die Deutsche Bank hat ihr Geschäftsmodell grundlegend modernisiert und neu organisiert und ist eine sehr profitable Bank.“

Das Kanzler-Wort erinnert etwas an das Versprechen von Scholz' Vorgängerin Angela Merkel von 2008, die nach Bekanntwerden von Milliarden-Löchern beim damaligen DAX-Konzern Hypo Real Estate (HRE) und einem drohenden Ansturm auf Bank-schalter und Geldautomaten versichert hatte: „Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind.“ Ihr damaliger Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) pflichtete bei: „Ich möchte gerne unterstreichen, dass die Sparerinnen und Sparer in Deutschland nicht befürchten müssen, einen Euro ihrer Einlagen zu verlieren.“ Später versprach Merkel: „Wir wollen nicht, dass die Steuerzahler Banken retten müssen, sondern dass Banken sich selber retten.“

Nach dem Abflauen der Krise lief weltweit eine schärfere Regulierung der Finanzwelt an. Unter dem Stichwort „Basel“ (nach dem Sitz des internationalen Ausschusses für Bankenaufsicht) sollte in mehreren Stufen

das große Zocken eingeschränkt und das Eigenkapital der Institute gestärkt werden. Von Washington bis Berlin hieß die Devise, dass Banken sich im Krisenfall selbst abwickeln sollten, wobei die Einlagen der Sparer geschützt sein sollten. Der damalige Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) brachte die Sache auf den Punkt: „Wenn Banken insolvent werden, dann können nicht die Steuerzahler das Risiko übernehmen, das müssen dann schon diejenigen, die in guten Zeiten mit Banken und mit Geldanlagen Geld verdienen. Die tragen auch das Risiko.“ Also Aktionäre und Anleihegläubiger sollten haften müssen.

15 Jahre später und einige Bankpleiten weiter ist klar, dass die hohen Regulierungsziele nicht erreicht worden sind. Die Ursachen sind heute allerdings andere: Geht das Finanzsystem 2008 wegen fauler Immobilien-Kredite aus den USA (Subprime-Krise), die zu Wertpapieren zusammengeschnürt worden waren, ins Schlingern, so lösten seit März 2022 Zinsanhebungen durch die Notenbanken von der amerikanischen Fed bis zur europäischen EZB die Probleme aus. Die Notenbanken bekämpfen damit die hohe Inflation.

Die gestiegenen Zinsen wirken sich auf die Kurse von Anleihen aus. Als besonders sicher gelten US-Staatsanleihen, mit denen sich Washington Geld von den Anlegern besorgt und die auch von Banken gehalten werden. Aber auch sie haben ein Kursrisiko. Das Kursrisiko bedeutet: Hat eine zehnjährige Anleihe über 1.000 Dollar etwa einen Zinssatz von zwei Prozent und steigt der Marktzins auf vier Prozent, kann der Kurs der Anleihe drastisch fallen. Es entstehen sogenannte Buchverluste, die allerdings so lange keine Auswirkung haben, wie der Halter der Anleihe diese nicht verkaufen muss. Wird das Papier bis zur Fälligkeit gehalten, verschwindet der Buchverlust wie von Zauberhand und die Anleihe wird zu 100 Prozent ihres Nennwerts zurückgezahlt. Es gibt Schätzungen, dass in den Büchern von US-Banken 620 Milliarden Dollar unrealisierte Verluste stehen sollen. Auch diese Verluste würden sich in

Luft auflösen, wenn die Anleihen bis Laufzeitende gehalten werden könnten. So viel Zeit hatte die Silicon Valley Bank (SVB), die Hausbank vieler Start-ups aus USA und Europa, allerdings nicht. Sie hatte hohe Anleihenbestände. Start-ups hatten ihre in Finanzierungsrunden eingesammelten Gelder bei der SVB geparkt und diese das Geld in Anleihen gepackt.

Am 9. März beginnen Anleger aufgrund von Gerüchten Geld bei der SVB abzurufen, der Aktienkurs geht auf Tauchstation. Zuvor hatte der Chef der SVB eigene Aktien im Wert von 3,6 Millionen Dollar verkauft. Am 10. März wird der Handel mit SVB-Aktien ausgesetzt, zwei Tage später gibt es von der US-Finanzaufsicht eine unbegrenzte Einlagengarantie (eigentlich beträgt diese 250.000 Dollar), und die US-Notenbank beginnt ein Programm, mit dem sie den Banken Geld gibt. Als Sicherheit werden Anleihen akzeptiert, ohne dass deren Kursverluste mitgerechnet werden. Dennoch kommt es in den nächsten Tagen zu schweren Kursverlusten bei anderen US-Banken und mehreren Zusammenbrüchen, zum Beispiel der „First Republic Bank“, die schnell 30 Milliarden Dollar von anderen US-Banken bekommt.

Auch in der Schweiz verschärft sich das Banken-Drama im Februar, als die Credit

Suisse einen Verlust von 7,3 Milliarden Schweizer Franken für 2022 bekannt gibt. Schon zuvor war das einst angesehene Geldhaus durch Pannen und Fehlinvestitionen aufgefallen. 2021 hatte CS bei der Pleite des Hedgefonds Archegos fünf Milliarden Franken im Feuer, bei der Insolvenz der Greensill-Bank (2021) waren es 6,7 Milliarden. Fälle von Korruption und Geldwäsche rundeten das Bild ab. Geld für Boni für Banker war immer genug da: 32 Milliarden Franken wurden seit 2013 gezahlt. Am 15. März gibt der saudische CS-Großaktionär bekannt, kein weiteres Geld mehr nachschießen zu wollen. Einen Tag später gibt die Schweizer Notenbank eine Liquiditätshilfe von 50 Milliarden Franken, und am Sonntag, dem 19. März, führen die Schweizer Behörden in einer

Blitzaktion die CS und die UBS zu einer Bank zusammen (Notfusion). Als am Montag die Börsen öffnen, halten die Rettungsseile, auch wenn es in den USA noch kleinere Turbulenzen gibt. Doch Gefahren sind noch da, sagt selbst die Bankenaufsicht. So rechnet die europäische Bankenbehörde Eba nach der SVB-Pleite und der Schweizer Notfusion weiter mit unruhigen Zeiten. „Die Risiken im Finanzsystem sind nach wie vor sehr groß“, erklärt Eba-Chef José Manuel Campa gegenüber dem „Handelsblatt“. Die steigenden Zinsen würden die Finanzmärkte

belasten. Die Eba habe die aufgrund der gestiegenen Zinsen angefallenen unrealisierten Verluste in den Bankbilanzen genau im Blick, sagt Campa. Er erwartet aber nicht, „dass wir bedeutende Institute finden, bei denen es wegen unrealisierter Verluste signifikante Solvenzrisiken gibt.“ Die drastische Zinswende erhöhe eben nicht nur die Ertragschancen der Banken, sondern auch die Risiken. Aber warum kippen immer wieder Banken, was wie nach 2008 große Wirtschaftskrisen nach sich ziehen kann? Für Gerhard Schick von der Bürgerbewegung Finanzwende ist der Fall klar: Die Finanzlobby habe seit 2008 beständig Regeln für ein stabileres System verhindert. Die Regierungen seien immer wieder eingeknickt. „Auch 15 Jahre nach der Lehman-Brothers-Pleite ist das Finanzsystem viel zu krisenanfällig“, argumentiert Schick. Es gebe jetzt zwar eine im Zuge der Euro-Krise eingerichtete europäische Bankenaufsicht und Maßnahmen gegen Spekulation, aber nicht umgesetzt worden seien ein Provisionsverbot, die Regulierung von Schattenbanken, eine europäische Einlagensicherung, eine Finanztransaktionssteuer und ein Trennbankengesetz. Überhaupt ist es ein Problem, wenn Banken zu groß werden: Die Bilanz der fusionierten UBS ist doppelt so groß wie das Bruttoinlandsprodukt der Schweiz. Sie

belasten. Die Eba habe die aufgrund der gestiegenen Zinsen angefallenen unrealisierten Verluste in den Bankbilanzen genau im Blick, sagt Campa. Er erwartet aber nicht, „dass wir bedeutende Institute finden, bei denen es wegen unrealisierter Verluste signifikante Solvenzrisiken gibt.“ Die drastische Zinswende erhöhe eben nicht nur die Ertragschancen der Banken, sondern auch die Risiken. Aber warum kippen immer wieder Banken, was wie nach 2008 große Wirtschaftskrisen nach sich ziehen kann? Für Gerhard Schick von der Bürgerbewegung Finanzwende ist der Fall klar: Die Finanzlobby habe seit 2008 beständig Regeln für ein stabileres System verhindert. Die Regierungen seien immer wieder eingeknickt. „Auch 15 Jahre nach der Lehman-Brothers-Pleite ist das Finanzsystem viel zu krisenanfällig“, argumentiert Schick. Es gebe jetzt zwar eine im Zuge der Euro-Krise eingerichtete europäische Bankenaufsicht und Maßnahmen gegen Spekulation, aber nicht umgesetzt worden seien ein Provisionsverbot, die Regulierung von Schattenbanken, eine europäische Einlagensicherung, eine Finanztransaktionssteuer und ein Trennbankengesetz. Überhaupt ist es ein Problem, wenn Banken zu groß werden: Die Bilanz der fusionierten UBS ist doppelt so groß wie das Bruttoinlandsprodukt der Schweiz. Sie

könnte damit „Too Big to Fail“ (zu groß zum Scheitern) und auf Staatsgeld angewiesen sein, falls das die Schweiz nicht überfordert.

In Immobilienbereich steigt ebenfalls die Nervosität. Wie in den USA gibt es Probleme bei Krediten für Gewerbeimmobilien auch in Europa. Steigende Zinsen und sinkende Vermietungsquoten werden zum Problem. Auch die Wohnungswirtschaft leidet. Die Aktien deutscher Immobilienunternehmen wie Vonovia oder LEG markieren regelmäßig neue Tiefstände.

Um Einschläge wie durch faule Immobilienkredite zu überstehen, muss genug Eigenkapital vorhanden sein. Doch das ist bei den Banken nicht der Fall. Zwar gebe es durch die Basel-Beschlüsse höheres Eigenkapital als vor der Finanzkrise, aber um den Sektor zu stabilisieren, müssten die Banken etwa zehn Prozent Eigenkapital im Verhältnis zur gesamten Bilanzsumme haben, sagt Schick. Bisher seien es vier bis fünf Prozent bei großen Banken, deutlich weniger als in anderen Branchen. Wenn bei Problemen zu wenig Eigenkapital da sei, sei wieder der Staat gefragt.

Das sieht der frühere Chef des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn genauso: „Die Banken arbeiten mit ganz wenig Eigenkapital. Wenn es gut geht, haben sie schöne Erträge, die sie als Dividenden an ihre Eigentümer ausschütten.“ Und was ist, wenn es schief geht, wurde Sinn bei „The Pioneer“ gefragt. Antwort: „Es ist halt wie immer. Wenn es wirklich brenzlich wird, dann übernimmt am Schluss der Steuerzahler die Rechnung.“

Hans-Jürgen Leersch

»Es gibt keinen Anlass, sich irgendwelche Gedanken zu machen.«

Bundeskanzler Olaf Scholz

»Es braut sich ein Sturm zusammen«

INTERVIEW Der finanzpolitische Sprecher der Fraktion Die Linke, Christian Görke, zu den Finanzmarktproblemen

In den USA sind mehrere Banken zusammengebrochen, in der Schweiz konnte Credit Suisse nur durch eine Zwangsfusion mit der UBS gerettet werden. Erleben wir eine neue Finanzkrise, wie sie 2008 mit dem Zusammenbruch von Lehman-Brothers begann?

Wir sehen die Folgen der drastischen Zinserhöhungen der Zentralbank. Ich habe schon letzten Sommer die schweren Kollateralschäden kritisiert. Es braut sich ein Sturm zusammen: Sichere Staatsanleihen verlieren an Wert, Hauspreise fallen, Neubauten werden storniert, Baukredite werden immer teurer – die Nervosität greift um sich.

International und national wurde ständig reguliert und nachreguliert. Jetzt brechen wieder Banken zusammen. Hat die Politik ihre Hausaufgaben nicht gemacht?

Der Kardinalfehler sind die hohen Zinsen. Man kann einen Energiepreisschock nicht damit bekämpfen, dass man Geld teuer macht. Die Wirtschaft lahmst seit Corona, weil Konsum und Investitionen schwach sind – darauf noch mit dem Zinshammer

einzuschlagen, ist eben gefährlich. Und der Fall von SVB und der Credit Suisse zeigt eine neue Anfälligkeit. Wenn sich Gerüchte zu Bankproblemen über Twitter und Co. in minuteschnelle verbreiten, können Anleger innerhalb von Minuten ihre Einlagen abziehen und Banken in die Knie zwingen. Darauf muss die Bankaufsicht einen peniblen Blick werfen, die Zentralbank neue Stresstests auslegen und die Politik die Banken noch strenger regulieren. Die Bürgerbewegung Finanzwende fordert etwa mehr Puffer beim Eigenkapital (Stichwort: Basel-Regulierung), das halte ich für sinnvoll.

Auch die Aktienkurse von Deutscher Bank und Commerzbank sind nach den Bank-Zusammenbrüchen in den USA enorm eingebrochen. Für Bundeskanzler Olaf Scholz besteht „kein Anlass, sich irgendwelche Gedanken zu machen“. Die Deutsche Bank sei eine sehr profitable Bank. Stimmen Sie dem Kanzler zu?

Olaf Scholz kann ja gar nichts anderes sagen. Bei der Finanzkrise von 2008 war das auch so, wie es endete, wissen wir alle. Statt warmer Worte braucht es politische

Taten. Stresstest, höhere Grenzen bei der Einlagensicherung und Feuerschutz durch die Zentralbank.

Müssen sich die Sparer in Deutschland Sorgen um die Bankguthaben machen?



Christian Görke

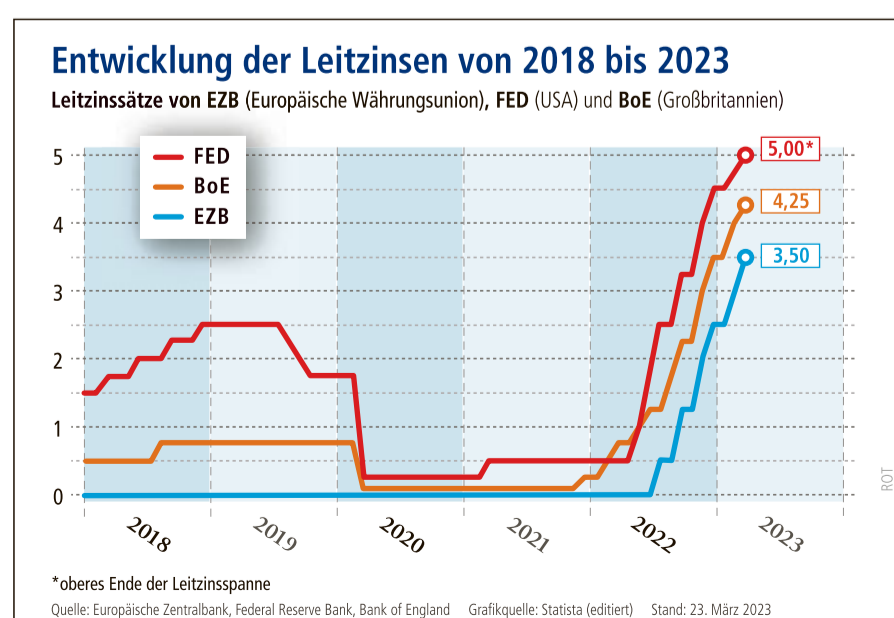
chen? Im Internet wimmelt es von Empfehlungen, nur zu Hause sei Geld sicher.

Bei allen ernsthaften Problemen, die ich genannt habe, halte ich nichts von Schwarzmalerei. Um aber konkret zu sein: Wir haben die Einlagensicherung. 100.000 Euro pro Kopf und Konto sind staatlich garantiert, selbst wenn eine deutsche Bank umkippt. Das ist richtig so und sollte sogar ausgeweitet werden, damit auch der Lüftungsgroßhändler und der Supermarkt nicht um ihre Einlagen fürchten müssen – und panische Bankruns vermieden werden. Nochmal: Wir sehen bisher nur Böen, noch ist kein Sturm wie 2008!

Kritiker sehen am Ende wieder den Steuerzahler für die Verluste der Banken geradestehen. Haben sie Recht?

Das darf nicht passieren. Wenn Banken umkippen, müssen die Kunden und ihre Einlagen geschützt werden, aber die Eigentümer der Bank (die Aktionäre) den Verlust tragen. Und natürlich die millionenschwer bezahlten Manager geradestehen!

Die Fragen stellte Hans-Jürgen Leersch.





Am ehemaligen Tagebau Cottbus-Nord entsteht der „Cottbuser Ostsee“. Die Wasserfläche soll einmal knapp 19 Quadratkilometer haben. Doch das Wasser in der Region ist knapp.

© picture-alliance/dpa/Patrick Pleul

KURZ NOTIERT

Bundestag beschließt Novelle der Energiepreisbremse

Am vergangenen Freitag hat der Bundestag dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Änderung des Strompreisbremsengesetzes sowie zur Änderung des Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetzes (20/5994) in zweiter und dritter Lesung zugestimmt. Dafür stimmten die Fraktionen von SPD, Grünen, FDP und der Union, dagegen die der Linken und der AfD. Mit der Änderung werden nichtbehördliche Prüfer zugelassen und weitere Preissicherungsinstrumente gebilligt. Ein Änderungsantrag der Union (20/6220), der auf die Abschaffung der Erlösabschöpfung zielte, lehnte der Bundestag mehrheitlich ebenso ab wie einen Entschließungsantrag der Union (20/6219) für verlängerte AKW-Laufzeiten bis Ende 2024. *mis*

AfD will Atomkraftwerke weiterbetreiben

Die AfD will die letzten drei Atomkraftwerke über den Winter 2023/2024 weiterbetreiben. Einen entsprechenden Antrag (20/6190) sowie einen Gesetzentwurf (20/6189), der auch eine Reaktivierung von abgeschalteten Meilern ermöglichen soll, hat der Bundestag vergangene Woche beraten und in die Ausschüsse überwiesen. *sas*

Opposition will mehr Einsatz für den Data Act

Der Bundestag hat vergangene Woche erstmals zwei Anträge der Opposition zum Data Act debattiert und zur weiteren Beratung an den Digitalausschuss überwiesen. Die Unionsfraktion dringt in ihrem Antrag (20/6181) auf einen stärkeren und abgestimmteren Einsatz der Bundesregierung bei den Verhandlungen. So solle sie sich stärker dafür einsetzen, dass mit dem Data Act „eine weltweit wettbewerbsfähige europäische und deutsche Datenwirtschaft“ ermöglicht werde. Diese solle die Datenverfügbarkeit und Datennutzung rechtssicher steigern. Die AfD-Fraktion fordert in ihrem Antrag (20/6191) eine Reihe von Präzisierungen in einzelnen Artikeln des Verordnungsvorschlags. Auf das im Koalitionsvertrag angekündigte Datengesetz soll zudem verzichtet werden: Die Ausarbeitung eines solchen nationalen Gesetzes binde „nur unnötig Ressourcen“ und trage nichts zur Modernisierung von Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft bei, heißt es darin. *lbr*

Bundestag stimmt Änderung am Seeschiffahrtsrecht zu

Der Bundestag hat die Ratifizierung der Änderungen am Übereinkommen über die Internationale Seeschiffahrtsorganisation beschlossen. Für den Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/5651) stimmten alle Fraktionen außer die AfD. Damit die Änderungen in Kraft treten, müssen zwei Drittel der 175 Mitgliedstaaten der International Maritime Organization zustimmen. *emu*

Anträge zu Pflanzenschutzmitteln abgelehnt

Ohne Mehrheit sind zwei Anträge zur Verwendung von Pflanzenschutzmitteln der CDU/CSU-Fraktion (20/3487) und der AfD-Fraktion (20/3539) geblieben. Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hatte die Ablehnung empfohlen. Die Anträge sahen vor, dass sich die Bundesregierung in Brüssel dafür einsetzt, Pläne für eine Halbierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes bis 2030 zu stoppen. *nki*

Grüne Lausitz am Horizont

STRUKTURWANDEL Habecks Partei will Ende der Kohleförderung in Ostdeutschland vorziehen

Glück auf, Glück auf, der Steiger kommt.“ Gleich mehrmals waren die ersten Zeilen des berühmten deutschen Bergmannsliedes am Donnerstag im Bundestag zu hören, zitiert von Abgeordneten aus der Lausitz. Mit unverhohlenem Stolz wurde bei der Debatte zum Strukturwandel in der Bergbauregion wiederholt erwähnt, dass das Volkslied vor wenigen Wochen von der Unesco zum Immateriellen Weltkulturerbe ernannt worden war. Überhaupt war viel von Stolz und ehrlicher, harter Arbeit, von der Angst vor Umbrüchen und dem Mut, neue Wege zu gehen, die Rede.

Anlass der Debatte war ein Antrag (20/4417) der Fraktion Die Linke, der „Sicherheit und Klarheit beim Strukturwandel in der Lausitz“ fordert. Die Abgeordneten wollen unter anderem einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, der die Strukturförderung auf den Zeitraum 2023 bis 2033 vorzieht. Bislang sind für den Wirtschaftsombau der Kohleregion Förderperioden von 2027 bis 2032 und 2032 bis 2038 geplant. Der Antrag sei notwendig, sagte die Linken-Abgeordnete Caren Lay in der Debatte, weil

»Zuverlässigkeit heißt für mich, am festgelegten Kohleausstieg festzuhalten.«

Hannes Walter (SPD)

„seit eineinhalb Jahren nichts passiert ist“. Zudem sei die Verteilung der Fördermittel nicht gerecht; diese müssten nach Hoyerswerda, Senftenberg oder Weißwasser fließen und nicht in ein Forschungszentrum am Stadtrand von Berlin, so Lay weiter.

Für den Umbau der Lausitz vom Kohlebergbau hin zu einem Zentrum für erneuerbare Energien ist ein Förderpaket der Bundesregierung vorgesehen. Bis zum endgültigen Kohle-Aus 2038 sollen in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg sowohl der Ausbau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen, als auch die Ansiedelung von Forschungszentren und Unternehmen unterstützt werden, um Arbeitsplätze zu erhalten und die Region vor einem Bruch zu bewahren. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) hatte noch Ende Februar bei einer Konferenz in Cottbus via Videoschalte die Bedeutung der Lausitz für den Wandel in Deutschland betont: „An der Region entscheidet sich auch das Gelingen der Energiewende.“ Die soll nach Willen seiner Partei nun sogar noch schneller kommen, als im Kohleausstiegsgesetz festgelegt. Auf ihrer Klausurtagung in Weimar

hatte sich die Grünenfraktion in der vorvergangenen Woche darauf geeinigt, den Ausstieg aus der Kohle auch in Ostdeutschland schon für 2030 anzustreben. Für diesen Vorstoß gab es Gegenwind, auch vom Koalitionspartner SPD. So sagte der Sozialdemokrat Hannes Walter bei der Debatte im Plenum, die Politik solle sich an der Zuverlässigkeit, mit der die Kumpel in der Region Deutschland im Winter vor dem Frieren bewahrt hätten, ein Beispiel nehmen: „Zuverlässigkeit, das heißt für mich, am gesetzlich festgelegten Kohleausstieg bis spätestens 2038 festzuhalten.“

Einen „Basar an Ausstiegsdaten“ zu veranstalten, warf der Unionsabgeordnete Knut Abraham (CDU) der Ampel vor. Der Kohleausstieg werde völlig losgelöst vom Grad der Versorgungssicherheit durch erneuerbare Energien diskutiert, das sei „freihändig definierte Klimapolitik ohne Kompass“, befand Abraham.

Für die AfD-Fraktion sprach Enrico Komning ebenfalls wie die Linke Lay davon, dass seit Übernahme durch die Ampelregierung vor eineinhalb Jahren nichts passiert sei in der Region. Die Linke werfe der Bundesregierung zu Recht vor, dass sie mit

ihrem schwankenden Kurs die Planungssicherheit für Kommunen und mittelständische Unternehmen zerstöre, so Komning weiter. Doch Vorschläge mache die Linke keine brauchbaren: „Kein Wort davon, dass die Beschleunigung des Kohleausstiegs ein Fehler ist und rückgängig gemacht werden muss“, sagte der Abgeordnete.

Für den Koalitionspartner FDP verwies der Parlamentarier Reinhard Houben auf die bereits erbrachten Leistungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Sachsen-Anhalt. Dort sage man zurecht, dass man seine Hausaufgaben, was die Versorgung mit Windenergie betrifft, mehr als erfüllt habe und man eher nach Bayern und Baden-Württemberg schauen müsse.

Doch es dürfe nun auch nicht darum gehen, die Bundesländer bei der Umsetzung der Energiewende auszuspielen. Zum vorzeitigen Kohleausstieg sagte Houben: „Wenn Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg nichts am geplanten Ausstieg bis 2038 ändern wollen, dann sollten wir das auch nicht tun.“ Ein ganz anderes Problem benannte indes der Grünen-Abgeordnete Bernhard Herrmann bei seinem Debattenbeitrag: „Niemand muss schwere Umbrü-

»Für die Menschen möchte ich, dass zukunfts-fähige Jobs entstehen.«

Michael Kellner (Grüne)

che befürchten und schüren muss man diese Befürchtungen schon gar nicht“, so Herrmann. Aus seiner Sicht ist der Wassermangel in der Region das eigentliche Problem. „Es wird nicht für alle Projekte genug Wasser geben, darauf müssen wir doch schauen“, sagte Herrmann. Man brauche nun Planbarkeit: für den Wasserhaushalt, aber auch für die Bergarbeiterinnen und Bergarbeiter, für die Region, so der Grüne weiter. Deshalb müsse man möglichst frühzeitig den Ausstieg aus der Braunkohle auf 2030 vorziehen.

Arbeitsplätze Für die Bundesregierung zeigte sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Michael Kellner (Grüne) indes „hoffnungsfroh“, dass die Arbeitsplätze in der Region erhalten werden können. „Für die Menschen in der Lausitz möchte ich, dass in der Lausitz die zukunfts-fähigen Jobs entstehen“, sagte Kellner. „Wenn wir früher aus der Kohle herausgehen, ist es auch richtig und logisch, dass dann die Mittel, die bis 2038 vorgesehen sind, vorgezogen und flexibilisiert werden können, damit sie genutzt werden können“, rechtfertigte Kellner den Vorstoß seiner Partei.

Der Antrag der Fraktion Die Linke wurde im Anschluss an die rund 70-minütige Debatte zur weiteren Beratung an den federführenden Wirtschaftsausschuss überwiesen. *Elena Müller*

Dramatische Lage

INFLATION Fraktionen besorgt über Preissteigerungen

Die Preise steigen weiterhin rasant. Im März lag die Inflationsrate in Deutschland bei 7,4 Prozent, in der Eurozone bei 6,9 Prozent. Grund genug für die Linksfraktion, in einer Aktuellen Stunde im Bundestag am Freitag eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel auf null Prozent und eine Kontrolle von Preisen zu verlangen. Ina Latendorf (Linke) verwies darauf, dass die Lebensmittelpreise mit über 20 Prozent im Jahresvergleich sogar viel stärker gestiegen seien als die Preise in anderen Bereichen. „Die Lage ist dramatisch, und man kann nicht tatenlos zuschauen“, erklärte Latendorf.

Abwehrschirm Peggy Schierenbeck (SPD) erklärte, der Preisanstieg müsse ernst genommen werden, auch bei der Energie. Die Bundesregierung habe für 200 Milliarden Euro einen Abwehrschirm aufgespannt, um Bürger zu entlasten und um die soziale Gerechtigkeit zu stärken. Eine „nahezu historische Entscheidung“ sei die Anhebung des Kindergeldes auf einheitlich 250 Euro zum 1. Januar gewesen. „Wir helfen Familien in der Krise und lassen sie nicht alleine“, so Schierenbeck. Hans-Jürgen Thies (CDU) sagte: „Inflation ist unsozial.“ Preisdeckel seien aber in einer Marktwirtschaft der falsche Weg. Zum

Stopp der Preisexplosion sollten die Landwirte entlastet werden. Nichts schönzureden gebe es beim Preisanstieg, räumte Ophelia Nick (Grüne), Parlamentarische Staatssekretärin für Ernährung und Landwirtschaft, ein. Die Bundesregierung habe verschiedene Maßnahmen zur Bremsung der Teuerung auf den Weg gebracht. „Die Hilfspakete wirken“, erklärte Nick. Renate Künast (Grüne) verwies darauf, dass die Preise auch durch Spekulation an den Rohstoffbörsen gestiegen seien. Die Lebensmittelpreise hätten ein Niveau erreicht, das für viele Menschen nicht mehr bezahlbar sei, stellte Bernd Schattner (AfD) fest. Die aktuellen Tarifabschlüsse hörten sich gut an, aber sie würden bei dieser Inflation verpuffen. Die kalte Progression im Steuerrecht Sorge dafür, dass von den Lohnerhöhungen kaum noch was übrig bleibe. Die Energiepreise seien durch den „ohne Not“ erfolgten Verzicht auf preiswertes russisches Gas massiv gestiegen. Ingo Bodtke (FDP) erinnerte daran, dass niedrige Inflationsraten vor allem Geringverdiener entlasten würden. Daher müsse alles unternommen werden, die Inflation wieder einzudämmen. Dazu müsse die Produktion erhöht werden. Landwirtschaftliche Betriebsinhaber bräuchten Hilfen beim Umbau von Ställen. *hle*

Union legt »Sonnenpaket« vor

SOLARENERGIE Bundestag debattiert Antrag zum schnelleren Ausbau der Photovoltaik

Die Unionsfraktion hat ein „Sonnenpaket“ zum schnelleren Ausbau der Solarenergie vorgelegt. Am vergangenen Donnerstag debattierte der Bundestag über den Antrag (20/6176) und die vorgeschlagenen Maßnahmen. Andreas Jung (CDU) erläuterte, was die Union will: „Es geht uns um den beschleunigten Ausbau der Sonnenenergie, es geht uns um mehr Akzeptanz, um effizientere Förderung, und es geht uns um die Stärkung von Forschung und Handwerk, von Mittelstand und Industrie.

Das formulieren wir in 20 Punkten.“ Konkret zielen die Maßnahmen darauf ab, Flächen konsequent zu nutzen, Bürokratie abzuschießen - „jeder soll in Photovoltaik investieren, und es darf nicht durch irgendwelche Hürden daran gehindert werden.“, und die Förderung zu verbessern, etwa mit attraktiven KfW-Krediten, vor allem dann, wenn Photovoltaik und Speicher miteinander verbunden würden. Timon Gremmels (SPD) erinnerte die Union daran, dass es eine Photovoltaik-Strate-

gie des Wirtschaftsministeriums gebe. Da stünden viele Dinge drin, manch einen Punkt habe er auch bei der Union gefunden. „Lassen Sie uns doch die Gemeinsamkeiten betonen, um die Leute mitzunehmen, und nicht das Trennende herausstreichen.“ Grünen-Politikerin Katrin Uhlig zeigte sich „ehrlich erfreut“ über den Antrag, weil er zeige, „dass sich auch die Union endlich grundlegend Gedanken über einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren mache. Konrad Stockmeier (FDP), hielt der Union entgegen, die meisten ihrer Forderungen habe die Ampel bereits auf den Weg gebracht. Was er aber ganz gut finde, ist, „dass Sie bei den industriepolitischen Aspekten darauf abstellen, dass wir da einen Schwerpunkt auf Innovation legen sollten“. 8.760 Stunden habe ein Jahr; 4.380 Stunden sei die Sonne unter dem Horizont, rechnete Linkenpolitiker Ralph Lenkert vor: Nur etwa 1.000 Stunden im Jahr produzieren Solarzellen mit voller Leistung. Im Winter, sei Solarenergie Mangelware. Worauf es also ankäme, sei eine große Kapazität an Energiespeichern. Ablehnung kam von Marc Bernhard (AfD). Während die Welt auf Kernkraft setze, „sorgen Sie von der CDU gemeinsam mit der Ampel dafür, dass in Deutschland das Licht ausgeht.“ *mis*



Sollen künftig die Regel sein: Photovoltaik-Anlagen an Autobahnen.

© picture-alliance/dpa

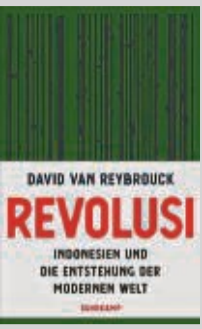
CO2-Speicher unter dem Meer

KLIMASCHUTZ Nach der Ankündigung von Wirtschaftsminister Robert Habeck im Dezember, die umstrittene unterirdische Speicherung von klimaschädlichem Kohlendioxid (CO2) „in Deutschland inklusive unter dem Meeresboden“ prüfen zu wollen, drängt die Union nun zu einer „Offensive“ für die Nutzung der CCS (Carbon Capture and Storage)-Technik.

In einem Antrag (20/6178), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag erstmalig beriet und in die Ausschüsse überwies, fordert die Fraktion, die Ergänzung von Artikel 6 des London-Protokolls zu ratifizieren. Einen Gesetzentwurf (20/6177) habe die Union dazu bereits vorgelegt, betonte Oliver Grundmann (CDU): „Wir brauchen CO2-Speicherung so schnell wie möglich.“ Die Bundesregierung solle Gespräche mit möglichen Partnerländern aufnehmen und für den grenzüberschreitenden Transport sowie die Speicherung im tiefen Meeresuntergrund die notwendigen Änderungen in nationales Recht umsetzen. Die übrigen Fraktionen zeigten sich in der Debatte überwiegend skeptisch bis ablehnend. Die Technik sei riskant, noch seien viele Fragen offen. Nur die FDP signalisierte Offenheit: Wenn eine ökologisch vertretbare Nutzung möglich sei, solle man die Technik nutzen. *sas*

KURZ REZENSIIERT

David Van Reybrouck:



Revolusi. Indonesien und die Entstehung der modernen Welt.

Suhrkamp Verlag, Berlin 2022; 751 S., 34,00 €

Dieser Belgier sollte mal nicht große Töne spucken und lieber ein Buch über König Leopold II. und Belgisch-Kongo schreiben: Dieser Kritik eines Anhängers des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders begegnet David van Reybrouck knapp: „Ich hatte nicht vor das noch einmal zu tun.“ Nach seiner vielbeachteten Studie zur Geschichte des Kongo (2010) hat der Historiker mit „Revolusi“ ein Buch über die indonesische Revolution gegen die niederländische Kolonialmacht vorgelegt.

Der Autor besinnt sich auf die Tugenden des Journalisten: Er fährt hin, hört zu, schreibt auf. Fast 200 Zeitzeugen konnte er befragen. Entstanden ist ein vielschichtiges Mosaik einer „Oral History“, die sich auf dem südostasiatischen Archipel nicht nur im Indonesisch-Niederländischen Krieg 1947/48 als Gewaltgeschichte darstellt. Van Reybrouck zeigt auf, wie am Vorabend des Zweiten Weltkriegs den autochthonen Einwohnern auf dem „kolonialen Postschiff“ der Zugang zum Oberdeck verwehrt, der Wunsch nach mehr Autonomie, sei er nun religiös, national oder auch kommunistisch geprägt, barsch zurückgewiesen wurde. „Wir Niederländer sind schon dreihundert Jahre hier, wir werden noch einmal dreihundert Jahre bleiben. Danach können wir reden“ – so die Worte des Generalgouverneurs. „Das Protokoll war bereit, es fehlte nur noch die Lunte“, schreibt van Reybrouck. Seine zentrale These: Die Unabhängigkeit Indonesiens, die „Proklamasi“ durch den späteren Präsidenten Sukarno 1945, ist der erste Dominostein der Befreiung Asiens und Afrikas von der kolonialen Knebelung. „Bandung“ ist das Synonym dafür – in der Stadt im Westen Javas trafen sich 1955 Vertreter beider Kontinente.

Man muss die These einer in Indonesien Konturen annehmenden modernen Welt nicht teilen, um „Revolusi“ mit Gewinn zu lesen. Die Abgründe des Kolonialismus in Asien sind oft am Beispiel Vietnams geschildert worden. Van Reybroucks Blick nach Indonesien ist auch vor diesem Hintergrund: horizontweiterend. *ah*



Dietmar Pieper:

Zucker, Schnaps und Nilpferdpeitsche. Wie hanseatische Kaufleute Deutschland zur Kolonialherrschaft trieben.

Pieper Verlag, München 2023; 352 S., 24,50 €

Hamburg blickt auf eine lange und stolze Tradition als Handelsstadt zurück. Architektonisch manifestiert sich die Geschichte des deutschen „Tors zur Welt“ beispielsweise in der Speicherstadt, die seit 2015 gemeinsam mit dem Kontorhausviertel und Chilehaus zum UNESCO-Welterbe gehört. Doch über dem hanseatischen Stolz liegt ein dunkler Schatz, der an der Elbe ebenso wie in ganz Deutschland lange Zeit weitestgehend ignoriert wurde: der Kolonialismus. Es waren Hamburger Kaufleute wie Adolph Woermann und ihre Bremer Kollegen wie Adolf Lüderitz, die in den 1880er Jahren massiven politischen Druck auf Reichskanzler Otto von Bismarck ausübten. Ihre Mission: Das Deutsche Reich soll endlich Kolonien erwerben. Doch schon im 18. Jahrhundert mischen Kaufleute wie Heinrich Carl Schimmelmann im Kolonialwarenhandel mit Zucker und Sklaven fleißig mit. Der frühere „Spiegel“-Redakteur Dietmar Pieper hat die Rolle der hanseatischen Kaufleute bei den kolonialen „Erwerbungen“ näher unter die Lupe genommen und präsentiert ihre Geschichte in seinem populärwissenschaftlichen Buch unter dem schmissigen Titel „Zucker, Schnaps und Nilpferdpeitsche“.

Pieper verzichtet weitestgehend auf moralische Verurteilungen. Lediglich seine Erklärung, warum er „Neger“ in Quellenzitierten nicht durch „N-Wort“ ersetzt, wirkt übertrieben zeitgeistig. Detailliert und spannend schildert er, zu welch brutalen Mitteln und auch schmutzigen Tricks die Kaufleute in den als „Schutzgebiete“ bezeichneten Kolonien im heutigen Togo, Kamerun, Namibia, Tansania, Burundi und Runda sowie in der Südecke, um ihre geschäftlichen Ziele durchzusetzen. Selbst mit dem Transport deutscher Kolonialtruppen, die den Aufstand der Herero und Nama in Namibia (1904-1908) niederschlagen und in einem Völkermord enden lassen, macht die Hamburger Reederei Woermann-Linie enorme Profite. *aw*

Über „das Jahr am Abgrund“, wie es der renommierte Historiker Volker Ullrich nennt, finden sich gleich drei empfehlenswerte Neuerscheinungen von Mark Jones, Ralf Georg Reuth und Ullrich in den Buchhandlungen. Nach zwei Jahren Pandemie und angesichts des Krieges in der Ukraine kann die umfangreiche Lektüre über die Krisen vor hundert Jahren sogar tröstlich sein: Der Leser erfährt nicht nur Wissenswertes über Ursachen und Verlauf des dramatischen Krisenjahres 1923, sondern auch, wie es gemeistert werden konnte.

Ruhrbesetzung Dass auf die Bevölkerung in Deutschland enorme wirtschaftliche Probleme zukommen würden, war absehbar, als französische und belgische Truppen am 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet besetzten. Laut Waffenstillstandsabkommen mit den alliierten Siegermächten vom 11. November 1918 hatte sich das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg zur Lieferung von 5.000 Lokomotiven, 150.000 Eisenbahnwaggons und 5.000 Lastkraftwagen verpflichtet. Darüber hinaus forderte der Versailler Vertrag von Deutschland die Zahlung von 20 Milliarden Goldmark in Devisen und Sachwerten bis zum 1. Mai 1921 als Ausgleich für erlittene Verluste und Kriegsschäden. Doch als das Deutsche Reich bei den Reparationen in Rückstand geriet, entsand Frankreich und Belgien Truppen. Die ungelöste Reparationsfrage verkomplizierte sich laut Ullrich zusätzlich, weil sich Frankreich, Belgien und Großbritannien während des Krieges hoch bei den USA verschuldet hatten.

Die Besatzer begannen, Kohle und andere Güter mitten im harten Winter abzutransportieren. „Die Besatzungstruppen töteten Zivilisten und vergewaltigten deutsche Frauen und Mädchen“, schreibt der irische Historiker Mark Jones in seinem Buch „1923 – Ein deutsches Trauma“. Der Experte für die Geschichte der Weimarer Republik war unter anderem als Junior Professor an der Ruhr-Universität Bochum tätig. Jones erinnert an die „Vertreibung“ von mehr als 100.000 deutschen Staatsdienern und deren Familien durch die Besatzer. Zudem hatten diese mehr als 300.000 Kinder aus dem Ruhrgebiet ins unbesetzte Deutschland deportiert, damit Paris und Brüssel mit deren Versorgung und schlimmstenfalls ihrem Hungertod nichts zu tun hatten.

Die Reichsregierung schloss eine militärische Antwort auf den Einmarsch der fast 100.000 Besatzungssoldaten aus, proklamierte stattdessen den „passiven Widerstand“ und wies die Zechenbesitzer an, Kohlelieferungen an Frankreich und Belgien einzustellen. Insbesondere Ullrich zeichnet in seinem Standardwerk exakt nach, wie die deutschen Parteien und die Politiker lavierten, um die Reparationen abzumildern. Zudem schildert er die innen- und außenpolitischen Konsequenzen des „passiven Widerstands“. Überfordert trat der parteilose Reichskanzler Wilhelm Cuno am 12. August 1923 zurück. Aber auch der von Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) mit der Regierungsbildung beauftragte Gustav Stresemann von der Deutschen Volkspartei (DVP) konnte die Krise nicht beenden. Vielmehr sei die junge deutsche Demokratie von einem internationalen Staatensystem unter Führung Frankreichs, der USA und des Vereinigten Königreichs im Stich gelassen worden, betont Mark Jones.

Hyperinflation Bis heute machen nationalistische Kreise und zahlreiche Autoren allein die horrenden Reparationszahlungen für die galoppierende Inflation und die Krise von 1923 verantwortlich. „Doch die



Not macht erfinderisch: Angesichts der Hyperinflation wird 1923 vielerorts wie am Berliner Schlossparktheater (links) in Naturalien bezahlt. Die Mark verliert stündlich an Wert.

Am Abgrund

1923 Trotz Hyperinflation und Angriffen von Extremisten meistert die junge Weimarer Republik das Krisenjahr

Ursachen lagen tiefer und reichten bis in die Zeit des Ersten Weltkriegs zurück“, betont Volker Ullrich. Das Deutsche Reich habe den Krieg nicht durch höhere Steuern, sondern überwiegend durch inländische Anleihen finanziert. Überheblich und siegesicher rechnete Berlin damit, dass „man die Rückzahlung den besiegten Gegnern aufbürden könne“. Da seit 1916 die Erträge aus den Anleihen zur Deckung der steigenden Kriegskosten nicht mehr ausreichten, betrieb die Reichsbank eine sehr lockere Kreditpolitik. Zwischen dem 1. August 1914 und dem 1. Dezember 1918 erhöhte sich der Geldumlauf von 2,9 auf 18,6 Milliarden Mark. Die Gesamtverschuldung des Reiches belief sich bei Kriegsende auf 156 Milliarden Mark. Allein der Zinsendienst für diese Summe verschlang 1918 rund 90 Prozent der Reichsausgaben.

Wahrung des sozialen Friedens Jones und Ullrich stimmen darin überein, dass es die demokratischen Regierungen nach 1918 vermehrt hatten, einen währungspolitischen Neuanfang einzuleiten. „Die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens war ihnen wichtiger als die Sanierung des Haushalts und die Stabilisierung der Währung“, analysiert Ullrich. Um die Kriegsfolgen zu finanzieren, setzten Staat, Unternehmer und Gewerkschaften die inflationäre Politik fort. Millionen demobilisierte Soldaten, Kriegssopfer und Erwerbslose mussten unterstützt werden, außerdem erhielt die Wirtschaft staatliche Subventionen. Im Ergebnis trieb diese Politik die Staatsverschuldung weiter in die Höhe. Andererseits begünstigte die billige Mark den Export, so dass Deutschland in

den Jahren 1920 bis 1922 eine Sonderkonjunktur erlebte, die jedoch in einer Hyperinflation endete. Gerade der passive Widerstand, den die Regierung Cuno im Januar 1923 proklamierte hatte, habe der „deutschen Währung den Todesstoß“ versetzt, erläutert Ullrich. Stand der Kurs des Dollars Mitte Januar 1923 bei „nur“ 12.000 Mark, stieg er am 4. Oktober auf 400 Millionen Mark. „Neben der zentralen Reichsdruckerei in Berlin waren über hundert Druckereien unentwegt damit beschäftigt, den Bedarf an Papiergeld zu befriedigen“, notiert Ullrich.



Mark Jones:

1923. Ein deutsches Trauma.

Propyläen 2022, 384 S., 26,00 €



Ralf Georg Reuth:

1923. Kampf um die Republik.

Piper 2023, 368 S., 28,00 €



Volker Ullrich:

Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund.

C.H. Beck 2023, 441 S., 28,00 €

Anzeige

In der Hauptstadt der Republikfeinde

HITLERPUTSCH Wolfgang Niess lenkt den Blick auf den wahren Hochverrat von 1923

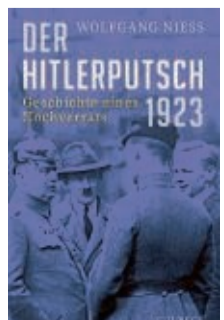
Dieses Buch trägt den falschen Titel. Zumindest dann, wenn Wolfgang Niess seine Grundthese konsequent auf dem Buchcover umgesetzt hätte. Denn der Historiker und Publizist sieht die junge Weimarer Republik im Jahr 1923 viel weniger von Adolf Hitler und seiner NSDAP bedroht als vielmehr von einem Konglomerat nationalistischer, völkischer, separatistischer und monarchistisch gesinnter Gruppierungen, Politiker und Militärs. Sie alle arbeiten am Sturz der aus ihrer Sicht „jüdisch und marxistisch versuchten“ Weimarer Republik. Der Untertitel „Die Geschichte eines Hochverrats“ trifft den Kern der Sache da schon deutlich besser. Der titelgebende Hitlerputsch vom 8./9. November 1923 stellt zwar einerseits den Kulminationspunkt eines vielschichtigen Hochverrats dar, zugleich aber auch sein Scheitern.

Niess breitet die bedrohliche Lage der Weimarer Republik Anfang der 1920er Jahre anhand umfangreicher zeitgenössischer Quellen vor seinen Lesern aus. Bayerns Landeshauptstadt wird im Krisenjahr, das von Ruhrbesetzung und Hyperinflation geprägt ist, gleichsam zur brodelnden Hauptstadt der antidemokratischen Republikfeinde von rechts. Auch wenn die Nationalsozialisten unter Adolf Hitler, der sich vom begabten Redner zur Nummer eins der

Partei aufschwingt, erheblichen Zulauf erfährt, ist die NSDAP doch nur eine von vielen Gruppierungen in der breiten Front der Republikfeinde. Schon deshalb ist Hitlers spätere Bezeichnung Münchens als „Hauptstadt der Bewegung“ eine propagandistische Verkürzung der politischen Verhältnisse.

»Triumvirat« Im Zentrum von Niess Darstellung steht dann zunächst auch völlig zu Recht das „Triumvirat“ aus Gustav von Kahr, der Bayern von 1920 bis 1921 zunächst als Ministerpräsident und seit September 1923 als Generalstaatskommissar mit diktatorischen Vollmachten regiert, General Otto von Lossow als Kommandeur der 7. „bayerischen“ Reichwehrdivision

und dem bayerischen Polizeichef Hans von Seißer. Sie träumen vom Sturz der Berliner Reichsregierung unter Bundeskanzler Gustav Stresemann, der Beseitigung der Weimarer Verfassung und der Herrschaft eines rechtsnationalen „Direktoriums“, was einer Diktatur gleichkommen wäre. Doch der Putsch wird immer wieder verschoben. Zu vor will man sich der Unterstützung der Reichswehrführung unter General Hans von Seeckt versichern, der selbst mit der Herrschaft eines „Direktorium“ liebäugelt. Doch Hitler macht diese Pläne regelrecht dilettantisch zunichte. Entgegen seiner Zusage an das Triumvirat, nicht eigenmächtig zu handeln, stürmt er gemeinsam mit der SA eine Rede Kahrs am 8. November im Münchner Bürgerbräukeller und ruft die „nationale Revolution“ aus. Mit Unterstützung Erich Ludendorffs, des ehemaligen stellvertretenden Chefs der Obersten Heeresleitung, zieht er Kahr, Lossow und Seißer scheinbar auf die Seite der Putschisten. Doch das Trio geht noch in der gleichen Nacht von der Fahne, der Putsch scheitert kläglich. Dies hindert die Nationalsozialisten später nicht, ihn mythisch zu überhöhen, wie Niess sehr anschaulich schildert. Überhaupt bietet sein Buch eine spannende und mitunter sogar überraschende Lektüre. *Alexander Weinlein*



Wolfgang Niess:

Der Hitlerputsch 1923. Geschichte eines Hochverrats.

C.H. Beck 2023, 350 S., 26,00 €

Über Zukunftsverantwortung und Diskursethik



Diskursverantwortung in Krisen- und Kriegszeiten

Bad Kissinger Symposion des Hans Jonas-Zentrums
Erstes Bad Kissinger Symposion des Hans Jonas-Zentrums e.V. – 30 Jahre nach der Berliner Ehrenpromotion von Hans Jonas: 11. bis 13. Juni 2022
Herausgegeben von Bernadette Herrmann, Harald Asel und Prof. em. Dr. Dietrich Böhrler
2023, 464 S., brosch., 109,- €
ISBN 978-3-495-99784-0
E-Book 978-3-495-99785-7

Diskursverantwortung: Was bedeutet und wozu verpflichtet sie? Angesichts des russischen Angriffskrieges in Europa; der Gesellschaftswende durch Digitalisierung; des „Gottesbegriffs nach Auschwitz“ (Hans Jonas) – und der Reflexion im Diskurs auf den Diskurs, die politische Engagement verlangt.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter karl-alber-shop.de Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

VERLAG KARL ALBER

AUFGEKEHRT

Wo der Bot es krachen lässt

Noch nie hat es so viele Einsler-Abiturienten gegeben: Ein Hoch auf die Schule, die Lehrer, auf die Intelligenz der Schüler! Das strahlende Bild wird freilich leicht eingeebelt, wenn bei Bildungstests unsere Elite-Kandidaten Goethe für eine Netflix-Serie halten und Geschichtsstudenten Heinrich V. als Heinrich Fiff bezeichnen, weil römische Zahlen in der Schule nicht dran waren. Wir müssen uns aber keine Sorgen machen, denn zur natürlichen Intelligenz gesellt sich die Künstliche Intelligenz (KI). Manche halten das für Science-Fiction, andere für die Rettung. Dazu muss man wissen, dass der Internetchat nicht nur immer schlauer wird, sondern auch immer raffinierter. Stellen Sie sich einen Abgeordneten vor, der als öder Redner bekannt ist und plötzlich eine aufwühlende Ansprache hält wie einst Martin Luther King oder wenigstens wie Jakob Mierschied. Der Plenarsaal tobt, Saaldienere haben Tränen in den Augen. Wie hat er das gemacht? Vielleicht hat er im Internet das Programm ChatGPT gefunden, das uns Arbeit und Ideen abnimmt. KI macht aus Stroh Gold, der Chatbot lässt es rhetorisch so krachen, dass Schriftsteller nicht mal mehr Postkarten schreiben wollen. Auch Anwälte, Lehrer und Berufskriminelle erliegen dem Zauber des KI-Algorithmus. Das hätte Goethe gefallen. Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute aus dem Netz kommt? Fischige Glossen, hippe Papstbilder, eleganter Bankbetrug, künftig alles ganz leicht, alles KI! Mein hochgebogener Neffe hat mir unlängst erklärt, dass, abgesehen vom Klimawandel, eigentlich alles immer besser wird. Alles! Wie kann man schon in jungen Jahren so weise sein. *Claus Peter Kosfeld*

VOR 40 JAHREN...

Konvention gegen B-Waffen

7. April 1983: Deutschland ratifiziert Biowaffenvertrag. Es ist das erste internationale Abkommen nach dem Zweiten Weltkrieg, das eine gesamte Kategorie von Waffen verbietet: Die Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer Waffen und Toxinwaffen sowie



Bislang sind 185 Länder dem Abkommen gegen Biowaffen beigetreten.

über die Vernichtung solcher Waffen. Am 7. April 1983 ratifizierte die Bundesrepublik das Abkommen und hinterlegte Beitrittserklärungen in Washington und London. Zwar wurde der Einsatz biologischer und chemischer Waffen schon 1925 durch das „Genfer Protokoll“ völkerrechtlich verboten. Herstellung und Lagerung solcher Waffen waren jedoch weiterhin erlaubt. Deutschland hatte sich bereits 1954 verpflichtet, weder biologische, noch chemische und atomare Waffen herzustellen. Seit den 1960er Jahren bemühten sich die Vereinten Nationen um ein generelles Verbot der sogenannten B- und C-Waffen. Doch vor allem die USA waren gegen ein Abkommen, das biologische und chemische Kampfstoffe gleichzeitig verbietet. Im Frühjahr 1971 stimmte die Sowjetunion zu, einen Biowaffen-Vertrag zu einer Regelung für Chemische Waffen zu entkoppeln. 1972 wurde die Konvention durch die UN-Generalversammlung verabschiedet, 1975 trat sie in Kraft. Doch das Regelwerk hat Schwächen. Der größte Kritikpunkt: In der Biowaffenkonvention ist – im Unterschied zum Vertrag über das Verbot von Chemiewaffen oder die Abkommen über atomare Abrüstung – keine Institution vorgesehen, die die Einhaltung kontrolliert. Heute sind 185 Länder, darunter alle EU- und Nato-Staaten sowie die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, dem Abkommen beigetreten. Zuletzt kam Mitte Februar der Südsudan hinzu. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: AUSSTELLUNG ZUR PAULSKIRCHENVERFASSUNG



Zurück im Reichstagsgebäude: Eine Woche lang konnten Besucherinnen und Besucher der Ausstellung über die Paulskirchenverfassung das Originalschriftstück anschauen. Auch Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (r.) und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (l.) nutzten die Gelegenheit. © DBT/photothek/Felix Zahn

Ein Krimi aus 175 Jahren deutscher Geschichte

Aus dem Reichstagsgebäude gestohlen, während des Zweiten Weltkriegs in einem stillgelegten Schacht versteckt, für einige Jahre verschollen und auf einem Schutthaufen in Potsdam wiedergefunden: Die Geschichte der Paulskirchenverfassung von 1848/49 liest sich wie ein Krimi aus 175 Jahren deutscher Geschichte. Dass all diese Ereignisse nicht spurlos an der auf Pergament gedruckten Originalfassung vorbeigegangen sind, davon können sich Besucherinnen und Besucher bei der Ausstellung „Odyssee einer Urkunde. Die Paulskirchenverfassung vom 28. März 1849 – Deutsche Geschichte(n) in einem Dokument“ in der Abgeordnetenlobby des Reichstagsgebäude nun selbst ein Bild machen. Vergangenen Montag wurde die Schau in Anwesenheit von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eröffnet. Auf Stellwänden thematisiert die Ausstellung Ziele, Ablauf sowie Akteure der Frankfurter Nationalversammlung und zeichnet den abenteuerlichen Weg des Originalschriftstücks nach. Außerdem liegt ein Faksimile zum Durchblättern bereit – inklusive Wasserflecken und Risse.

1848 versammelten sich die Mitglieder des ersten gesamtdeutschen Parlaments in der Frankfurter Paulskirche, um eine freiheitliche Verfassung für einen Nationalstaat auszuarbeiten. Rund elf Monate dauerte es damals, die Verfassung mit ihrem Grundrechtskatalog zu erarbeiten. Dass die Originalversion überhaupt noch existiere, sei einem bizarren Zufall geschuldet, berichtete Hilmar Sack von den Wissenschaftlichen Diensten des Bundestages den Anwesenden. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges galt die Urkunde als verschollen, bis ein 17-Jähriger Schüler sie beim Baden zufällig auf einem Müllhaufen an einem Potsdamer See fand. „Die Rede vom Müllhaufen der Geschichte, wann ist sie schon so real wie hier“, sagte Sack. Zwei Jahre bewahrte der Schüler die Urkunde in seiner Wohnung auf, bis er sie schließlich an das Museum für Deutsche Geschichte in Ost-Berlin übergab – und im Gegenzug 25 Mark Finderlohn erhielt. Anlässlich des Jahrestages der Frankfurter Nationalversammlung wurde das fragile Schriftstück, das sich mittlerweile im Deutschen Historischen Museum befindet, eine Woche lang im Bundestag ausgestellt.

Es war nicht das erste Mal, dass die Urkunde im Reichstagsgebäude aufbewahrt wurde. Sie gehörte zum Bestand der Reichstagsbibliothek, bis sie im Juli 1930 von einem „schillernden Kleinkriminellen“ gestohlen wurde, sagte Sack. Über Nacht hatte der Dieb sich mit einem Komplizen im Gebäude einschließen lassen, stahl wahllos Wertgegenstände sowie die Paulskirchenverfassung, die damals nicht in einem Tresor, sondern in einem einfachen abgeschlossenen Schrank lagerte. „Ich verspreche Ihnen, dass die Urkunde dieses Mal weder gestohlen noch verunstaltet wird“, sagte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD). Die Revolution von 1848 und die Frankfurter Nationalversammlung hätten zwei Ziele gehabt, nationale Einheit und Freiheit. Beides habe sie letztendlich verfehlt und doch sei sie nicht gescheitert. „Die Frankfurter Verfassung war ihrer Zeit weit voraus“, sagte Bas. Sie bilde die Grundlage für den heutigen demokratischen Staat. *Denise Schwarz*

Die Ausstellung kann noch bis zum 8. September 2023 besucht werden. Mehr Infos auf bundestag.de/ausstellung/reichsverfassung

LESERPOST

Zur Ausgabe 7-9 vom 13. Februar 2023, „Von der Straße auf die Schiene“ auf Seite 4:

Die Kritik der Opposition am geplanten 49-Euro-Ticket verdient ihre Berechtigung. Schließlich gibt es beim ausgehandelten Kompromiss zwischen Bund und Ländern noch erhebliche Defizite. Eine rein digitale Variante per Smartphone-App wirft nicht nur erhebliche datenschutzrechtliche Fragen bezüglich des möglichen Trackings von persönlichen Bewegungsdaten in Echtzeit auf, sondern führt im Alltag auch zu einer Altersdiskriminierung von betagten Bürgern. Deshalb sollte es hier in jedem Fall zusätzlich eine analoge Lösung geben, wie beispielsweise nach dem Vorbild des dänischen E-Government, wo Bürger in besonderen Fällen eine Ausnahmeregelung

von den digitalen Behördenwegen beantragen können!

Rasmus Helt, Hamburg

Zur Ausgabe 7-9 vom 13. Februar 2023, „Von der Straße auf die Schiene“ auf Seite 4:

Ich bin im tiefsten Odenwald und darüber hinaus recht gerne mit dem Hessen-Seniorenticket unterwegs, habe also einige Erfahrung mit dem öffentlichen Nahverkehr. Und da fühle ich mich nicht selten wie die größte Umweltsau, wenn ich mich mal wieder in dem Fünfzigsitzer-Dieselsbus als einziger Fahrgast zu meinem Ziel chauffieren lasse, weil gerade keine Schüler unterwegs sind. Welche Schlüsse aber hat die Politik eigentlich aus dem sogenannten „Erfolg“ des Neun-

Euro-Tickets gezogen? Abgesehen davon, dass bestimmte Bereiche des Nahverkehrs gar nicht auf zusätzliche Passagiere ausgelegt sind, hat sich eines unübersehbar gezeigt: Mit dem Preis sinkt auch das Benehmen der Fahrgäste. Freilich, es gibt auch die eine oder andere Linie im öffentlichen Nahverkehr, die man gerne nutzt, weil sich der regionale Betreiber kümmert. Aber wenn ich in die nächste Großstadt fahre, dort in die Straßenbahn oder den Bus steige, mir den Sitz aussuche, auf dessen Polster die wenigsten Flusen und Haare zu erkennen sind, um dann doch die zerknüllten Papiertaschentücher neben mir zu finden, frage ich mich schon: Wer soll denn hier noch zustiegen, wenn er oder sie sich das Auto leisten kann? Liebe Politikerinnen und Politiker, neben dem quantitativen gibt

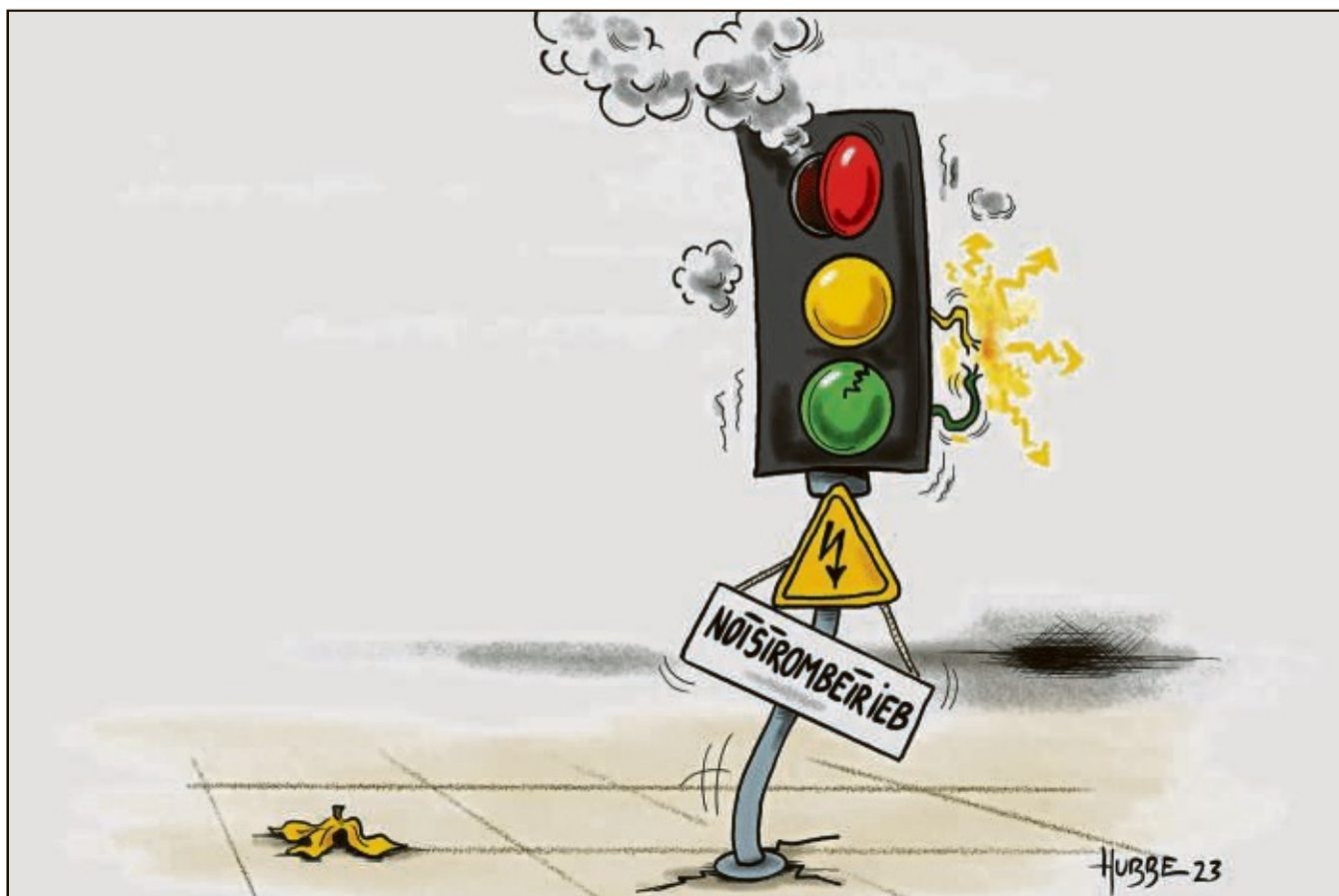
es auch noch den qualitativen Aspekt des öffentlichen Nahverkehrs.

Reinhard Köthe, Erbach

Zur Ausgabe 12-13 vom 20. März 2023, „Haftbefehl nach Moskau“ auf Seite 1:

Der internationale Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin steht, trotzdem tourte er munter durch die Welt. Sein erstes Reiseziel war die Ukraine, weiter ging es nach China. Ob er auch den Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs Karim Khan besuchen wird, ist bisher nicht bekannt. Die Welt wimmelt von Kriegsverbrechen, aber irgendwo muss irgendwer mal anfangen, sie anzuklagen. Dies wiederum heißt aber nicht unbedingt, dass sie jemals verurteilt werden. Wo ein Kläger, da ist auch oft ein Richter, aber wo treibt sich nur der Angeklagte herum? *Riggi Schwarz, Büchenbach*

SEITENBLICKE



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 11. April.

LIVE UND ZUM NACHSEHEN

Topthemen vom 19. – 21.04.2023

Corona-Auswirkungen auf Kinder (Do), Digitalisierung der Energiewende (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

www.bundestag.de/mediathek: Alle Debatten zum Nachsehen und Nachlesen.



PERSONALIA

->Klaus-Peter Creter
Bundestagsabgeordneter 1990, CDU
Am 8. April wird Klaus-Peter Creter 80 Jahre alt. Der Elektroingenieur aus Gera trat 1972 der CDU in der DDR bei und stand von 1989 bis 1996 an der Spitze des dortigen Stadtverbands. Von März bis Oktober 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer und danach bis zum Ende der 11. Wahlperiode dem Deutschen Bundestag an. Von 1994 bis 2019 war Creter Stadtrat in Gera. 2014 wurde er zum Ehrenstadtrat ernannt.

->Renate Diemers
Bundestagsabgeordnete 1990-2002, CDU
Renate Diemers begeht am 8. April ihren 85. Geburtstag. Die kaufmännische Angestellte aus Haltern/Kreis Recklinghausen trat 1966 der CDU bei. 1972 wurde sie Frauenreferentin der nordrhein-westfälischen CDU und war bis 2002 Landesgeschäftsführerin des Christlichen Frauenbildungswerks Westfalen-Lippe. Von 1973 bis 1986 amtierte sie zudem als Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Berufstätiger Frauen in der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Im Bundestag wirkte Diemers im Ausschuss für Post und Telekommunikation, im Petitions- sowie im Familienausschuss mit.

->Norman Paech
Bundestagsabgeordneter 2005-2009, parteilos/Die Linke
Norman Paech vollendet am 12. April sein 85. Lebensjahr. Der Jurist und Hochschullehrer aus Hamburg schloss sich 1969 der SPD an, trat aber 2001 wegen des Beschlusses zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan aus der Partei aus. Seit 2007 ist er Mitglied der Partei Die Linke. Der außenpolitische Sprecher seiner Fraktion engagierte sich im Auswärtigen Ausschuss. Paech ist als Autor zahlreicher Veröffentlichungen zum Völkerrecht hervorgetreten.

->Joseph Fischer
Bundestagsabgeordneter 1983-1985, Grüne, 1994-2006, Bündnis 90/Die Grünen
Am 12. April wird Joseph „Joschka“ Fischer 75 Jahre alt. Der aus der außerparlamentarischen Bewegung der 1960er- und 1970er-Jahre hervorgegangene Politiker trat 1982 den „Grünen“ bei und wurde, nachdem die Partei ein Jahr später in den Bundestag einzog, rasch eine ihrer führenden Persönlichkeiten. Er repräsentierte den realpolitischen Flügel und suchte langfristig die Zusammenarbeit mit der SPD. Von 1985 bis 1987 sowie von 1991 bis 1994 amtierte er als hessischer Umweltminister in den Kabinetten Holger Börners und Hans Eichels. Von 1994 bis 1998 war er Sprecher seiner Bundestagsfraktion und wurde danach in der ersten rot-grünen Bundesregierung Außenminister und Vizekanzler. Beide Ämter behielt er bis zum Amtsantritt Angela Merkels im Jahr 2005. Fischers außenpolitischer Kurs war parteiintern umstritten. Die erstmaligen Einsätze der Bundeswehr im Ausland, 1999 im Kosovo und 2002 in Afghanistan, markierten einen deutlichen Wandel der bisherigen Sicherheitspolitik. Fischer vertrat dabei die Ansicht, dass sich die Bundesrepublik ihrer internationalen Verantwortung nicht entziehen könne. Die New York Times sprach sogar vom Ende der Nachkriegszeit in Deutschland. 2006 zog sich Fischer aus der Politik zurück, wurde gefragter außenpolitischer Experte und trat als Autor in Erscheinung. *bmh*

Das Infomobil ist unterwegs

VOR ORT In mehr als 60 Städten und Gemeinden wird das Infomobil des Deutschen Bundestages im Jahr 2023 Halt machen. Los ging es bereits Anfang März in Rostock. Auf dem Neuen Markt parkte das 17 Meter lange und 26 Tonnen schwere Mobil. Am Eingang begrüßte Karlchen Adler, Maskottchen der Kinderangebote des Bundestages, die großen und kleinen Besucherinnen und Besucher. Mit einem multimedialen Angebot ausgestattet, können Bürgerinnen und Bürger sich im Inneren des Lasters über die Arbeit des Parlaments informieren, spannende Hintergründe erfahren und das neu gewonnene Wissen direkt in einem Quiz auf die Probe stellen. Seit 1990 gibt es das Infomobil. Ursprünglich sollte es nur für eine Wahlperiode genutzt werden, um die Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer über die Arbeitsweise und Geschichte des gesamtdeutschen Parlaments zu informieren. Doch das Interesse war groß und so tourt der Bundestag mit seinem Mobil seitdem quer durchs Land. Ziel ist es, innerhalb von zwei Legislaturperioden jeden der 299 Wahlkreise zu besuchen. Die nächsten Anfahrtsziele sind unter anderem Hamburg (6.-15. April), Stade (17.-19. April), Cuxhaven (20.-22. April), Wilhelmshaven (24.-26. April), Aurich (27.-29. April), Papenburg (1.-3. Mai), Oldenburg (4.-6. Mai) und Bremen (7.-10. Mai). Nähere Informationen und weitere geplante Termine finden sich auf bundestag.de/besuche/ausstellungen_des

leicht
erklärt!

König Charles III.

Der britische König zu Besuch in Deutschland



Letzte Woche war König Charles zu Besuch in Deutschland.

Er ist König von Großbritannien.

Im folgenden Text steht mehr über Charles und über den Besuch.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Wer ist König Charles?
- Welche Aufgaben hat der König von Großbritannien?
- Was hat Charles bei seinem Besuch in Deutschland gemacht?



Wer ist König Charles?



König Charles ist der König von Großbritannien.

Sein Name ist die englische Form des Namens: Karl.

Auf Deutsch spricht man ihn ungefähr so aus: Dschals.

Groß-Britannien ist ein Land in Europa.



Groß-Britannien ist nur eine Kurzform vom Landes-Namen.

Eigentlich heißt das Land: Vereinigtes König-Reich Großbritannien und Nord-Irland.

Groß-Britannien liegt auf mehreren Inseln.

Und zwar nord-westlich von Deutschland.

Auf einer Karte liegt es also von Deutschland aus gesehen oben links.

Die Haupt-Stadt von Großbritannien ist London.



König Charles ist außerdem auch noch König von 14 weiteren Ländern.

Zum Beispiel von Australien, Kanada und Neuseeland.

Diese 14 Länder gehörten früher einmal zu Großbritannien.

Inzwischen gehören sie nicht mehr dazu.

Aber sie haben den König behalten.

Die Familie von Charles

Charles wurde am 14. November 1948 geboren.

Er ist also 74 Jahre alt.

Er gehört zu einer britischen Adels-Familie mit dem Namen Windsor.

Seine Mutter hieß Elisabeth. Sie war von 1952 bis 2022 Königin von Großbritannien.

Man sieht sie auf dem Foto links.

Der Vater von Charles hieß Philipp.

Charles ist das älteste Kind von Elisabeth und Philipp.

Er hat noch zwei Brüder und eine Schwester.



Von 1981 bis 1996 war Charles mit Diana Spencer verheiratet.

Man kennt sie besser als: Prinzessin Diana.

Mit Diana hat Charles zwei Söhne. Sie heißen William und Harry.

Im Jahr 1996 haben sich Charles und Diana scheiden lassen.

Im Jahr 2005 heiratete Charles dann seine zweite Frau Camilla. Mit ihr ist er noch immer verheiratet.

Man sieht sie auf dem Foto links.



Charles als Thron-Folger

Im Jahr 1952 wurde Elisabeth Königin von Großbritannien.

Als Sohn von Elisabeth wurde Charles zum Thron-Folger von Großbritannien.

Der Thron-Folger ist die Person, die nach dem Tod von einem König oder einer Königin dessen Nachfolger wird.

Charles war von 1952 bis 2022 Thron-Folger.

Also 70 Jahre lang.



Als Thron-Folger hatte Charles verschiedene Aufgaben.

Er hat zum Beispiel im Namen der britischen Königs-Familie andere Länder besucht.

Und er hat an Veranstaltungen teilgenommen.

Charles hat sich auch viel für wohltätige Zwecke eingesetzt.

Er hat zum Beispiel einen Verein gegründet.

Der hilft jungen Menschen, die Probleme haben.

Schon lange beschäftigt sich Charles außerdem mit Bio-Landwirtschaft und dem Umwelt-Schutz.

Er hilft zum Beispiel beim Schutz der Regen-Wälder.

Und er will, dass mehr gegen den Klima-Wandel getan wird.

Manchmal hat er auch einzelne Aufgaben von Königin Elisabeth übernommen.



Charles wird König

Am 8. September 2022 ist Königin Elisabeth gestorben.

Am selben Tag wurde Charles ihr Nachfolger.

Seitdem ist er König.

Am 6. Mai findet seine Krönung statt.

Das ist eine große Feier, bei der ein neuer König in sein Amt eingeführt wird.



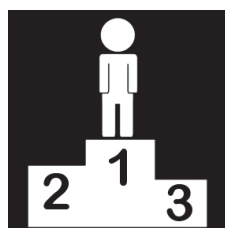
Aufgaben des Königs

Diese Aufgaben hat der britische König

Charles ist König von Großbritannien.

Damit ist er das Staats-Oberhaupt.

Das bedeutet: Er hat das höchste Amt im Land.



In diesem Amt hat er verschiedene Aufgaben.

Er vertritt Groß-Britannien zuhause und in anderen Ländern.

Im Namen von Groß-Britannien macht er zum Beispiel die folgenden Dinge:



- Er hält Reden.
- Er besucht oft andere Länder. Dort trifft er sich zum Beispiel mit wichtigen Politikern. So sorgt er dafür, dass Groß-Britannien gute Kontakte zu den Ländern hat.
- Er ist Gast-Geber für wichtige Personen aus anderen Ländern. Zum Beispiel Politiker.
- Er nimmt an Veranstaltungen teil.

Diese Aufgaben hat der britische König nicht

Wenn man den Begriff „König“ hört, denkt man oft an den Herrscher eines Landes.

Früher war das auch in Groß-Britannien so.

Der König konnte entscheiden, was im Land passiert.

Im Laufe der Zeit hat der britische König aber immer mehr Macht verloren.

Heute ist er nicht mehr der Herrscher von Groß-Britannien.

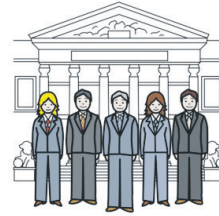
Er entscheidet also nicht, was im Land passiert.

Diese Aufgabe übernehmen Politiker.

Zum Beispiel ein Politiker mit dem Titel: Premier-Minister.

Das ist der Chef der britischen Regierung.

Er ist sozusagen der Bundes-Kanzler von Groß-Britannien.



Der König entscheidet, wer Premier-Minister wird.

Dabei hält er sich aber an das, was die britischen Bürger bei Wahlen entscheiden.

Der König macht auch nicht die Gesetze.

Das machen von den Bürgern gewählte Politiker.

So ähnlich wie in Deutschland der Bundestag.

Der König muss die neuen Gesetze unterschreiben.

Erst dann gelten sie.

Er könnte also neue Gesetze verhindern.

Das hat aber seit über 300 Jahren kein britischer König getan.

In der Politik hält sich der König also an das, was andere entscheiden.

Zum Beispiel die Bürger.

Die gewählten Politiker.

Oder die Regierung.

Tatsächlich wird von einem britischen König erwartet, dass er sich aus der alltäglichen Politik heraushält.

Er soll zum Beispiel nicht verraten, welche Meinung er zu bestimmten politischen Themen hat.

Was sind das für Striche hinter dem Namen?

Wenn man in Texten von König Charles liest, stehen hinter seinem Namen oft drei Striche.

Also: König Charles III.

Die Striche haben eine besondere Bedeutung.

Sie stehen für die Zahl 3.

Man spricht das so aus: Charles der Dritte.

Das bedeutet: Schon zwei Vorgänger von Charles auf dem Thron haben denselben Namen getragen.

3



Besuch in Deutschland

Vom 29. März bis zum 31. März war Charles zu Besuch in Deutschland.

Seine Frau Camilla hat ihn begleitet.



Gast-Geber waren Bundes-Präsident Frank-Walter Steinmeier und seine Frau Elke Büdenbender.

Man sieht Steinmeier auf dem Foto links.

Der letzte Besuch von Charles und Camilla war im November 2020. Damals war Charles noch kein König.

Beim Besuch letzte Woche hat König Charles verschiedene Veranstaltungen besucht und Besichtigungen gemacht.

Am Mittwoch wurde er in Berlin vom Bundes-Präsidenten begrüßt. Auch Bürger waren als Zuschauer dabei.

Danach gab es dann eine Veranstaltung zum Thema: Strom-Versorgung der Zukunft.

Abends gab es ein offizielles Fest-Essen.

Am Donnerstag hat König Charles eine Rede im Bundestag gehalten.

Dann hat er sich zusammen mit dem Bundes-Präsidenten mit Flüchtlingen aus der Ukraine getroffen.

Anschließend haben die beiden mit deutschen und britischen Soldaten gesprochen.

Später haben sie sich ein Dorf angeschaut, in dem viele Bio-Produkte entstehen und Umweltschutz betrieben wird.



Am Freitag ist König Charles mit Bundes-Präsident Steinmeier nach Hamburg gereist.

Sie haben sich ein Denkmal angeschaut.

Danach haben sie sich bei einer Boots-Fahrt mit Firmen-Chefs über moderne Strom-Versorgung unterhalten.

Zum Schluss gab es noch ein Fest. Damit war der Besuch zu Ende.

Kurz zusammengefasst



Charles III. ist seit dem Jahr 2022 König von Groß-Britannien.

Damit ist er der Nachfolger seiner Mutter, Königin Elisabeth.

Als König vertritt er sein Land zuhause und im Ausland.

Deswegen war er letzte Woche zu Besuch in Deutschland.

Hier hat er sich mit dem deutschen Bundes-Präsidenten Frank-Walter Steinmeier getroffen.

Zusammen haben die beiden verschiedene Veranstaltungen besucht und Besichtigungen gemacht.

König Charles hat außerdem eine Rede im Bundestag gehalten.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de

Kontakt: Bastian Ludwig, info@nachrichtenwerk.de



Redaktion: Annika Klüh, Bastian Ludwig, Victoria Tucker, Isabel Zimmer

Titelbild: © picture alliance / Photoshot /. Portrait Elisabeth: © picture alliance / empics / Victoria Jones. Portrait Camilla: © picture alliance / ASSOCIATED PRESS / Chris Jackson. Portrait Steinmeier: © picture alliance / Geisler-Fotopress / Frederic Kern/Geisler-Fotopress. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 14/2023

Die nächste Ausgabe erscheint am 11. April 2023.